



Rheinland-Pfalz

STATISTISCHES LANDESAMT

11 | 2009

STATISTISCHE MONATSHEFTE




Aus dem Inhalt:

Haushalte und Familien 2008

Bundestagswahl 2009: Parteihochburgen

Sterbetafel 2006/2008

Weiterbildung 2008



Fotonachweis

T i t e l f o t o : Alexander Sell

Im Jahr 2008 lebten in Rheinland-Pfalz insgesamt 621 100 Familien mit mehr als 1 Mill. lediger Kinder jeden Alters. Im Vergleich zu 1998 nahm die Zahl der Familien damit um 5,8% ab.

A u t o r e n f o t o s : Manfred Riege, Fotostudio Jörg, Nassau.

11 | 2009

STATISTISCHE MONATSHEFTE


62. Jahrgang

kurz + aktuell	807
Industrie ■ Bauhauptgewerbe ■ Erwerbstätigkeit ■ Verfügbares Einkommen ■ Tourismus ■ Kindertagesbetreuung ■ Bildung Gesundheit ■ Verkehr ■ Steuern	
Verbraucherpreise	819
Rheinland-Pfalz in Karten: Landwirtschaftliche Betriebe 2007	820
Haushalte und Familien 2008	821
Bundestagswahl 2009: Parteihochburgen	829
Sterbetafel 2006/2008	841
Die allgemeine Weiterbildung 2008	851
Daten zur Konjunktur	858
Zahlenspiegel Rheinland-Pfalz	883
Neuerscheinungen	893

0	Zahl ungleich null, Betrag jedoch kleiner als die Hälfte von 1 in der letzten ausgewiesenen Stelle
-	nichts vorhanden
.	Zahl unbekannt oder geheim
x	Nachweis nicht sinnvoll
...	Zahl fällt später an
/	keine Angabe, da Zahl nicht sicher genug
()	Aussagewert eingeschränkt, da Zahl statistisch unsicher
D	Durchschnitt
p	vorläufig
r	revidiert
s	geschätzt

Für die Abgrenzung von Größenklassen wird im Allgemeinen anstelle einer ausführlichen Beschreibung „50 bis unter 100“ die Darstellungsform „50–100“ verwendet.

Einzelwerte in Tabellen werden im Allgemeinen ohne Rücksicht auf die Endsumme gerundet.



Herausgeber:
Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz
Mainzer Straße 14-16
56130 Bad Ems

Telefon: 02603 71-0
Telefax: 02603 71-3150

E-Mail: monatsheft@statistik.rlp.de
Internet: www.statistik.rlp.de

Erscheinungsfolge: monatlich

Bestellnummer: Z 2201, ISSN: 0174-2914

Kostenfreier Download im Internet unter www.statistik.rlp.de/verlag/monatshefte/index.html

© Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz · Bad Ems · 2009

Für nichtgewerbliche Zwecke sind Vervielfältigung und unentgeltliche Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet. Die Verbreitung, auch auszugsweise, über elektronische Systeme/Datenträger bedarf der vorherigen Zustimmung. Alle übrigen Rechte bleiben vorbehalten.

Industrie erhielt im August spürbar weniger Aufträge als im Juli

Im August verzeichnete das verarbeitende Gewerbe in Rheinland-Pfalz nach drei Anstiegen in Folge einen deutlichen Rückgang der Auftragseingänge. Im Vergleich zum Vormonat belief sich das Minus auf 11,6%. Die inländischen Bestellungen gingen um 9,2% zurück. Bei der Auslandsnachfrage nach rheinland-pfälzischen Industriegütern war sogar ein Rückgang um 13,6% zu beobachten. Allerdings gab es auch in den vorangegangenen Jahren im Urlaubsmonat August fast durchgängig niedrigere Auftragseingänge als im Juli. Unter den größten rheinland-pfälzischen Branchen musste der Maschinenbau (-17,1%) das stärkste Auftragsminus hinnehmen. Zweistellige Rückgänge gab es auch für die Chemie (-11,3%) und den Bereich „Herstellung von Metallerzeugnissen“ (-12,9%). Einzig im Fahrzeugbau blieb die Nachfrage nahezu unverändert (+0,1%).

Die Umsätze im rheinland-pfälzischen Handel sanken nach einem Plus im Vormonat im August wieder. Groß- und Einzelhandel mussten Umsatzrückgänge von 6,3% bzw. 5,7% hinnehmen. Der Kfz-Handel hatte mit -11,2% gegenüber Juli 2009 die stärksten Umsatzeinbußen. Das Gastgewerbe konnte dagegen mit +0,9% ein leichtes Plus gegenüber Juli 2009 melden. Die Umsätze lagen aber auch dort mit -5,8% unter dem Niveau des Vorjahresmonats.

Konjunktur in Rheinland-Pfalz

Indikator	Monatswerte	Veränderung August 2009			
	August 2009	zum Vorjahresmonat	zum Vormonat		
	2005=100				
Auftragseingänge (real)					
Industrie	72,3	-23,8%	↓	-11,6%	↓
Inland	78,5	-20,6%	↓	-9,2%	↓
Ausland	67,4	-26,5%	↓	-13,6%	↓
Chemie	66,6	-32,5%	↓	-11,3%	↓
Fahrzeugbau	52,6	-23,1%	↓	0,1%	↗
Maschinenbau	69,4	-39,7%	↓	-17,1%	↓
Metallerzeugnisse	76,5	-26,6%	↓	-12,9%	↓
Bauhauptgewerbe	119,5	-5,8%	↓	-1,4%	↘
Umsätze (real)					
Großhandel	99,0	-7,0%	↓	-6,3%	↓
Einzelhandel (ohne Kfz)	103,4	-2,3%	↓	-5,7%	↓
Kfz-Handel	85,4	0,9%	↗	-11,2%	↓
Gastgewerbe	106,2	-5,8%	↓	0,9%	↗

Veränderungen gegenüber Juli 2009

Im Einzelnen haben sich die Auftragseingänge im verarbeitenden Gewerbe wie folgt geändert.

Im August 2009 erhielt die rheinland-pfälzische Industrie preisbereinigt 11,6% weniger Aufträge als im Juli (Deutschland: -11,9%). Verursacht wurde das Auftragsminus durch einen Rückgang der Bestellungen aus dem Inland (-9,2%) und aus dem Ausland (-13,6%). Mit einer Ausnahme verzeichneten die umsatzstarken Branchen zweistellige Auftragseinbußen in einer Spanne von -20,3% (Metallerzeugung und -bearbeitung) bis -10,7% (Herstellung von pharmazeutischen Erzeugnissen), wobei die negative Entwicklung maßgeblich von den Auslandsbestellungen beeinflusst wurde. Demgegenüber konnten

die Hersteller von Kraftwagen und Kraftwagenteilen einen kaum spürbaren Auftragszuwachs von 0,1% verbuchen, wobei die Bestellungen aus dem Ausland – nach dem Minus im Juli – wieder merklich zugenommen haben (+2,5%).

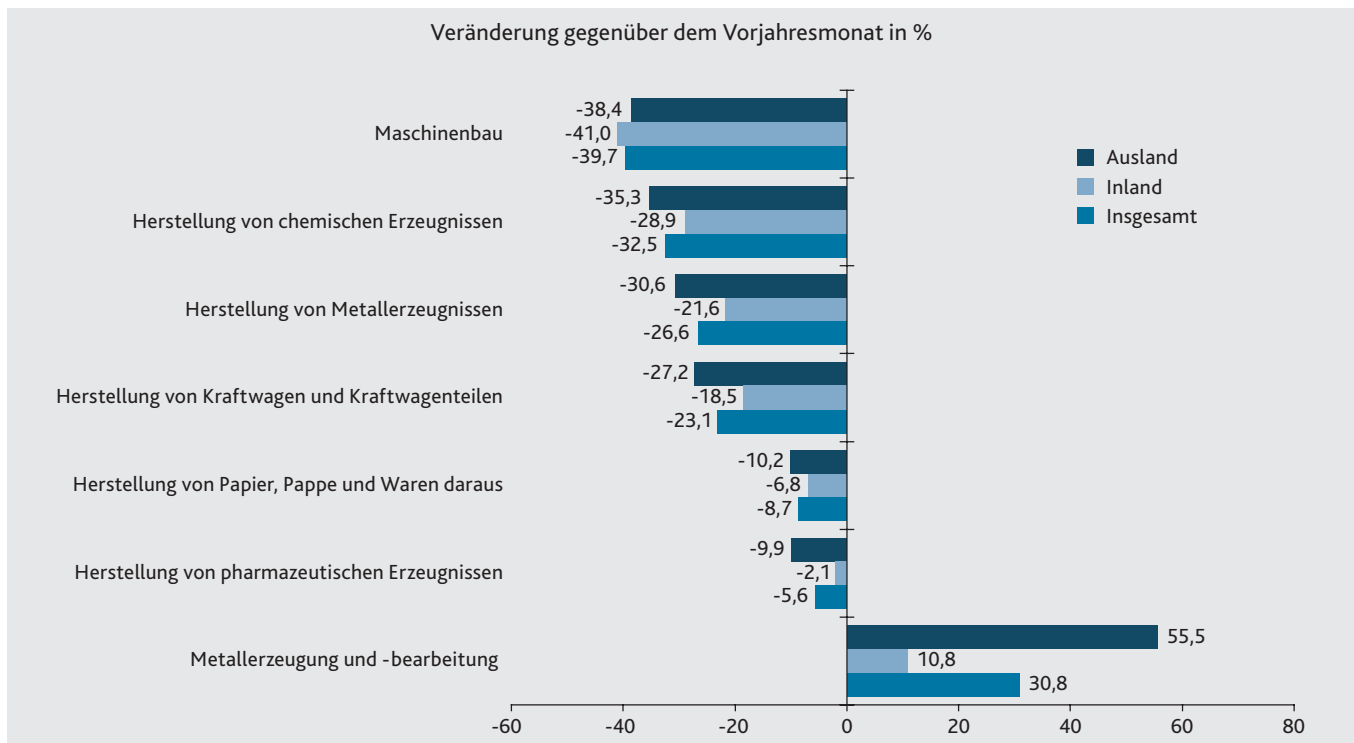
Minus bei den Bestellungen gegenüber August 2008

Im Vergleich zum August 2008 lag das Ordervolumen preisbereinigt um 23,8% niedriger als ein Jahr zuvor (Deutschland: -20,4%). Die

Hinweis

Weitere Daten zur Konjunktur finden Sie auf den folgenden Seiten und ab Seite 858 in diesem Heft sowie im Internet unter www.statistik.rlp.de/vgr/index.html

Auftragseingangindex im verarbeitenden Gewerbe im August 2009 nach ausgewählten Wirtschaftszweigen



Bestelltätigkeit aus dem Ausland blieb um 26,5% unter dem Vorjahreswert (Deutschland: –23,3%). Aus dem Inland gingen 20,6% weniger Bestellungen ein als vor einem Jahr (Deutschland: –17%).

Die stärksten Auftragsrückgänge waren beim Maschinenbau (–39,7%) und bei der Herstellung von chemischen Erzeugnissen (–32,5%) zu verzeichnen. Diese beiden Branchen vereinten 2008 allein rund 40% des Umsatzes der rheinland-pfälzischen Industriebetriebe auf sich. Auch die Hersteller von Kraftwagen und Kraftwagenteilen und die Hersteller von Metallerzeugnissen mussten bei den Bestellungen Einbußen im zweistelligen Bereich hinnehmen. Bei den Wirtschaftszweigen „Herstellung von

pharmazeutischen Erzeugnissen“ und „Herstellung von Papier, Pappe und Waren daraus“ lag das Ordervolumen um 5,6 bzw. 8,7% unter dem Vorjahresniveau. Insgesamt gingen – mit Ausnahme des Maschinenbaues – die Bestellungen aus dem Ausland deutlich stärker zurück als die Inlandsaufträge. Demgegenüber konnte der Wirtschaftszweig „Metallerzeugung und -bearbeitung“ wie schon im Vormonat mit einer kräftigen Zunahme des Bestellvolumens aufwarten (+30,8%). Das Plus resultiert aus der außerordentlich kräftigen Zunahme der Bestelltätigkeit aus dem Ausland (+55,5%) und dem Inland (+10,8%). Da es sich um preisbereinigte Werte handelt, wird der Zuwachs auch von den stark gesunkenen Metallpreisen beeinflusst.

Auftragseingänge im Straßenbau 58% über Vorjahresniveau

Die Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe, die starken monatlichen Schwankungen unterliegen, sind im August 2009 im Vergleich zum Vormonat leicht gesunken (–1,4%). Mit Ausnahme des Straßenbaus mussten alle Bereiche des Bauhauptgewerbes einen Nachfragerückgang hinnehmen. Im öffentlichen Hochbau – der im Vormonat als einziger Bereich einen Anstieg der Auftragseingänge verzeichnen konnte – ist der Rückgang am kräftigsten ausgefallen (–60%); insbesondere die Nachfrage seitens der öffentlichen Auftraggeber ist stark gesunken. Die Auftragseingänge im Straßenbau sind dagegen deutlich gestiegen (+43,5%).

Auch im Vergleich zum Vorjahresmonat ist die Nachfrage nach Bauleistungen im August 2009 geschrumpft (-5,8%), insbesondere im Wohnungsbau (-40,5%) und im gewerblichen Hochbau (-40,4%). Im Gegensatz dazu ist ein Zuwachs an Auftragseingängen für den gewerblichen Tiefbau (+16,2%) und vor allem für den Straßenbau (+58,3%) festzuhalten. Zahlreiche Infrastrukturprojekte, die im Rahmen der Konjunkturprogramme ins Leben gerufen wurden, dürften zu dieser positiven Bilanz beigetragen haben.

Die baugewerblichen Umsätze sind im August 2009 gegenüber dem Vormonat um 16,7% gesunken. Sämtliche Bereiche des Bauhauptgewerbes mussten Umsatzrückgänge hinnehmen. Besonders stark sank der baugewerbliche Umsatz im öffentlichen Tiefbau (-36,4%).

Verglichen mit August 2008 sind lediglich für den Wohnungsbau (+2,3%), den Straßenbau (+4,9%) und den gewerblichen Tiefbau (+13,6%) Umsatzsteigerungen zu verzeichnen. Insgesamt ist der baugewerbliche Umsatz im August 2009 im Vergleich zum Vorjahresmonat niedriger ausgefallen (-4,3%).

Erwerbstätigkeit im 2. Quartal 2009 leicht gesunken

Die Zahl der Erwerbstätigen lag in Rheinland-Pfalz im 2. Quartal 2009 nur geringfügig unter dem Niveau des Vorjahres. Nach vorläufigen Berechnungen des Arbeitskreises „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der

Konjunktur im Bauhauptgewerbe			
Indikator	Monatswerte	Veränderung August 09	
	August 09	zum Vorjahresmonat	zum Vormonat
	2005=100		
Auftragseingang	119,5	-5,8 % ↓	-1,4 % ↘
Hochbau insgesamt	76,1	-38,0 % ↓	-29,1 % ↓
Wohnungsbau	75,7	-40,5 % ↓	-15,2 % ↓
gewerblicher Hochbau	88,3	-40,4 % ↓	-7,5 % ↓
öffentlicher Hochbau	57,2	-27,2 % ↓	-60,0 % ↓
Tiefbau insgesamt	159,2	22,0 % ↑	19,1 % ↑
gewerblicher Tiefbau	178,8	16,2 % ↑	-0,7 % ↘
öffentlicher Tiefbau	93,6	-30,1 % ↓	-14,8 % ↓
Straßenbau	192,4	58,3 % ↑	43,5 % ↑
Baugewerblicher Umsatz	123,3	-4,3 % ↓	-16,7 % ↓
Hochbau insgesamt	114,1	-8,8 % ↓	-14,7 % ↓
Wohnungsbau	106,9	2,3 % ↑	-3,9 % ↓
gewerblicher Hochbau	124,3	-16,2 % ↓	-19,6 % ↓
öffentlicher Hochbau	105,5	-3,6 % ↓	-14,3 % ↓
Tiefbau insgesamt	132,3	-0,2 % ↘	-18,3 % ↓
gewerblicher Tiefbau	154,2	13,6 % ↑	-0,5 % ↘
öffentlicher Tiefbau	94,5	-18,7 % ↓	-36,4 % ↓
Straßenbau	148,7	4,9 % ↑	-13,9 % ↓

Länder“ hatten 1,85 Mill. Erwerbstätige ihren Arbeitsort in Rheinland-Pfalz. Das waren knapp 4 000 Personen weniger als im gleichen Vorjahreszeitraum (-0,2%). Dies war der erste Rückgang der Erwerbstätigkeit seit dem 3. Quartal 2005; im 1. Quartal 2009 hatte es noch einen leichten Anstieg gegeben (+0,1%). Damit macht sich die schwere Rezession mit einer Zeitverzögerung nun auch in einem Abbau von Arbeitsplätzen bemerkbar. Im Bundesdurchschnitt nahm die Zahl der Erwerbstätigen im 2. Quartal um 0,1% ab; in den alten Bundesländern (ohne Berlin) stagnierte die Zahl.

Produzierendes Gewerbe

In dem von der Wirtschaftskrise am stärksten betroffenen produzierenden Gewerbe war es bereits im 1. Quartal 2009 zu einem Rückgang der Erwerbstätigkeit gekommen (-0,2%). Diese Entwicklung verstärkte sich im 2. Quartal. Die Zahl der Arbeitsplätze sank im Vergleich zum Vorjahr um 6 100 bzw. 1,3% (Bundesdurchschnitt: -1,6%). Im produzierenden Gewerbe ohne Baugewerbe lag die Erwerbstätigenzahl sogar um 1,6% unter dem Vorjahresniveau. Im Baugewerbe verringerte sich die Zahl der Arbeitsplätze dagegen nur um 0,4%. Dass sich die tiefe

Erwerbstätige am Arbeitsort 2008 und 2009 nach Ländern

Land	2008				2009	
	1. Quartal	2. Quartal	3. Quartal	4. Quartal	1. Quartal	2. Quartal
in 1 000						
Baden-Württemberg	5 546,6	5 595,9	5 608,8	5 654,2	5 566,2	5 579,5
Bayern	6 563,5	6 636,2	6 670,7	6 721,9	6 602,2	6 637,9
Berlin	1 610,4	1 631,5	1 645,8	1 664,2	1 638,4	1 653,3
Brandenburg	1 026,4	1 045,5	1 058,0	1 063,1	1 031,2	1 047,4
Bremen	388,7	390,8	392,2	397,7	390,7	390,9
Hamburg	1 099,2	1 108,1	1 116,9	1 132,1	1 119,9	1 123,6
Hessen	3 084,6	3 105,8	3 121,1	3 144,8	3 100,9	3 109,5
Mecklenburg-Vorpommern	716,3	731,1	741,3	739,8	713,0	727,1
Niedersachsen	3 610,8	3 654,6	3 681,1	3 702,2	3 636,4	3 665,8
Nordrhein-Westfalen	8 591,3	8 662,7	8 716,2	8 787,1	8 628,0	8 646,5
Rheinland-Pfalz	1 835,2	1 854,4	1 865,4	1 874,4	1 837,9	1 850,5
Saarland	508,1	509,0	510,2	514,0	506,1	504,5
Sachsen	1 921,3	1 948,6	1 967,9	1 976,6	1 910,0	1 929,7
Sachsen-Anhalt	996,3	1 008,1	1 019,9	1 035,3	994,0	1 002,4
Schleswig-Holstein	1 252,6	1 270,7	1 281,3	1 286,4	1 261,1	1 274,6
Thüringen	1 012,5	1 026,8	1 036,2	1 039,0	1 004,1	1 011,8
Deutschland	39 764,0	40 180,0	40 433,0	40 733,0	39 940,0	40 155,0
Alte Länder (ohne Berlin)	32 480,7	32 788,4	32 963,9	33 215,0	32 649,4	32 783,2
Neue Länder (ohne Berlin)	5 672,9	5 760,1	5 823,3	5 853,9	5 652,2	5 718,4
Veränderung gegenüber dem Vorjahresquartal in %						
Baden-Württemberg	1,7	1,6	1,4	1,1	0,4	-0,3
Bayern	2,0	1,8	1,6	1,3	0,6	0,0
Berlin	2,0	2,3	2,3	1,9	1,7	1,3
Brandenburg	1,2	1,5	1,5	1,2	0,5	0,2
Bremen	1,4	1,1	0,9	0,6	0,5	0,0
Hamburg	2,5	2,3	2,4	2,4	1,9	1,4
Hessen	1,4	1,2	1,0	0,7	0,5	0,1
Mecklenburg-Vorpommern	1,3	0,8	0,5	0,1	-0,5	-0,6
Niedersachsen	1,7	1,6	1,5	1,2	0,7	0,3
Nordrhein-Westfalen	1,6	1,4	1,4	1,1	0,4	-0,2
Rheinland-Pfalz	2,0	1,6	1,4	1,1	0,1	-0,2
Saarland	0,7	0,6	0,4	0,2	-0,4	-0,9
Sachsen	1,0	0,8	0,7	0,2	-0,6	-1,0
Sachsen-Anhalt	0,9	0,4	0,7	0,7	-0,2	-0,6
Schleswig-Holstein	1,9	1,8	1,6	1,4	0,7	0,3
Thüringen	1,1	0,7	0,6	0,2	-0,8	-1,5
Deutschland	1,7	1,5	1,4	1,1	0,4	-0,1
Alte Länder (ohne Berlin)	1,7	1,6	1,4	1,1	0,5	-0,0
Neue Länder (ohne Berlin)	1,1	0,8	0,8	0,5	-0,4	-0,7

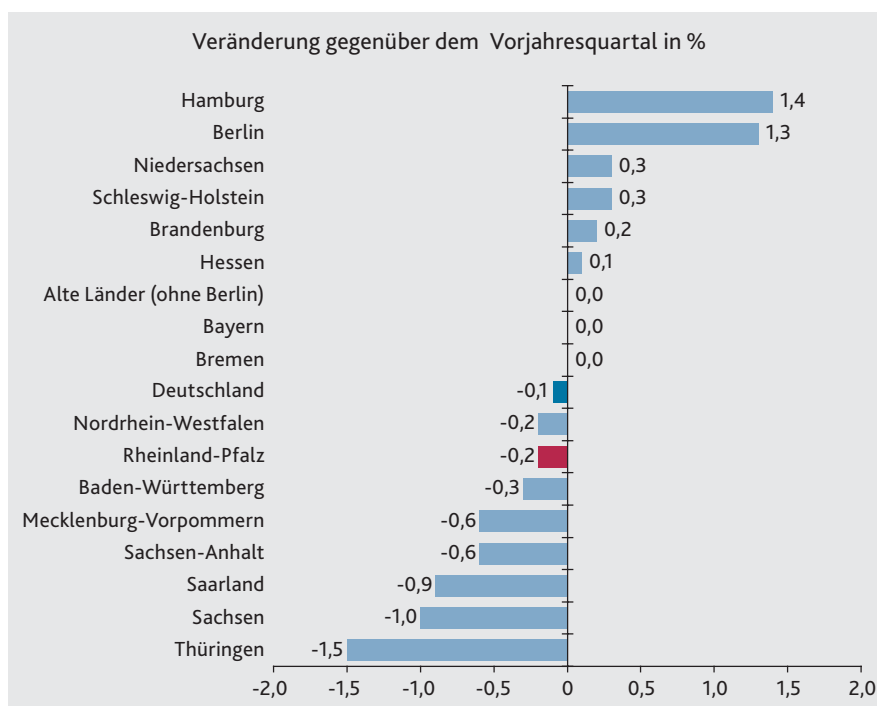
Quelle: Arbeitskreis „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“.
Berechnungsstand des Statistischen Bundesamtes: 21. August 2009

Rezession erst jetzt stärker auf die Beschäftigungslage im produzierenden Gewerbe auswirkt, ist auch auf die kräftige Ausdehnung der Kurzarbeit zurückzuführen. Sie hat in diesem Bereich stabilisierend gewirkt. Nach Angaben der Bundesagentur für Arbeit lag die Zahl der Kurzarbeiter im Juni 2009 mit rund 59 500 vierzigmal so hoch wie am Ende des 2. Quartals 2008. Mit 50 600 waren mehr als 85% der Kurzarbeiter im produzierenden Gewerbe tätig.

Dienstleistungsbereiche

Anders verläuft derzeit die Entwicklung im Dienstleistungssektor. Hier sind die Änderungsraten noch positiv, allerdings deutlich schwächer als in den beiden Jahren zuvor. Im 2. Quartal 2009 waren in den Dienstleistungsbereichen rund 1700 Personen mehr beschäftigt als im 2. Quartal 2008; das war ein Plus von 0,1%. Bundesweit war in diesen

Erwerbstätige am Arbeitsort im 2. Quartal 2009 nach Ländern

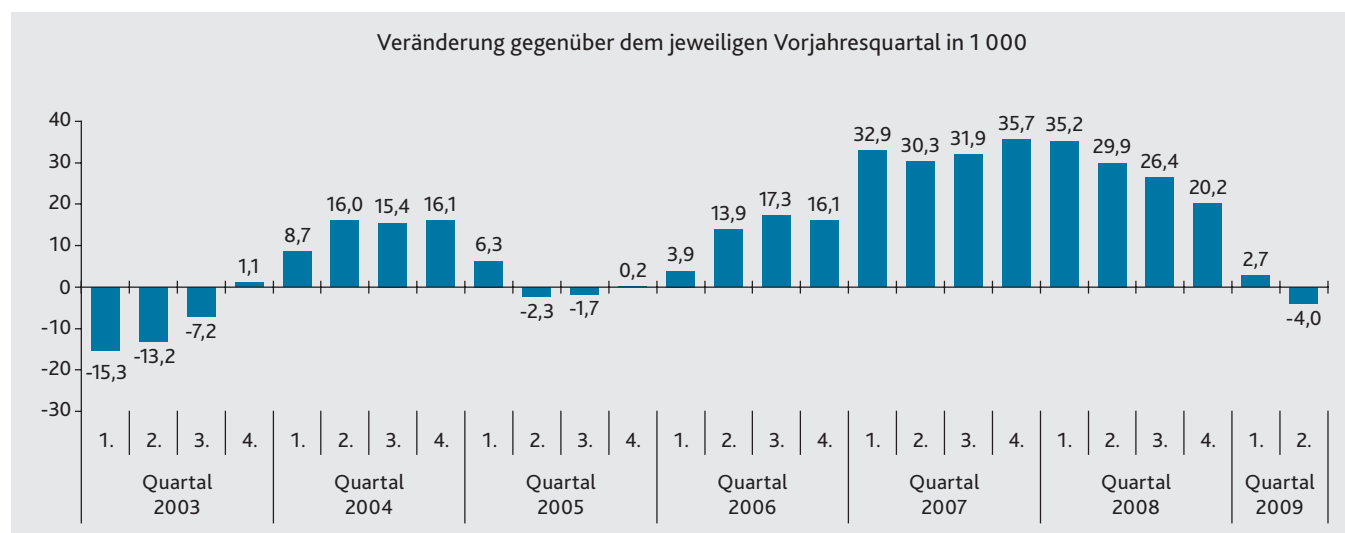


Bereichen eine Zunahme um 0,4% zu verzeichnen.

Allerdings verlaufen die Entwicklungen in den einzelnen Bereichen des Dienstleistungssektors ganz

unterschiedlich. Im Bereich „Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister“, der in den vergangenen Jahren noch beträchtlich zum Beschäftigungsaufbau beitra-

Erwerbstätige am Arbeitsort 2003–2009



gen konnte, arbeiteten 2,9% weniger Erwerbstätige als ein Jahr zuvor. Wesentlichen Anteil daran hat der deutliche Rückgang der Zahl der sogenannten Leiharbeitnehmer, die diesem Bereich statistisch zugeordnet sind. Nach vorläufigen Berechnungen der Bundesagentur für Arbeit lag die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Wirtschaftszweig Arbeitnehmerüberlassung im Juni 2009 in Rheinland-Pfalz um 10 100 bzw. 34,5% niedriger als ein Jahr zuvor.

Die anderen Dienstleistungsbereiche wiesen auch im 2. Quartal noch steigende Erwerbstätigenzahlen auf: Im Bereich „Öffentliche und private Dienstleister“, dem größten Teilbereich innerhalb des Dienstleistungssektors, nahm die Zahl der Erwerbstätigen um 1,4% zu. Der Bereich „Handel, Gastgewerbe und Verkehr“ verzeichnete einen geringen Anstieg um 0,1%.

Detaillierte Ergebnisse können auf der Internetseite des Arbeitskreises Erwerbstätigenrechnung, dem das Statistische Landesamt Rheinland-Pfalz angehört, abgerufen werden.

Durchschnittlich 17 855 Euro pro Einwohner für Konsum und Sparen

Das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte liegt je Einwohner in den rheinland-pfälzischen Landkreisen höher als in den kreisfreien Städten. Jeder Einwohner der 24 Landkreise verfügte im Jahr 2007 durchschnittlich über 18 102 Euro, in den zwölf kreisfreien Städte waren es

17 126 Euro. Der Landesdurchschnitt lag bei 17 855 Euro.

Unter den Landkreisen war das höchste Pro-Kopf-Einkommen mit 21 119 Euro in Mainz-Bingen zu verzeichnen, während in Kusel je Einwohner durchschnittlich 16 357 Euro zur Verfügung standen. Bei den Städten reichte die Spanne von 19 146 Euro in Neustadt an der Weinstraße bis 15 798 Euro in Ludwigshafen.

Auch der Anstieg der Pro-Kopf-Einkommen war in den zurückliegenden Jahren in den Landkreisen höher als in den kreisfreien Städten. In den Landkreisen nahm das verfügbare Einkommen gegenüber dem Jahr 2006 um 2,1% zu, in den kreisfreien Städten um 0,9%. Auch über den längeren Zeitraum von 2000 bis 2007 betrachtet fiel der Anstieg in den Landkreisen im Mittel stärker aus (+15,2%) als in den kreisfreien Städten (+11,1%). Beeinflusst wird diese unterschiedliche Entwicklung auch dadurch, dass die Einwohnerzahl der kreisfreien Städte stieg, während sie in den Landkreisen stagnierte bzw. leicht zurückging.

Den stärksten Anstieg des Pro-Kopf-Einkommens gegenüber dem Jahr 2000 erzielte unter den Städten mit 17% Speyer knapp vor Trier mit 16,4%. Dagegen nahm das Einkommen je Einwohner in Mainz nur um 6,1% zu. Ein Grund für diesen vergleichsweise schwachen Anstieg ist die Einführung der Zweitwohnsitzsteuer im Jahr 2005. Vor allem viele Studierende wandelten damals ihren Nebenwohnsitz in einen Hauptwohn-

sitz um; dadurch ist die Bevölkerungszahl der Landeshauptstadt deutlich gestiegen. Die höchsten Zuwachsraten unter den Landkreisen hatten Trier-Saargau sowie der Eifelkreis Bitburg-Prüm mit über 21% zu verzeichnen, es folgen die beiden Landkreise Vulkaneifel und Bernkastel-Wittlich. Diese Kreise liegen – wie auch die Stadt Trier – im Einzugsbereich von Luxemburg. Da immer mehr Menschen aus den grenznahen Gebieten dorthin zur Arbeit pendeln, profitiert die Region von der sehr dynamischen wirtschaftlichen Entwicklung des Großherzogtums.

Tourismus im Minus

Lediglich leichtes Plus bei den Übernachtungen von Ausländern

Die rheinland-pfälzischen Tourismusbetriebe konnten im Zeitraum von Januar bis August nahezu 5 Mill. Gäste begrüßen. Das waren 0,9% weniger als in den ersten acht Monaten des Jahres 2008. Im Schnitt blieben die Besucher 2,8 Tage, sodass die Tourismusbranche knapp 13,9 Mill. Übernachtungen verbuchte. Damit wurde das Vorjahresergebnis allerdings um 1,6% verfehlt. Das Minus wäre noch deutlicher ausgefallen, hätte der Ausländertourismus nicht leicht um 0,2% auf 3,4 Mill. Übernachtungen zugelegt.

Erfreulich war die Entwicklung bei den Übernachtungszahlen der Niederländer, die in den ersten acht Monaten um 4,8% auf 1,5 Mill. gesteigert werden konnten. Die Übernachtungszahl von belgischen Gästen nahm ebenfalls zu (+1% auf 609 000). Während bei US-

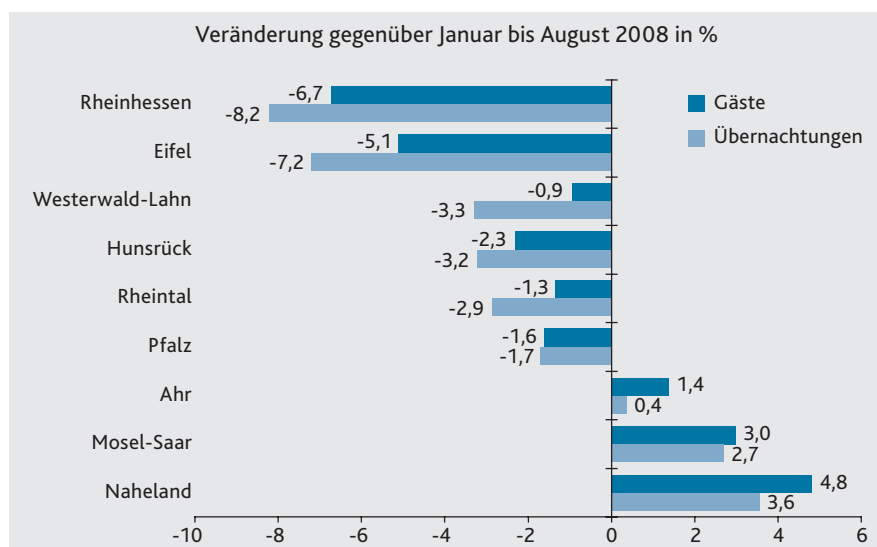
Amerikanern ein Übernachtungsplus von 13% zu verzeichnen war, ging die Zahl bei den Briten um 15% zurück. Nahezu ein Viertel (23%) aller Übernachtungen entfiel von Januar bis August auf den Ausländertourismus.

In den neun rheinland-pfälzischen Tourismusregionen verlief die Entwicklung uneinheitlich. So freuten sich die Anbieter in den Regionen Naheland, Mosel-Saar und Ahr über ein Gäste- und Übernachtungsplus, während in allen anderen Fremdenverkehrsgebieten Rückgänge zu verzeichnen waren. Schlusslichter waren die Regionen Eifel und Rheinhessen.

Ein ähnliches Bild zeigt sich bei den verschiedenen touristischen Betriebsarten. Von einer gestiegenen Nachfrage konnten lediglich Privartquartiere, Gasthöfe und Pensionen profitieren. Bei den übrigen Betriebsarten waren die touristischen Kennzahlen in den ersten acht Monaten rückläufig. Ein deutliches Minus verzeichneten die Betreiber von Ferienhäusern und Ferienwohnungen.

Im Urlaubsmonat August 2009 blieben die Gästezahlen (849 000) um 3,5% und die Übernachtungszahlen (2,6 Mill.) um 1,7% hinter den Ergebnissen des gleichen Vorjahresmonats zurück. Gegenüber August 2008 war lediglich bei den Übernachtungen der ausländischen Besucher ein Plus von 1,1% zu beobachten, während die Zahl der Auslandsgäste leicht um 0,8% zurückging. Beim Inländertourismus waren sowohl die Gästeankünfte (-4,4%) als auch die Übernachtungszahlen (-2,8%) rückläufig.

Gäste und Übernachtungen von Januar bis August 2009 nach Tourismusregionen



Immer mehr Kinder unter drei Jahren besuchen Tageseinrichtungen

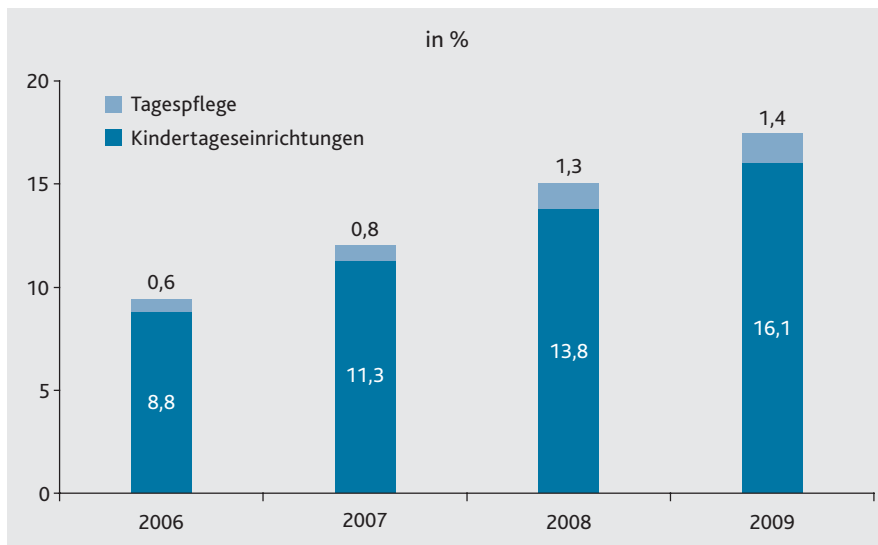
Die Zahl der unter 3-Jährigen, die in Rheinland-Pfalz eine Kindertageseinrichtung besuchen, steigt weiter. Im März 2009 wurden insgesamt 15 588 Mädchen und Jungen betreut, das waren 16,1% aller unter 3-Jährigen. Bei der Erhebung im März 2008 waren es 13 467 (13,8), im Jahre 2006 lediglich 8 957 Kinder (8,8%). Weitere 1 379 Mädchen und Jungen wurden in öffentlich geförderter Kindertagespflege betreut, das waren 1,4% aller Kinder unter 3 Jahren (2008: 1,3%). Nach Angaben des Ministeriums für Bildung, Wissenschaft, Jugend und Kultur standen Ende August in Rheinland-Pfalz gut 19 900 genehmigte Plätze für Kinder unter drei Jahren in Kindertageseinrichtungen zur Verfügung, also für jedes fünfte Kind dieser Altersgruppe (20,5%).

Die Besuchsquote der unter 3-Jährigen in Kindertageseinrichtungen

ist in allen Landkreisen gestiegen. In den kreisfreien Städten lag die Quote lediglich in Trier unter dem Vorjahreswert (-1,8 Prozentpunkte). Trotz dieses Rückganges verzeichnete die Stadt mit einer Besuchsquote von 21,9% weiterhin den höchsten Wert unter den kreisfreien Städten. Bei den Kreisen lag erneut der Landkreis Südwestpfalz mit einer Quote von 26,4% an der Spitze. Die niedrigste Besuchsquote hatte unter den kreisfreien Städten wie bereits in der Vergangenheit Worms (7,8%), unter den Kreisen bildet nunmehr der Landkreis Vulkaneifel (11,2%) das Schlusslicht.

Die Kindertagespflege spielt in den kreisfreien Städten eine größere Rolle als in den Landkreisen. In den kreisfreien Städten werden 2,6% aller unter 3-Jährigen entsprechend betreut, in den Landkreisen liegt die Quote bei 1%. Mit weitem Abstand Spitzenreiter unter den Städten ist

Unter 3-Jährige in Kindertageseinrichtungen und öffentlich geförderter Tagespflege 2006–2009



Speyer (7,1%), die niedrigste Quote weist Neustadt an der Weinstraße auf. Bei den Landkreisen reicht die Spanne von 2,3% im Landkreis Alzey-Worms bis 0,1% im Westerwaldkreis.

Auch der Anteil der 3- bis 6-Jährigen, die eine Kindertageseinrichtung besuchen, ist weiter gestiegen und erreichte im März 2009 einen Wert von 96%. Die Zahl der betreuten Mädchen und Jungen in dieser Altersgruppe lag jedoch wegen der insgesamt sinkenden Kinderzahl mit 97 950 um fast 1 800 niedriger als ein Jahr zuvor. Ein Vergleich mit den anderen Bundesländern ist derzeit nur für das Jahr 2008 möglich; hier zeigte sich, dass Rheinland-Pfalz nach Thüringen die zweithöchste Besuchsquote hatte.

Im März 2009 gab es in Rheinland-Pfalz insgesamt 2 417 Tageseinrichtungen, in denen 139 115 Kinder

betreut wurden. Neben Krippen und Kindergärten sind in diesen Zahlen auch 25 577 Hortplätze für Schulkinder enthalten. In den Einrichtungen waren rund 26 700 Personen beschäftigt; fast 21 650 im pädagogischen und gut 5 000 Personen im hauswirtschaftlichen und technischen Bereich.

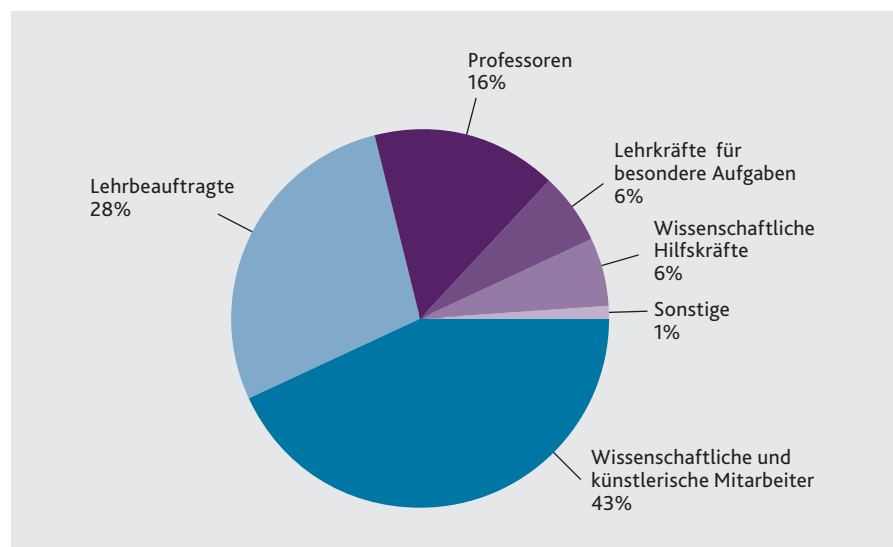
In öffentlich geförderter Kindertagespflege wurden im März 2009 insgesamt 3 321 Kinder von Tagesmüttern und -vätern betreut; das waren fast 600 mehr als ein Jahr zuvor. Rein privat organisierte und finanzierte Betreuungsverhältnisse, die nicht vom Jugendamt registriert werden, sind statistisch nicht erfasst.

Mehr wissenschaftliches und künstlerisches Personal an Hochschulen

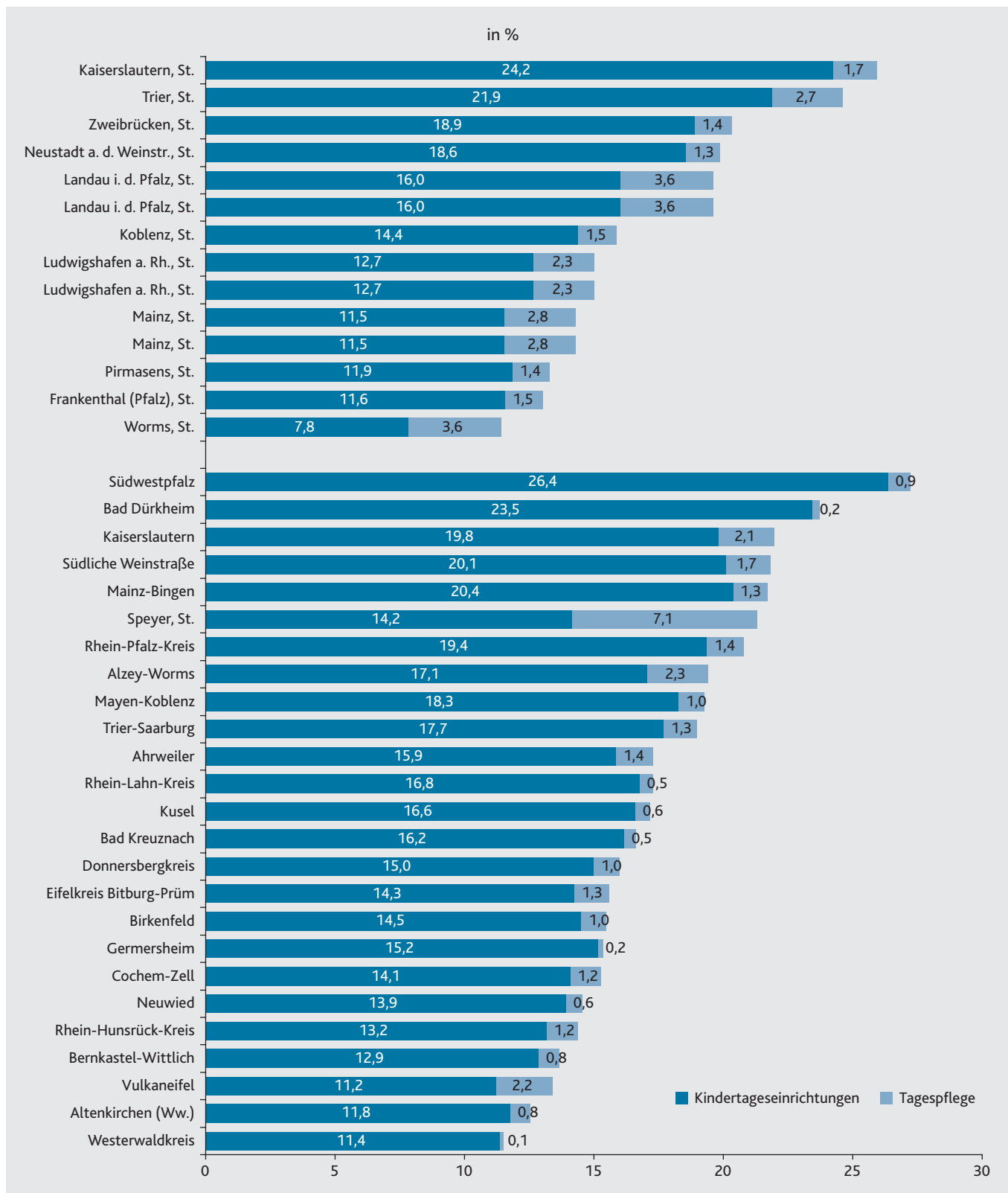
Anteil der Teilzeitkräfte steigt

Die Zahl der wissenschaftlichen und künstlerischen Kräfte an rheinland-pfälzischen Hochschulen ist im vergangenen Jahr erneut gestiegen. Zum Jahresende 2008 arbeiteten insgesamt 10 915 wissenschaftliche und künstlerische Kräfte an den 19 rheinland-pfälzischen Hochschulen und am Universitätsklinikum Mainz. Das waren 659 Personen und damit 6,4% mehr als im Vorjahr. Unter den forschenden und lehrenden Beschäf-

Wissenschaftliches und künstlerisches Hochschulpersonal 2008 nach Personalgruppen



Unter 3-Jährige in Kindertageseinrichtungen und in öffentlich geförderter Tagespflege 2009 nach Verwaltungsbezirken

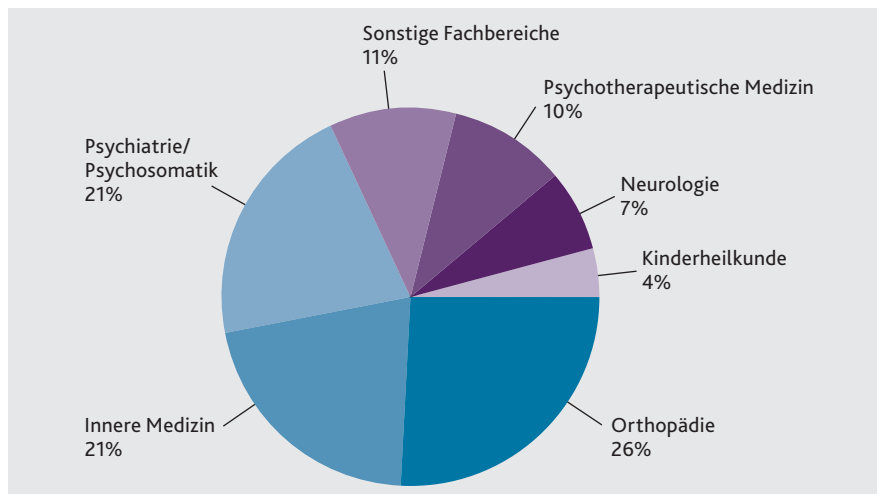


tigten stellten die wissenschaftlichen und künstlerischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit einem Anteil von 42,3% die größte Personalgruppe, gefolgt von den Lehrbeauftragten (28,5%) sowie den Professorinnen und Professoren (16%). Etwas mehr als ein Drittel der Beschäftigten waren Frauen (35%).

Fast 42% des wissenschaftlichen und künstlerischen Personals arbeiteten in Vollzeit. Das ist knapp 1 Prozentpunkt weniger als im Jahr 2007. Damit setzte sich der seit längerem zu beobachtende Rückgang des Anteils der Vollzeitarbeitsverhältnisse fort. Dieser reduzierte sich seit dem Jahr 2000 um 6,2 Prozentpunkte. Zugunommen hat im Vergleichszeitraum dementsprechend der Anteil der Teilzeitkräfte.

Um die Personalkapazitäten der Hochschulen trotz dieser „Teilzeiteffekte“ im Zeitverlauf zu vergleichen, kann das Personal in fiktive Vollzeitstellen umgerechnet werden. Für das wissenschaftliche und künstlerische Personal ergibt sich nach dieser Berechnung eine Personalkapazität von 6 599 Vollzeitstellen. Gegenüber dem Vorjahr entspricht dies einem Anstieg von 5,8%. Zum Vergleich: Die Zahl der Studierenden nahm im selben Zeitraum lediglich um 1,4% zu. Das Verhältnis von Studierenden je Lehrperson (ohne Drittmittelfinanzierung und ohne Verwaltungsfachhochschulen), die sogenannte Betreuungsrelation, verbesserte sich dementsprechend von 20,1 im Jahr 2007 auf 19,4 im Jahr 2008.

Aufgestellte Betten in Vorsorge- und Rehabilitationseinrichtungen 2008



Patientenzahlen in Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen steigen weiter

Die Patientenzahlen in den 64 rheinland-pfälzischen Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen sind erneut angestiegen. Im vergangenen Jahr wurden 91 592 Patientinnen und Patienten behandelt, das waren 2,3% mehr als im Jahr 2007. In den zurückliegenden zehn Jahren hatte sich die Patientenzahl zunächst von 75 000 im Jahr 1998 auf knapp 100 000 im Jahr 2001 nach oben entwickelt. In den darauf folgenden Jahren sank sie bis auf 81 000 im Jahr 2005. Seither ist ein kontinuierlicher Anstieg zu verzeichnen, der dem Anwachsen der Patientenzahlen in den Krankenhäusern folgt und sich insbesondere auf die Altersklassen der 45- bis 60-Jährigen sowie auf den Fachbereich Orthopädie konzentriert.

Die Zahl der Behandlungstage ist im vergangenen Jahr gegenüber 2007 um 2% auf insgesamt gut 2,52 Mill.

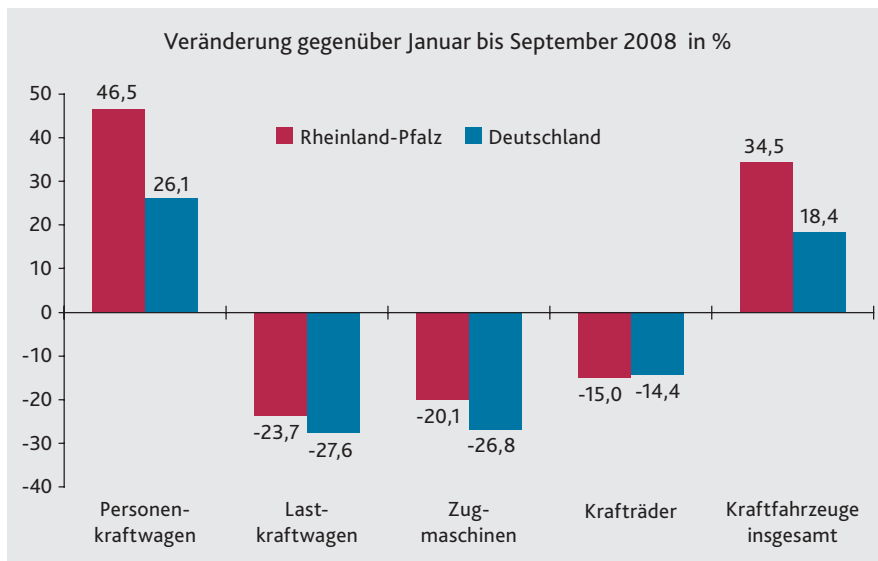
angestiegen. Durchschnittlich blieben die Patientinnen und Patienten 27,5 Tage in den Rehaeinrichtungen (2007: 27,6 Tage). Der Auslastungsgrad hat sich deshalb gegenüber 2007 leicht von 84 auf 85,7% erhöht.

In den Rehakliniken waren im vergangenen Jahr 471 Ärzte und 5 213 Beschäftigte des nichtärztlichen Personals angestellt. Die meisten Beschäftigten arbeiteten im medizinisch-technischen Dienst (1 495), im Pflegedienst (1 263) und im Wirtschafts- und Versorgungsdienst (718).

Starker Anstieg der Pkw-Neuzulassungen in den ersten neun Monaten

Die Abwrackprämie für Pkw hat in Rheinland-Pfalz in den ersten neun Monaten des Jahres 2009 die Neuzulassungen von Personenkraftwagen kräftig in die Höhe schnellen lassen. Im Vergleich zum Vorjahreszeitraum stieg die Zahl der neu zugelassenen

Neuzulassungen von Kraftfahrzeugen von Januar bis September 2009



Pkw um rund 45 000 auf 140 534 (+46,5%). Damit lag der Zuwachs deutlich über dem Bundesdurchschnitt von 26,1%.

Der starke Anstieg der Pkw-Neuzulassungen hatte kaum Einfluss auf den Gebrauchtwagenmarkt. Insgesamt ging die Zahl der Besitztumschreibungen gebrauchter Fahrzeuge in Rheinland-Pfalz – wie auch im gesamten Bundesgebiet – nur um 1,6% zurück.

Bei den Neuzulassungen anderer Fahrzeugarten waren im Gegensatz zu den Pkw jeweils zweistellige Rückgänge zu verzeichnen. Von Januar bis September 2009 wurden im Land insgesamt 6 498 neue Lastkraftwagen zugelassen, das waren 23,7% weniger als im entsprechenden Vorjahreszeitraum. Daneben gab es noch 7 614 Neuzulassungen für Krafträder (–15%) und 2 481 Neuzulassungen für Zugmaschinen (–20,1%).

Unfälle mit Personenschäden bis Ende August 2009 rückläufig

Weniger Verletzte und Todesopfer als im Vorjahreszeitraum

In den ersten acht Monaten des Jahres 2009 lag die Zahl der auf rheinland-pfälzischen Straßen registrierten Verkehrsunfälle um 0,3% über dem Ergebnis des gleichen Vorjahreszeitraums. Rückläufig war hingegen die

Zahl der Unfälle mit Personenschäden. Sie ging im Berichtszeitraum um 3,8% zurück. Dabei kamen 13 584 Personen zu Schaden, das waren 3,6% weniger als im Vorjahreszeitraum.

Von Januar bis August 2009 verloren 151 Menschen bei Verkehrsunfällen ihr Leben, 12 weniger als im entsprechenden Vorjahreszeitraum. Die Zahl der Schwerverletzten lag mit 2 577 um 6,5% unter dem Wert des Vorjahreszeitraums. Ebenso ging die Zahl der leicht verletzten Personen um 2,8% auf 10 856 zurück.

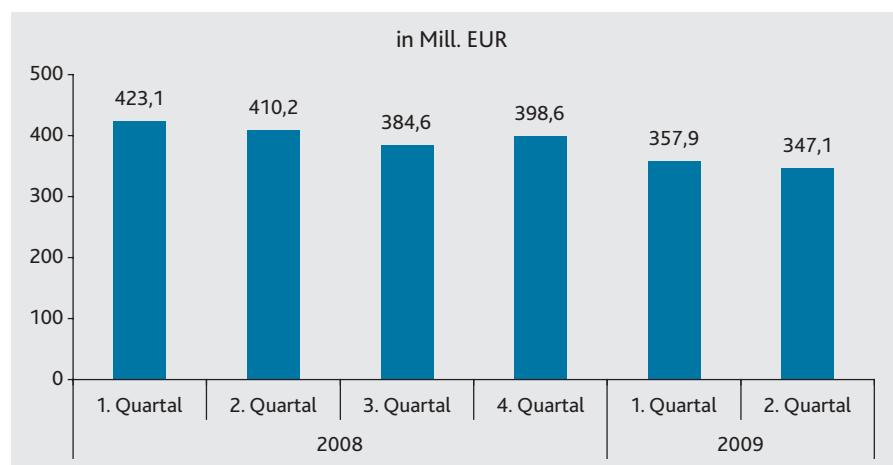
In 87% aller Verkehrsunfälle des Berichtszeitraums entstand lediglich ein Sachschaden, bei 4 387 Unfällen wurde schwerer Sachschaden registriert.

Wirtschaftskrise lässt die kommunalen Steuereinnahmen schrumpfen

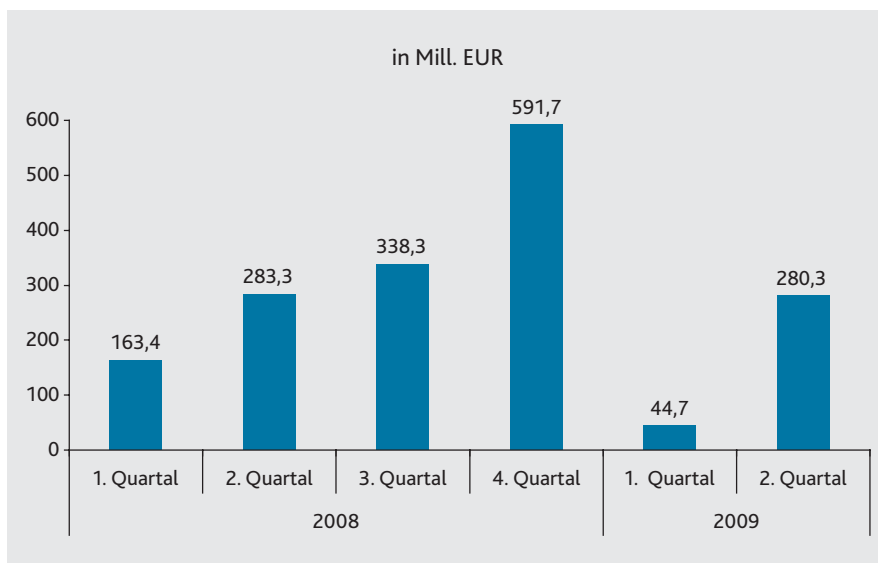
Im 1. Halbjahr 2009 Einbruch um 17%

Die rheinland-pfälzischen Kommunen bekommen die Auswirkung der Wirtschaftskrise zu spüren. In den ersten

Gewerbesteueraufkommen der Kommunen 2008 und 2009



Gemeindeanteil an der Einkommensteuer 2008 und 2009



sechs Monaten dieses Jahres lag ihr Steueraufkommen um 17% niedriger als im 1. Halbjahr 2008. Besonders stark betroffen waren die kreisfreien Städte Pirmasens, Frankenthal und Speyer sowie die Landkreise Vulkaneifel und Germersheim.

Das Gewerbesteueraufkommen, das wichtigste Standbein der kommunalen Einnahmen (2008: 45%), belief sich im ersten Halbjahr 2009 auf 705 Mill. Euro und lag damit um 15,4% niedriger als in den ersten sechs Monaten 2008. Aus der zweit-

wichtigsten Einnahmequelle der kommunalen Haushalte, dem Gemeindeanteil an der Einkommenssteuer (2008: 38%), flossen im 1. Halbjahr 325 Mill. Euro in die Kassen der Kommunen, 27,2% weniger als im gleichen Vorjahreszeitraum.

Das beachtliche Minus der Steuereinnahmen im 1. Halbjahr 2009 dürfte bislang vor allem auf die starken Gewinnrückgänge bei den Unternehmen zurückzuführen sein. Die schwerste Rezession seit 80 Jahren hat die Erträge der Unternehmen stark in Mitleidenschaft gezogen und in der Folge auch die Einnahmen der Kommunen schrumpfen lassen, die hieran anknüpfen. Sollte sich im Laufe der zweiten Jahreshälfte die Arbeitslosigkeit deutlich erhöhen – wie von vielen Konjunkturexperten erwartet – wird das Aufkommen aus dem Gemeindeanteil an der Einkommenssteuer zusätzlich negativ belastet.

Verbraucherpreise im Oktober 2009

Die Verbraucherpreise lagen im Oktober im sechsten Monat in Folge unter dem Vorjahresniveau. Der Verbraucherpreisindex sank im Vergleich zum Vorjahresmonat um 0,1%. Für den Rückgang waren vor allem die Preise für Haushaltsenergie und Kraftstoffe verantwortlich, aber auch Nahrungsmittel waren deutlich billiger als vor einem Jahr. Heizöl kostete 23,6% weniger als im Oktober 2008, die Gaspreise verringerten sich um 18%. Für Kraftstoffe mussten Autofahrer 4,5% weniger bezahlen als im Vorjahresmonat. Ohne Haushaltsenergie und Kraftstoffe wäre der Gesamtindex um 0,7% gegenüber Oktober 2008 gestiegen. Die Preise für Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke sanken um durchschnittlich 3,8%. Hier wies frische Vollmilch einen starken

Preisrückgang auf (-24%), aber auch Kartoffeln waren deutlich billiger als vor einem Jahr (-23%). Dagegen zogen die Preise für Eier (+9,1%), Schokolade (+3,3%) und Dauerwurst (+2,5%) an. Teurer als vor einem Jahr waren auch alkoholische Getränke und Tabakwaren (+3,1%) sowie Bekleidung und Schuhe (+2,7%).

Im Vergleich zum Vormonat September stieg der Verbraucherpreisindex leicht um 0,1%. Während die Hauptgruppen „Freizeit, Unterhaltung und Kultur“ (-0,5%) sowie „Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke“ (-0,3%) stärkere Preisrückgänge verzeichneten, wiesen sowohl der Bereich „Andere Waren und Dienstleistungen“ (+0,8%) als auch „Bekleidung und Schuhe“ (+1,1%) überdurchschnittliche Preissteigerungen auf.

Verbraucherpreisindex

Der Verbraucherpreisindex misst die durchschnittliche Preisveränderung der Waren und Dienstleistungen, die von privaten Haushalten für Konsumzwecke gekauft werden. Berücksichtigt werden Güter des täglichen Bedarfs, Mieten, langlebige Gebrauchsgüter und Dienstleistungen. Der Verbraucherpreisindex dient als Indikator für die Beurteilung der Geldwertstabilität und als Inflationsmaßstab.

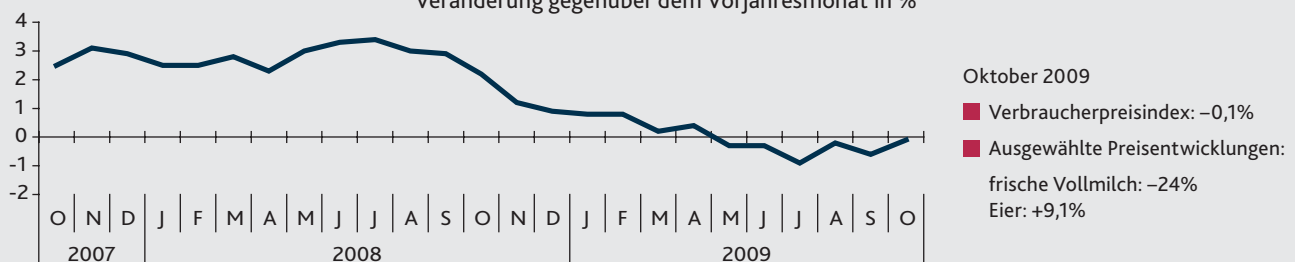
Rund um die Monatsmitte erheben in Rheinland-Pfalz in 11 Berichtsgemeinden 17 Preismittler im Auftrag des Statistischen Landesamtes in ca. 2.000 Berichtsstellen (z. B. Kaufhäuser) gut 17.000 Einzelpreise. Dabei werden die Preisveränderungen von etwa 750 genau beschriebenen Waren und Dienstleistungen erfasst. Die Preisveränderungen werden gemäß der Verbrauchsbedeutung, die den Waren und Dienstleistungen bei den Ausgaben der privaten Haushalte zukommt, im Preisindex berücksichtigt.

Verbraucherpreisindex im Oktober 2009

Veränderung in den Waren- und Dienstleistungsgruppen gegenüber Oktober 2008 in %



Veränderung gegenüber dem Vorjahresmonat in %

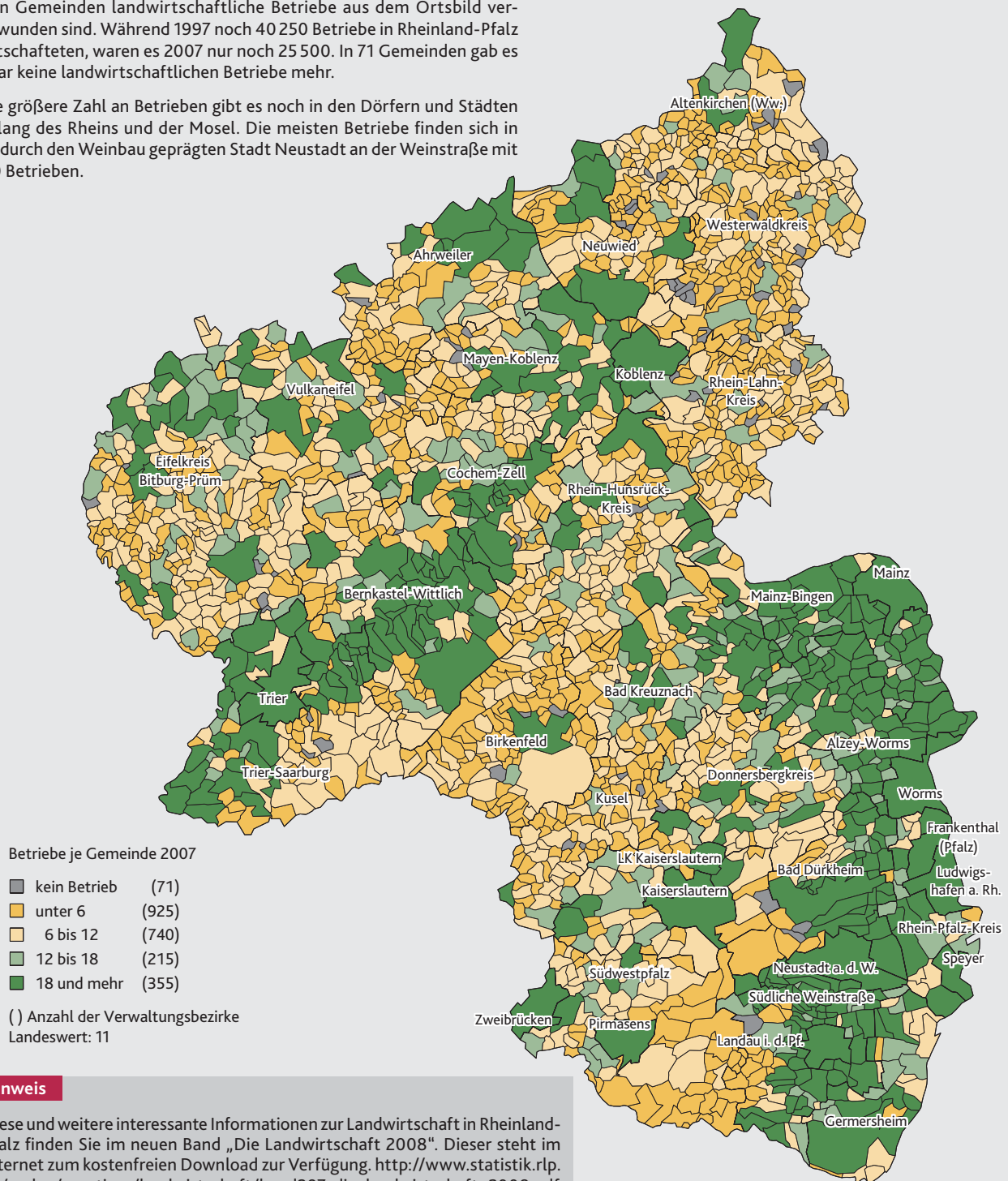


Landwirtschaftliche Betriebe 2007

Immer weniger landwirtschaftliche Betriebe

Der Strukturwandel in der Landwirtschaft führt dazu, dass heute in manchen Gemeinden landwirtschaftliche Betriebe aus dem Ortsbild verschwunden sind. Während 1997 noch 40 250 Betriebe in Rheinland-Pfalz wirtschafteten, waren es 2007 nur noch 25 500. In 71 Gemeinden gab es sogar keine landwirtschaftlichen Betriebe mehr.

Eine größere Zahl an Betrieben gibt es noch in den Dörfern und Städten entlang des Rheins und der Mosel. Die meisten Betriebe finden sich in der durch den Weinbau geprägten Stadt Neustadt an der Weinstraße mit 320 Betrieben.



Haushalte und Familien 2008

Alternative Formen des Zusammenlebens gewinnen an Bedeutung



Von Christine Schomaker

Immer mehr Menschen leben in Lebensgemeinschaften, als alleinerziehende Elternteile oder als Alleinstehende, d.h. ohne Ehe- oder Lebenspartner/in und ohne Kinder im eigenen Haushalt. Bei den Familien gewinnen alternative Formen des Zusammenlebens zunehmend an Bedeutung, die Zahl der traditionellen Familien geht zurück. Anhand der Zahlen von

1998 und 2008 werden in diesem Beitrag die Strukturen und Entwicklungen der Haushalte und Familien sowie Änderungen der Lebensverhältnisse verdeutlicht.

Die Datengrundlage ist der Mikrozensus. Seit 1957 liefert die größte jährliche Haushaltsbefragung in Deutschland und Europa differenzierte Daten über die Bevölkerung und den Arbeitsmarkt. Die 1%-Stichprobenerhebung, in die in Rheinland-Pfalz jährlich rund 18 000 Haushalte einbezogen werden, gibt unter anderem Aufschluss über die Zahl und die Zusammensetzung der Haushalte sowie der Familien.

Privathaushalte werden immer kleiner

Im Jahr 2008 wohnten in Rheinland-Pfalz mehr als 4 Mill. Menschen. Die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung am Haupt- und Nebenwohnsitz lebt in einem Privathaushalt. Als (Privat-)Haushalt zählt jede zusammenwohnende und eine wirtschaftliche Einheit bildende Personengemeinschaft (Mehrpersonenhaushalte) sowie Personen, die allein wohnen und wirtschaften (Einpersonenhaushalte).

Der Trend
zu kleineren
Haushalten
hält an

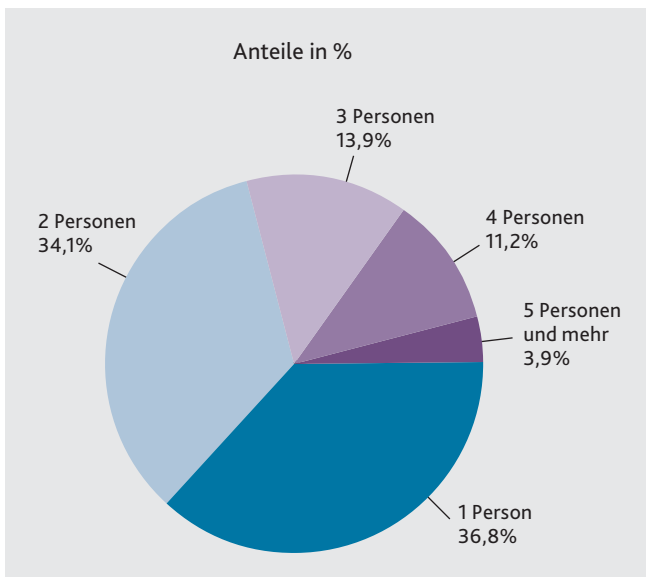
Mit rund 41 000 Personen bewohnte lediglich ein kleiner Teil der Bevölkerung 2008 eine sogenannte Gemeinschaftsunterkunft. Hierzu zählen beispielsweise Altersheime und Altenpflegeheime sowie ähnliche Einrichtungen.

Trotz rückläufiger Entwicklung der rheinland-pfälzischen Bevölkerung zwischen 1998 und 2008 stieg die Zahl der Privathaushalte seit dem Jahr 1998 um 5,3% auf rund 1,9 Mill. im Jahr 2008. Folglich wohnen in den einzelnen Haushalten immer weniger Menschen. Ein rheinland-pfälzischer Haushalt bestand im Jahr 2008 durchschnittlich aus 2,1 Personen, 1998 waren es noch 2,3 Personen.

Auch die Zusammensetzung der Haushalte in Rheinland-Pfalz hat sich im letzten Jahrzehnt deutlich verändert. So erhöhte sich die Zahl der Einpersonenhaushalte zwischen 1998 und 2008 um 18,7%, die Zahl der Zweipersonenhaushalte stieg um 7%. Zum Anstieg der Zahl der Privathaushalte

G 1

Haushalte 2008 nach der Größe



hat damit insbesondere der Zuwachs bei den Ein- und Zweipersonenhaushalten beigetragen. Insgesamt gliederten sich im Jahr 2008 die Privathaushalte in Rheinland-Pfalz zu je etwa einem Drittel in Haushalte mit einer Person (36,8%), zwei Personen (34,1%) bzw. drei und mehr Personen (29,1%).

Fast jede fünfte Person lebt allein in einem Haushalt

Noch immer ist das Alleinleben unter der Bevölkerung mit fortgeschrittenem Alter am weitesten verbreitet. Dabei handelt es sich vielfach um ältere Menschen, die z. B. nach dem Tod des Partners allein in einem Haushalt leben und nicht – wie dies in früheren Zeiten noch durchaus üblich war – mit Kindern oder Enkeln unter einem Dach wohnen. Die höhere Lebenserwartung der Frauen, aber auch die langfristigen Auswirkungen des Zweiten Weltkriegs lassen die Zahl der allein lebenden Frauen im Alter stark ansteigen. Im Zuge der demografischen Entwicklung nimmt der Anteil dieser Bevölkerungsgruppe stetig zu. Ein Drittel (32,3%) der Seniorinnen und Senioren ab 65 Jahren lebte 2008 allein.

Dagegen lebten und wirtschafteten 2008 lediglich 17,2% der unter 35-Jährigen allein. Noch geringer ist der Anteil der Alleinlebenden bei der Gruppe der 35- bis 65-Jährigen; viele Menschen dieser Altersgruppe lebten mit einem Partner und/oder Kind(ern) zusammen.

Zu den Alleinstehenden zählen im Mikrozensus alle Personen, die ohne Ehe- oder Lebenspartner und ohne Kinder leben. Alleinlebende sind ledige, verheiratet getrennt lebende, geschiedene und verwitwete Personen, die in einem Einpersonenhaushalt leben.

Immer seltener leben mehrere Generationen in einem Haushalt zusammen

War das Leben in einer Großfamilie, sei es in einem Haushalt mit drei Generationen oder in einem Zweigenerationenhaushalt mit mehreren Kindern, Mitte des letzten Jahrhunderts noch eine durchaus übliche Form des Zusammenlebens, so ist dies heute eher selten geworden.

Immer weniger Mehrgenerationenhaushalte

Im Jahr 2008 war lediglich jeder dritte Haushalt ein Mehrgenerationenhaushalt. In 32,1% der Haushalte lebten zwei Generationen unter einem Dach, nur 0,6% der Haushalte umfasste drei und mehr Generationen. Die Mehrgenerationenhaushalte waren somit fast ausschließlich Zweigenerationenhaushalte.

Auch in Rheinland-Pfalz immer mehr alternative Familienformen

Im Jahr 2008 lebten 53% der rheinland-pfälzischen Bevölkerung als Elternteil oder Kind in einer Familie. Nicht zu den Familien zählen Ehepaare ohne Kinder, nichteheliche Lebensgemeinschaften ohne Kinder sowie

G 2

Systematik der Familien im Mikrozensus

		Haushalt		
		Mit Partner/-in	Ohne Partner/-in	
Mit Kind(ern)		Ehepaare, Lebensgemeinschaften ²⁾	Alleinerziehende	Familien
Ohne Kind ¹⁾		Ehepaare, Lebensgemeinschaften ²⁾	Alleinstehende [darunter: Alleinlebende ³⁾]	
		Paare		

1) Als Kinder zählen ledige Persone (ohne Altersbegrenzung) mit mindestens einem Elternteil und ohne Lebenspartner/-in bzw. eigene ledige Kinder im Haushalt.

2) Nichteheliche (gemischtgeschlechtliche) und gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften.

3) Einpersonenhaushalte.

Alleinstehende. Durch die im Jahr 2005 veränderte Erfassung von Familien (siehe Textkasten) kann der Mikrozensus besser soziale Entwicklungen abbilden und wird zugleich dem geänderten Verständnis von Familie gerecht. Familien nehmen in der politischen Diskussion einen besonderen Stellenwert ein. Nach Artikel 6, Absatz 1 des Grundgesetzes stehen Ehe und Familie unter dem besonderen Schutz der staatlichen Ordnung. Übereinstimmend wird in Deutschland auch das Zusammenleben mit Kindern generell als besonders schutzbedürftig betrachtet.

Im Jahr 2008 lebten in Rheinland-Pfalz insgesamt 621 100 Familien mit mehr als 1 Mill. lediger Kinder jeden Alters. Im Vergleich zu 1998 nahm die Zahl der Familien damit um 5,8% ab.

Hinter den rückläufigen Familienzahlen stehen unterschiedliche Entwicklungen bei

Erfassung von Familien im Mikrozensus

Seit seiner erstmaligen Erhebung im Jahr 1957 orientierte sich der Mikrozensus bei der Erfassung familialer Beziehungen am traditionellen Familienkonzept. Mit der Einführung des unterjährigen Mikrozensus im Jahr 2005 wurde das traditionelle Familienkonzept auf das Lebensformenkonzept umgestellt. Der Mikrozensus liefert so unter anderem die Datengrundlage für die Festlegung von Kindergeld- und BAföG-Sätzen.

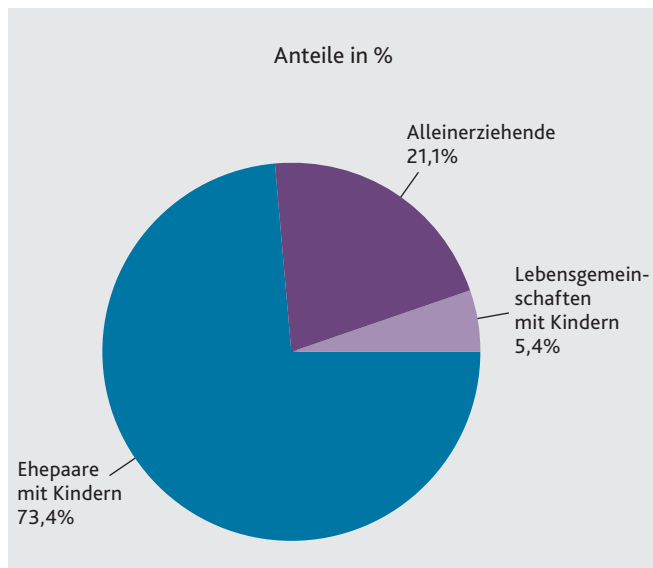
Mit dem Wechsel wurden alternative Lebensformen wie nicht-eheliche und gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften in die Berichterstattung integriert. Ausgehend davon gehören zu den Familien nun alle Eltern-Kind-Gemeinschaften, d. h. Ehepaare mit ledigen Kindern, (nichteheliche und gleichgeschlechtliche) Lebensgemeinschaften mit ledigen Kindern und Alleinerziehende mit ledigen Kindern.

Familienverbände, die über den Kernhaushalt hinausgehen (wie getrennt wohnende Eltern oder nicht im Haushalt lebende Geschwister) können nicht erfasst werden.

Im Jahr 2005 wurde im Mikrozensus erstmals allen Haushaltsmitgliedern ohne Ehepartner/in im Haushalt die Frage nach einer Lebenspartnerschaft gestellt. Damit können ab dem Mikrozensus 2005 erstmals mehrere Lebensgemeinschaften in einem Haushalt erhoben werden.

G 3

Familien 2008

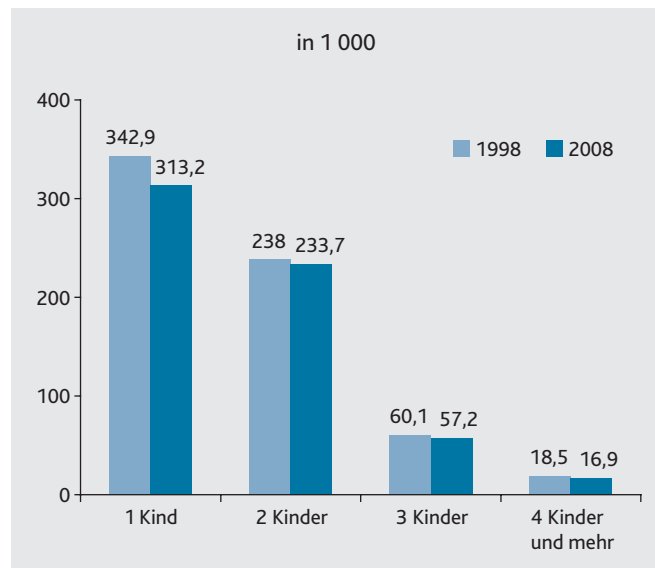


den einzelnen Familienformen. Während die Zahl traditioneller Familien – Ehepaare mit Kind(ern) – sank, erhöhte sich die Zahl alternativer Familienformen, zu denen Alleinerziehende und Lebensgemeinschaften mit Kindern gerechnet werden. Im Jahr 2008 gehörten 26,6% der Familien zu diesen Formen des Zusammenlebens. Obwohl die traditionelle Familie nach wie vor überwiegt, nahm ihr Anteil von 79,8% im Jahr 1998 auf 73,4% im Jahr 2008 ab.

In den vergangenen Jahrzehnten veränderte sich die Bedeutung verschiedener Formen des partnerschaftlichen Lebens innerhalb der Bevölkerung deutlich. Als ursächlich für den Wandel können dabei unter anderem die weitgehende Akzeptanz nichtehelicher Lebensformen, der Alterungsprozess der Bevölkerung, die Zunahme von Scheidungen und Trennungen sowie stärkere Selbstverwirklichungstendenzen betrachtet werden. Zudem leben Menschen im Laufe ihres Lebens vielfach in unterschiedlichen Lebensformen.

G 4

Familien 1998 und 2008 nach der Zahl der Kinder



Immer weniger Kinder

Nicht nur die Zahl der Familien nahm innerhalb der vergangenen zehn Jahre ab, auch die der Kinder sank deutlich (–5%). Im Mittel lebten 2008 in jeder Familie 1,66 Kinder.

1,66 Kinder
pro Familie im
Durchschnitt

Dabei lebte in gut der Hälfte der rheinland-pfälzischen Familien 2008 nur ein Kind im gemeinsamen Haushalt. In den übrigen Familien wachsen Kinder mit mindestens einem Geschwisterkind auf; 37,6% der Familien haben zwei, 11,9% drei oder mehr Kinder. In den letzten zehn Jahren blieb diese Verteilung, bei zurückgehender Zahl der Familien, nahezu unverändert. Insgesamt besteht die rheinland-pfälzische Durchschnittsfamilie aus 3,5 Personen.

Immer weniger
Großfamilien in
Rheinland-Pfalz

Die Zahl der Familien mit Kindern unter 18 Jahren sank zwischen 1998 und 2008 um 24 100 auf 429 000. Insgesamt lebten in Rheinland-Pfalz 2008 mehr als 700 000 Kinder unter 18 Jahren. Das sind 68,1% aller im Mikrozensus als Kinder identifizierten Personen. Fast 19% sind jünger als sechs Jahre.

Der Mikrozensus

Als repräsentative Haushaltsstichprobe liefert der Mikrozensus ein differenziertes Bild über die Strukturen und Veränderungen der Lebens- und Arbeitssituation der Bevölkerung.

Der „kleine Zensus“ stellt als 1%-Stichprobe kontinuierlich sozioökonomische Strukturdaten bereit, die ansonsten nur über Volkszählungen gewonnen werden könnten. Seit 1996 beinhaltet der Mikrozensus sämtliche Erhebungsmerkmale der Arbeitskräftestichprobe der Europäischen Union und liefert damit Ergebnisse zum europaweiten Vergleich der Strukturen und Entwicklungen auf den europäischen Arbeitsmärkten.

Der Mikrozensus bietet eine breit gefächerte Datenbasis für Politik, Wissenschaft und Öffentlichkeit und hat damit einen wesentlichen Anteil am System der amtlichen Statistik. Durch die Vielfalt der Merkmalskombinationen auf Personenebene und durch die Abbildung des Haushalts- und Familienzusammenhangs bietet er ein großes Potenzial an statistischen Informationen. So erfasst der Mikrozensus jährlich unter anderem Angaben zu Erwerbstätigkeit, Bildung usw. In vierjährigen Abständen werden themen-spezifische Zusatzprogramme, u. a. zum Arbeitsweg der Erwerbstätigen, Wohnsituation oder Krankenversicherung durchgeführt.

In Rheinland-Pfalz sind jedes Jahr etwa 18 000 Haushalte mit rund 40 000 Personen in die Erhebung einbezogen, bundesweit sind es rund 390 000 Haushalte mit etwa 830 000 Personen. Die Erhebung der Daten für den Mikrozensus erfolgt grundsätzlich über persönliche Befragungen durch Interviewerinnen und Interviewer (rund 200). Seit 2005 werden flächendeckend Laptops als zentrales Erhebungsinstrument eingesetzt.

Wie bei jeder Stichprobenerhebung können auch hier Zufallsfehler entstehen. Bei stark

besetzten Merkmalen ist dieser Fehler nur von geringer Bedeutung. Um auf die eingeschränkte Aussagekraft hinzuweisen, werden Ergebnisse mit einer hochgerechneten Besetzung von unter 10 000 Personen in veröffentlichten Tabellen geklammert und Ergebnisse unter 5 000 nicht veröffentlicht.

Im Rahmen der Hochrechnung erfolgt eine Anpassung an Eckwerte der laufenden Bevölkerungsfortschreibung und des Ausländerzentralregisters. Die Entwicklung von Haushalten und der Lebensformen der Bevölkerung folgt im Allgemeinen langfristigen gesellschaftlichen Trends, die üblicherweise keine großen Sprünge im Zeitverlauf aufweisen. Im vorliegenden Aufsatz werden daher ausschließlich Jahresdurchschnittswerte präsentiert.

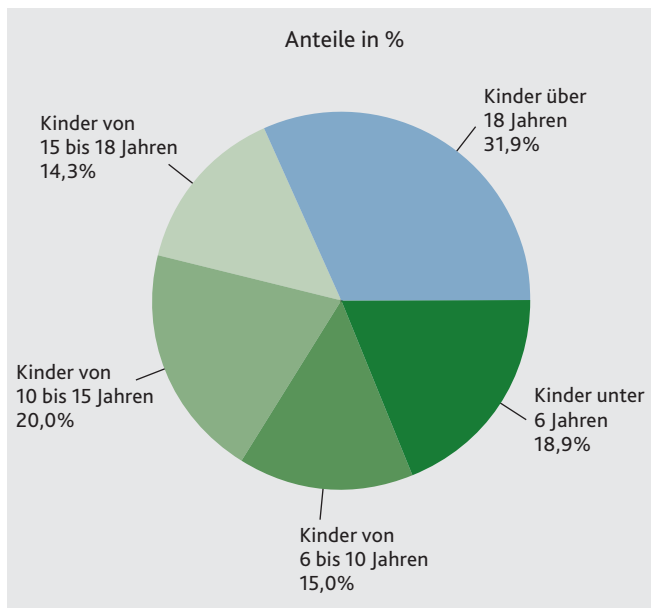
Grundlage für die Auswahl der zu befragenden Haushalte sind immer noch die Ergebnisse der Volkszählung 1987. Darüber hinaus werden aber Veränderungen des Gebäudebestandes infolge von Abrissen, Neubauten und Umbauten durch die Heranziehung der Bautätigkeitsstatistik laufend berücksichtigt.

Das aktuelle Gesetz, das 2005 in Kraft trat, ist bis einschließlich 2012 gültig. Für den Mikrozensus nach 2012 wird der registergestützte Zensus 2011 von hoher Bedeutung sein: Mit den Ergebnissen des Zensus wird man für den Mikrozensus eine neue Stichprobenauswahl durchführen können.

Von den Ergebnissen des Mikrozensus wird ein hohes Maß an Genauigkeit und Zuverlässigkeit erwartet. Dabei ist die Einhaltung des Auswahlplans von grundlegender Bedeutung, d. h. alle zufällig ausgewählten Einheiten sind auch zu berücksichtigen. Um die Zahl der Ausfälle so klein wie möglich halten zu können, ist für den Mikrozensus grundsätzlich Auskunftspflicht vorgesehen.

G 5

Kinder 2008 nach dem Alter



Knapp 86% der Alleinerziehenden sind Frauen

21% aller Familien sind alleinerziehende Mütter oder Väter mit ihren Kind(ern)

Alleinerziehende machen einen immer größer werdenden Teil der Familien aus. Als alleinerziehende Elternteile zählen im Mikrozensus Mütter und Väter, die ohne Ehe- oder Lebenspartner(in) mit ihren minder- oder volljährigen ledigen Kindern in einem Haushalt zusammenleben. Insgesamt gab es in Rheinland-Pfalz im Jahr 2008 rund 131 300 alleinerziehende Elternteile.

Mit einem Anteil von knapp 86% sind es dabei immer noch vorwiegend Mütter, die ihre Kinder ohne Partner großziehen.

Die meisten Alleinerziehenden haben nach den Ergebnissen des Mikrozensus 2008 nur ein Kind (69%), ein Viertel (25%) kümmert sich allein um zwei Kinder. Die durchschnittliche Kinderzahl von Alleinerziehenden liegt bei 1,38.

Bei den alleinerziehenden Elternteilen leben in vielen Fällen ältere Kinder: 41,6% der

bei Alleinerziehenden lebenden Kinder sind bereits volljährig. Dagegen sind lediglich 11,6% jünger als sechs Jahre, 13% sind zwischen sechs und zehn Jahre alt, 19,1% zwischen zehn und 15 Jahren und 14,6% zwischen 15 und 18 Jahren.

Nach wie vor ist eine Scheidung die häufigste Ursache, warum Mütter oder Väter ihre Kinder allein aufziehen. Im Jahr 2008 waren 44,3% der Alleinerziehenden geschieden. Der Tod des Ehepartners ist bei 22,7% der vermutliche Grund, dass sie ihre Kinder allein aufziehen müssen.

Zahl der Paare ohne Kinder nimmt zu

Die Zahl der Paare ohne Kinder stieg in den letzten Jahren kontinuierlich. Im Jahr 2008 lebten im Land rund 554 000 Paare ohne ledige Kinder. Der überwiegende Teil der Paare ohne Kinder besteht allerdings aus älteren Personen, deren erwachsene Kinder den elterlichen Haushalt bereits verlassen haben. Gerade bei jungen Paaren verzögert sich häufig – unter anderem bedingt durch längere Ausbildungszeiten – der Zeitpunkt der Eheschließung sowie der Geburt des ersten Kindes.

Ehe weiterhin häufigste Form des Zusammenlebens für Paare

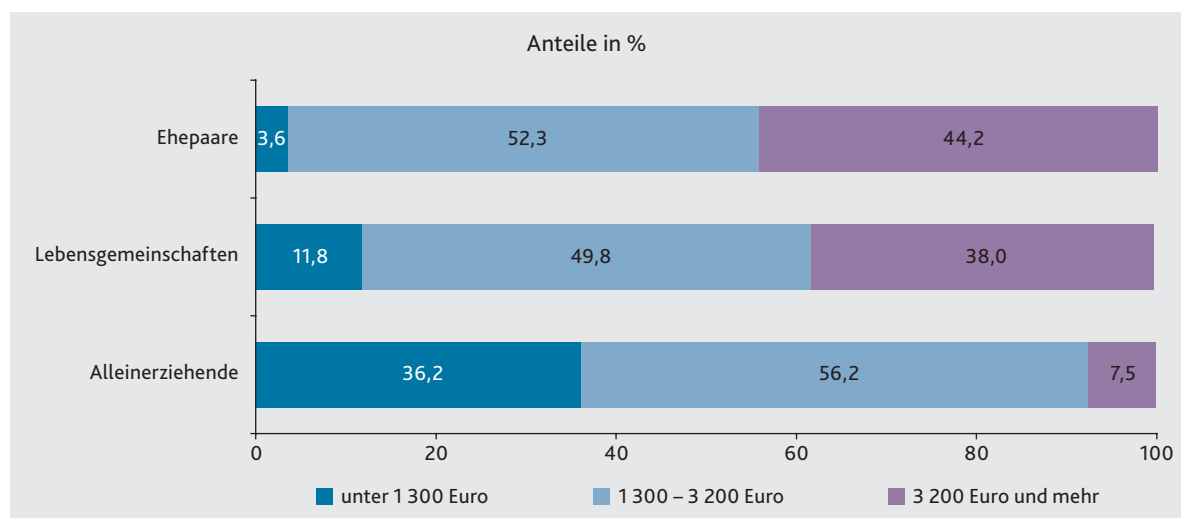
Deutlich zugenommen hat in den letzten Jahren auch das unverheiratete Zusammenleben in einer nichtehelichen oder gleichgeschlechtlichen Lebensgemeinschaft. Dennoch bleibt die Ehe für Paare die am häufigsten gewählte Form des Zusammenlebens: 85,4% aller Paare ohne Kinder im Land sind verheiratet.

Monatliches Nettoeinkommen von Familien

Neben der sozialen ist auch die wirtschaftliche Lage von Familien zur Beurteilung der Gesamtsituation bedeutsam. Mit den

G 6

Familien 2008 nach dem monatlichen Nettoeinkommen



unterschiedlichen Familienformen gehen auch unterschiedliche Möglichkeiten der Lebensgestaltung und insbesondere der Erwerbsbeteiligung einher. Das monatliche Nettoeinkommen lag 2008 bei jeder neunten Familie in Rheinland-Pfalz (11%) unter 1 300 Euro. Gut 26% der Familien verfügten monatlich über 1 300 bis 2 300 Euro, 26,7% über 2 300 bis 3 200 Euro und ein gutes Drittel (36%) über 3 200 Euro und mehr. Dabei gibt es deutliche Unterschiede zwischen den Familienformen: Vor allem Alleinerziehende sind oft besonderen finanziellen Belastungen ausgesetzt. Während 36,2% aller Alleinerziehenden mit einem Einkommen von unter 1 300 Euro auskommen müssen, liegt der entsprechende Anteil bei Ehepaaren mit Kindern nur bei 3,6%.

Jede zehnte Frau zwischen 50 und 75 Jahren ist kinderlos

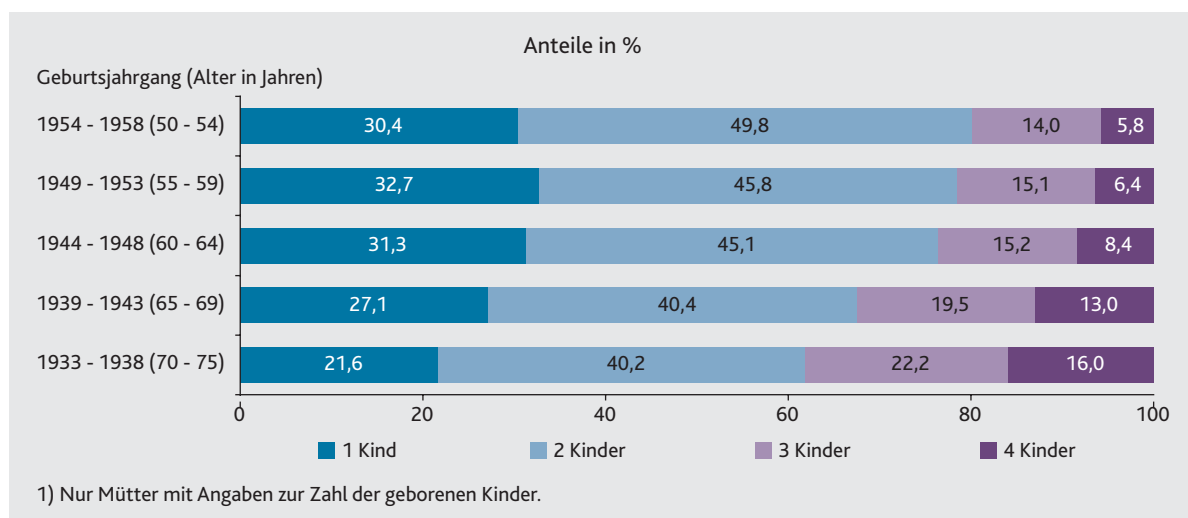
Nach den Ergebnissen des Mikrozensus 2008 ist etwa jede zehnte Frau im Alter zwischen 50 und 75 Jahren kinderlos geblieben. Von den Müttern in dieser Altersgruppe haben 28,3% ein Kind geboren, 44,2% brachten

zwei, 17,4% drei und 10,1% mindestens vier Kinder zur Welt.

Im Hinblick auf die Anzahl der Kinder, die eine Frau im Laufe ihres Lebens bekommt, lassen sich zwischen den Generationen erhebliche Unterschiede feststellen. In den älteren Frauenjahrgängen ist der Anteil der Mütter, die mehr als drei Kinder zur Welt bringen, deutlich höher als bei den nachfolgenden Generationen. Zudem ist bei Jüngeren ein Anstieg der Kinderlosigkeit zu beobachten. Für die Geburtenjahrgänge nach 1958, also die unter 50-Jährigen, ist mit einer weiteren Zunahme der Kinderlosigkeit zu rechnen.

Im Jahr 2008 wurde die Frage nach den jemals geborenen Kindern neu in das Erhebungsprogramm des Mikrozensus aufgenommen. Sie wird zukünftig regelmäßig im Abstand von vier Jahren allen Frauen im Alter von 15 bis 75 Jahren in freiwilliger Form gestellt. Bisher standen der amtlichen Statistik zu diesem Thema nur Ergebnisse der 2006 durchgeführten Sondererhebung „Geburten in Deutschland“ zur Verfügung.

G 7

Mütter¹⁾ im Alter zwischen 50 und 75 Jahren 2008 nach der Zahl der Kinder

Fazit

Die amtliche Statistik verfügt durch den Mikrozensus über wichtige Daten zu Haushalten und Familien, deren Struktur und Veränderung im Zeitverlauf. In den vergangenen Jahren und Jahrzehnten vollzogen sich bedeutsame Wandlungen: Während die Zahl der Alleinlebenden steigt, geht die Zahl der Familien deutlich zurück. Auch haben im Zeitverlauf die „alternativen“ Familienformen – dazu zählen Alleinerziehende und nichteheliche

oder gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften mit Kindern – immer mehr an Bedeutung gewonnen. Der Großteil der Familien lebt aber nach wie vor in der traditionellen Familienform.

Christine Schomaker, Diplom-Soziologin, leitet das Referat Mikrozensus, Verdienste, Preise, Haushaltserhebungen.

Bundestagswahl 2009: Parteihochburgen



Von Thomas Kirschey

Am 27. September 2009 fand die Wahl zum 17. Deutschen Bundestag statt. Nach dem amtlichen Endergebnis sind von den gültigen Zweitstimmen, die in Rheinland-Pfalz abgegeben wurden, 35% auf die CDU, 23,8% auf die SPD, 16,6% auf die FDP, 9,7% auf die GRÜNEN und 9,4% auf die Partei DIE LINKE entfallen; die sonstigen Parteien kamen zusammen auf 5,6%. Die Wahlbeteiligung belief sich in Rheinland-Pfalz auf 72%.

Zum dritten Mal hat das Statistische Landesamt zu einer Bundestagswahl in der Wahlnacht eine Analyse erstellt. Neben einer Beschreibung und Kommentierung der Wahlergebnisse auf Landes-, Wahlkreis- und Kreisebene gibt diese Auskunft über den Einfluss wichtiger Merkmale auf die Wahlbeteiligung und das Wahlverhalten sowie über die Hochburgen der Parteien in Rheinland-Pfalz. Im Mittelpunkt dieses Beitrags stehen die regionalen Parteihochburgen.¹⁾

Die Parteihochburgen

Die Betrachtung der Parteihochburgen hat zum Ziel, den Zusammenhang aufzuzeigen zwischen dem Wahlergebnis einer Partei und den zugehörigen Strukturen in den Gebieten, in denen eine Partei in der Vergangenheit besonders herausragende Stimmenanteile erhielt.

Abgrenzung der Parteihochburgen erfolgt auf Basis vorangegangener Wahlergebnisse

Bei der Interpretation der Ergebnisse der Hochburgenanalyse sind zwei Aspekte besonders zu berücksichtigen. Zum einen werden die Parteihochburgen bereits im Vorfeld der jeweiligen Wahlen abgegrenzt. Das aktuelle Wahlergebnis hat für die regio-

nale Festlegung der Hochburgen also keine Relevanz. Entscheidend ist vielmehr die regionale Stabilität der Ergebnisse bei den vorangegangenen Wahlen. Zum anderen muss vom guten oder schlechten „Abschneiden“ einer Partei bei der aktuellen Wahl abstrahiert werden. Ob das Ergebnis einer Partei in einer Region überdurchschnittlich ist, wird weder durch die absolute Höhe ihres Stimmenanteils im Land, noch durch Gewinne oder Verluste gegenüber der letzten Wahl determiniert. Aufgrund der gewählten Definition „... Gebiete, in denen eine Partei ein um mindestens 20% über ihrem jeweiligen Landesdurchschnitt liegendes Ergebnis erzielen konnte ...“ ist vielmehr die regionale Streuung der Ergebnisse von Bedeutung (siehe auch Kasten „Hochburgen-Definition“).

Vgl. Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz: Bundestagswahl am 27. September 2009 in Rheinland-Pfalz – Teil 1: Analyse der Ergebnisse in der Wahlnacht. Bad Ems 2009. Kostenfreier Download im Internet: <http://www.statistik.rlp.de/analysen/statistik/wahlen/wahlnachtanalyse-bw2009.pdf>

Analyse der
Hochburgen
umfasst
211 Gebiets-
einheiten

Um die Hochburgenanalyse der Bundestagswahl 2009 durchführen zu können, wurden daher im Vorfeld des aktuellen Wahlgangs unter den 211 kreisfreien Städten, verbandsfreien Gemeinden und Verbandsgemeinden diejenigen ermittelt, in denen die jeweilige Partei bei den beiden vorangegangenen Bundestagswahlen einen Zweitstimmenanteil erringen konnte, der um mindestens 20% über ihrem Landesergebnis lag.

Würden zur Abgrenzung der Parteihochburgen die Zweitstimmenanteile der Bundestagswahl 2009 herangezogen, so ergäben sich zwangsläufig die Gebiete, in denen die Parteien aktuell besonders gute Ergebnisse erzielt haben. Damit ließe sich die Frage, wie die Parteien in ihren bisherigen Stammregionen abgeschnitten haben, nicht beantworten.

Durch die Betrachtung der Hochburgen lassen sich die für die einzelnen Parteien günstigen Strukturen innerhalb des Landes herausfinden. Die Entwicklung in den Hochburgen kann zusätzliche Informationen zur Beantwortung der Frage beisteuern, wie sich längerfristige Veränderungen in der Zusammensetzung der Wählerschaft unter den genannten strukturellen Gesichtspunkten auswirken.

Hochburgen-
untersuchung
für CDU,
SPD, FDP und
GRÜNE

Die Betrachtung der Hochburgen beschränkt sich auf die vier Parteien, die bei den beiden vorangegangenen Bundestagswahlen einen Stimmenanteil von 5% und mehr erzielt haben. Die Hochburgenanalyse beschränkt sich daher auf CDU, SPD, FDP und GRÜNE. Die Karten auf den Seiten 832 bis 835 zeigen sowohl die nach der Bundestagswahl 2009 gehaltenen, als auch die gewonnenen und die verlorenen Hochburgen der vier Parteien.

CDU-Hochburgen

Die 27 CDU-Hochburgen lagen im Vorfeld der Bundestagswahl 2009 vor allem im linksrheinischen nördlichen Rheinland-Pfalz entlang der Landesgrenze nach Nordrhein-Westfalen und Belgien. Fünf Hochburgen waren im Landkreis Cochem-Zell, vier bzw. drei in den Landkreisen Ahrweiler und Vulkaneifel. Daneben zählten aber auch sechs Gebiete im rechtsrheinischen Norden sowie vier Gebiete in der südlichen Pfalz zu den CDU-Hochburgen.

Die CDU-Hochburgen weisen mit 101 Einwohnern je Quadratkilometer eine nur halb so hohe Bevölkerungsdichte auf wie Rheinland-Pfalz. Wegen der vergleichsweise großen Zahl an Hochburgen leben dort allerdings 9,4% der gesamten Bevölkerung des Landes. Der Ausländeranteil liegt mit 4,8% deutlich unter dem Landesdurchschnitt. Auffallend ist der mit mehr als 70% besonders hohe Katholikenanteil. Entsprechend niedrig ist dagegen mit 15% der Anteil der Protestanten. Im Vergleich zu den Hochburgen der anderen Parteien ist in den CDU-Hochburgen der Anteil der Arbeitslosen an der Bevölkerung im Alter von 15 bis unter 65 Jahren mit 3,5% am zweitniedrigsten.

Durch die Ergebnisse der aktuellen Bundestagswahl sinkt die Zahl der CDU-Hochburgen auf 21, da wegen der zugrunde gelegten Hochburgen-Definition für künftige Untersuchungen die Ergebnisse von 2009 und 2005 um mehr als 20% über dem Landeswert liegen müssen. Die CDU hat acht Hochburgen verloren, von denen in der Vergangenheit insbesondere in der Verbandsgemeinde Daun sehr hohe Ergebnisse erzielt werden konnten. Alle ehemaligen Hochburgen weisen allerdings immer noch einen Zweitstimmenanteil auf, der um mehr als 10% über dem Landeswert der CDU liegt.

Vor allem
im Norden
des Landes

Ländlich
strukturierte
CDU-Hoch-
burgen haben
einen hohen
Katholiken-
anteil

CDU hat
künftig sechs
Hochburgen
weniger

Neu gewonnene Hochburgen sind die beiden Verbandsgemeinden Neumagen-Dhron und Vordereifel.

SPD-Hochburgen

Vor allem im
Landkreis Kusel

Die 14 SPD-Hochburgen lagen gemessen an den Ergebnissen der Wahlen 2005 und 2002 vor allem in der nördlichen Westpfalz. Dort zählten fünf Verbandsgemeinden im Landkreis Kusel sowie zwei Verbandsgemeinden im angrenzenden Donnersbergkreis zu den SPD-Hochburgen. Weitere fünf Hochburgen lagen in der Region Rheinhessen-Nahe sowie zwei im Landkreis Altenkirchen (Ww.).

60% der
Bevölkerung
in SPD-Hoch-
burgen sind
evangelisch

In den SPD-Hochburgen leben nur 3,9% der rheinland-pfälzischen Bevölkerung. Der Grund dafür ist die geringe Hochburgenzahl in Verbindung mit der unterdurchschnittlichen Bevölkerungsdichte von 126 Einwohnern je Quadratkilometer in diesen Regionen. Der Ausländeranteil ist mit 4,7% im Vergleich aller Parteihochburgen am niedrigsten. Mit über 60% liegt der Anteil der Protestanten sehr deutlich über dem Landesdurchschnitt. Der Katholikenanteil ist mit 20% daher entsprechend niedrig. Mit 4,9% weisen die Hochburgen der SPD den höchsten Arbeitslosenanteil auf.

Trotz starker
Verluste
künftig zwei
SPD-Hoch-
burgen mehr

Die Ergebnisse der aktuellen Bundestagswahl lassen die Zahl der SPD-Hochburgen künftig auf 16 steigen. Dies ist auf den ersten Blick wegen der landesweiten Verluste der SPD verwunderlich, unterstreicht aber die regionale Stabilität der Gebiete, in denen die Sozialdemokraten besonders erfolgreich sind. Bei den Bundestagswahlen 2002, 2005 und 2009 übertrafen 19, 16, bzw. 29 Regionen das SPD-Landesergebnis um mehr als 20%. In 14 dieser Regionen traf dies bei allen drei Wahlen zu. Als Hochburgen neu gewonnen wurden die Verbandsgemeinden Altenkirchen (Westerwald) und Monsheim.

T 1

Strukturen in den Parteihochburgen

Merkmal	Parteihochburgen				Rheinland-Pfalz
	CDU	SPD	FDP	GRÜNE	
Bevölkerung je km²					
Bevölkerungsdichte	101,1	125,7	134,4	728,5	203,0
Anteil an der Gesamtbevölkerung in %					
Bevölkerung ¹⁾	9,4	3,9	4,9	17,3	100
Ausländer	4,8	4,7	5,9	10,9	7,7
Katholiken	70,4	20,3	47,0	40,6	45,6
Protestanten	14,8	60,4	32,5	29,1	31,2
Anteil an der Bevölkerung im Alter von 15 bis unter 65 Jahren in %					
Arbeitslose	3,5	4,9	3,4	4,7	4,4

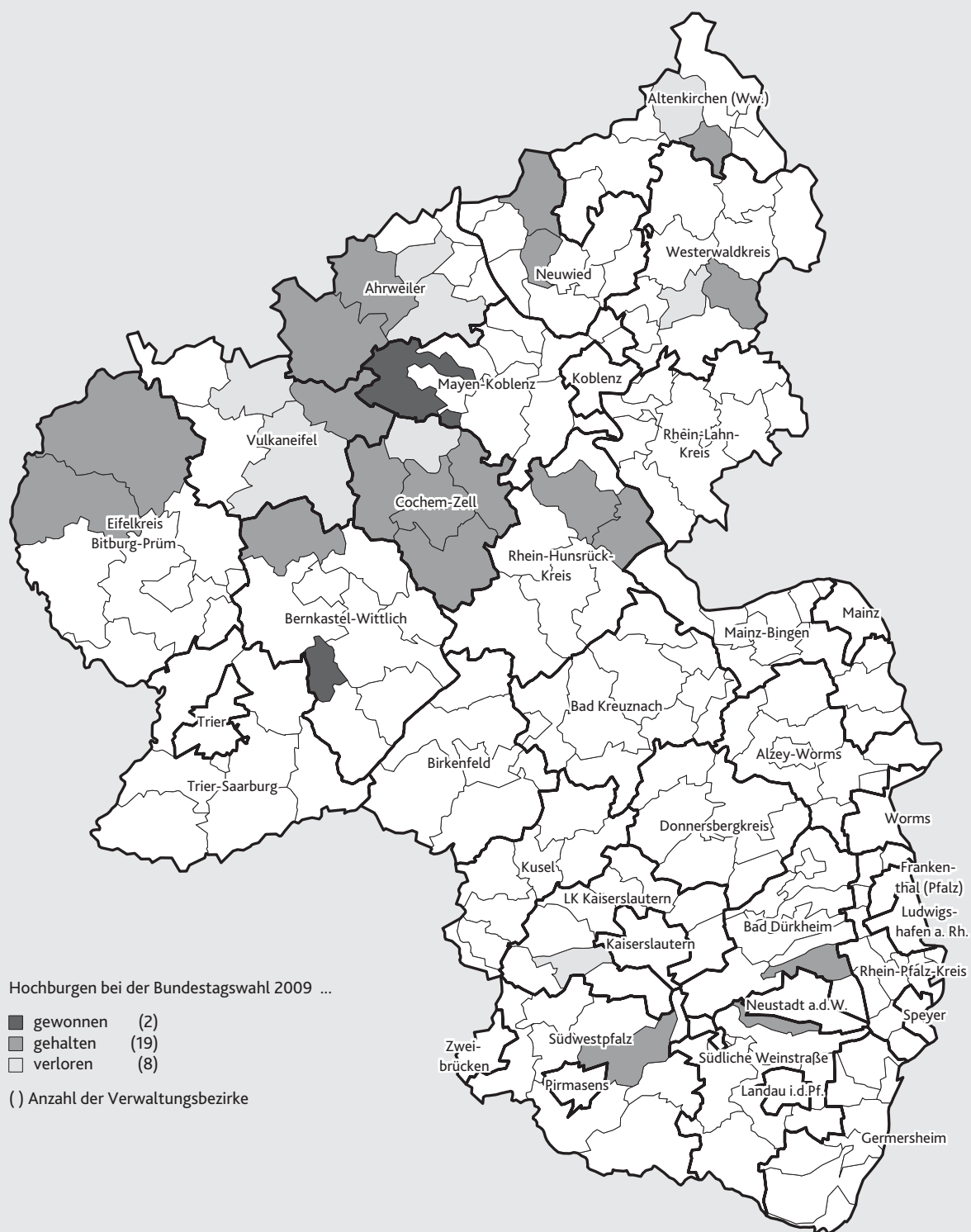
1) Anteil der Bevölkerung in den jeweiligen Parteihochburgen an der Bevölkerung in Rheinland-Pfalz.

Hochburgen-Definition

Als Hochburgen bei Bundestagswahlen werden diejenigen kreisfreien Städte, verbandsfreien Gemeinden und Verbandsgemeinden bezeichnet, in denen eine Partei in der Vergangenheit besonders herausragende Stimmenanteile erzielen konnte. Zur Abgrenzung der Parteihochburgen werden die beiden vorausgegangenen Bundestagswahlen herangezogen. Um zu den Hochburgen gezählt zu werden, muss in einem Gebiet bei beiden Wahlen der Zweitstimmenanteil um mindestens 20% über dem Landesdurchschnitt der jeweiligen Partei gelegen haben.

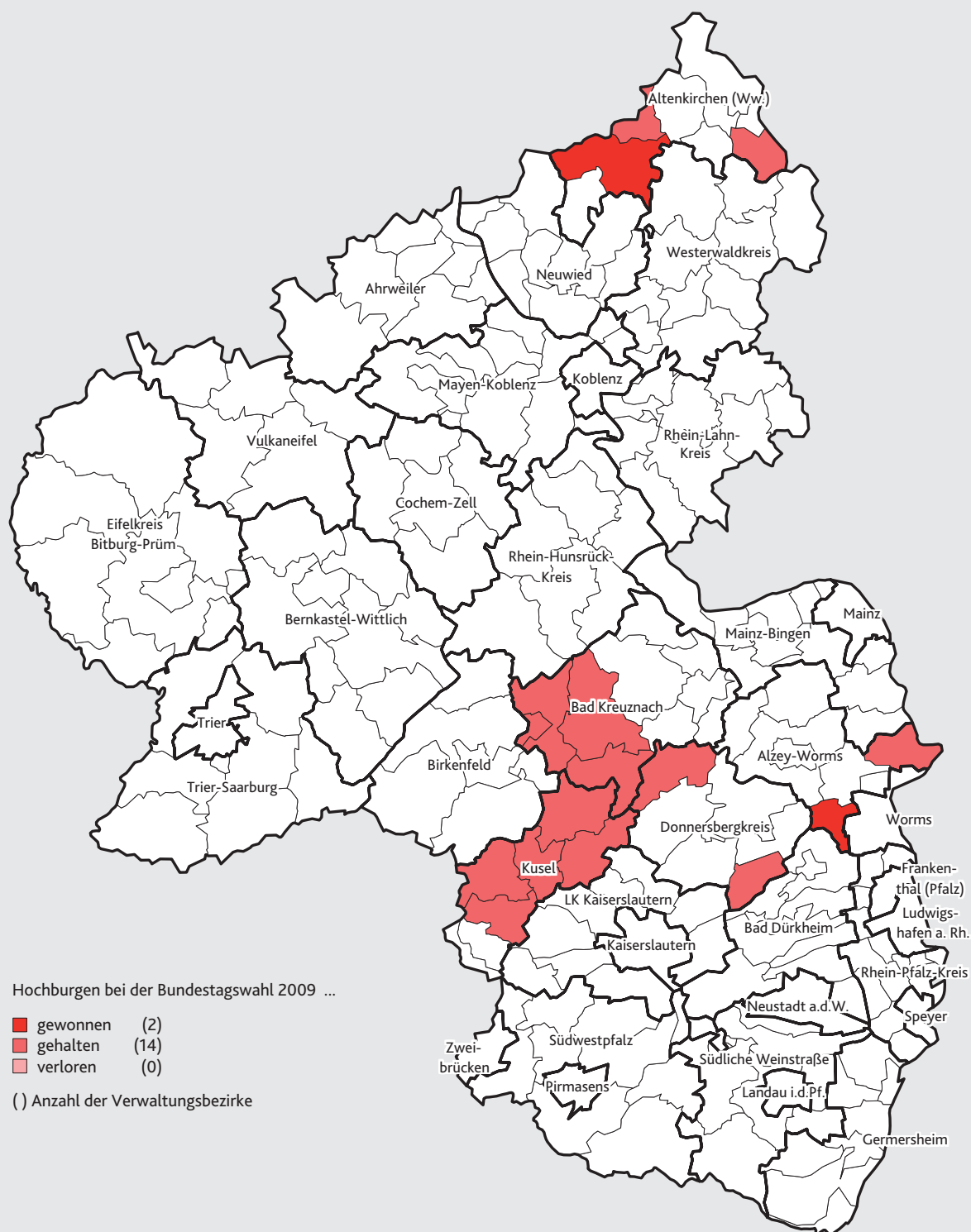
Daher wurden zur Abgrenzung dieser Gebiete im Vorfeld der Bundestagswahl 2009 diejenigen kreisfreien Städte, verbandsfreien Gemeinden und Verbandsgemeinden als Hochburgen definiert, in denen eine Partei sowohl bei der Bundestagswahl 2005 als auch bei der Bundestagswahl 2002 ein um mindestens 20% über ihrem jeweiligen Landesdurchschnitt liegendes Ergebnis erzielen konnte.

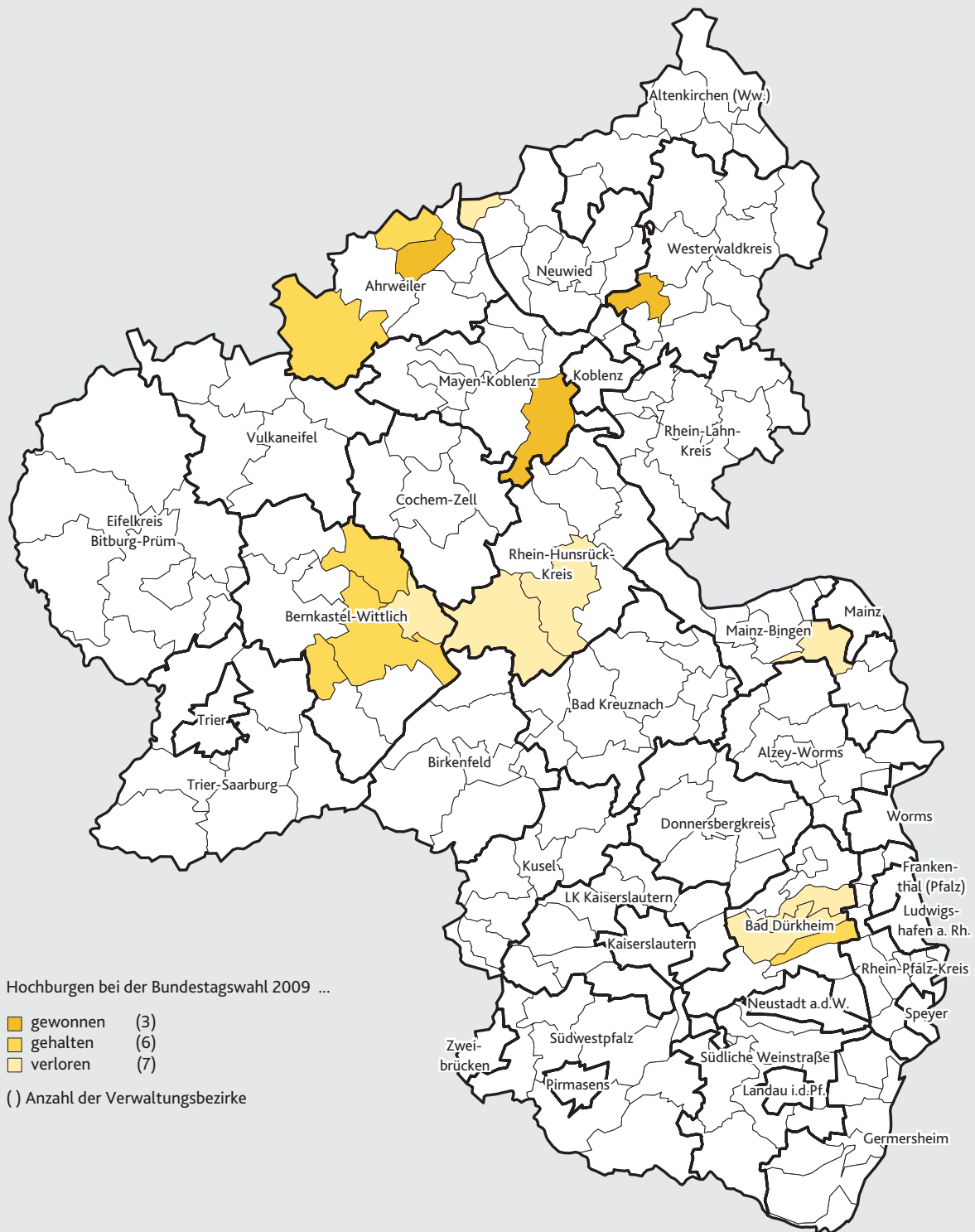
Die Feststellung der künftigen Parteihochburgen erfolgt analog. Hierzu zählen diejenigen kreisfreien Städte, verbandsfreien Gemeinden und Verbandsgemeinden, in denen eine Partei sowohl bei der Bundestagswahl 2009 als auch bei der Bundestagswahl 2005 ein um mindestens 20% über ihrem jeweiligen Landesdurchschnitt liegendes Ergebnis erzielen konnte.



K 2

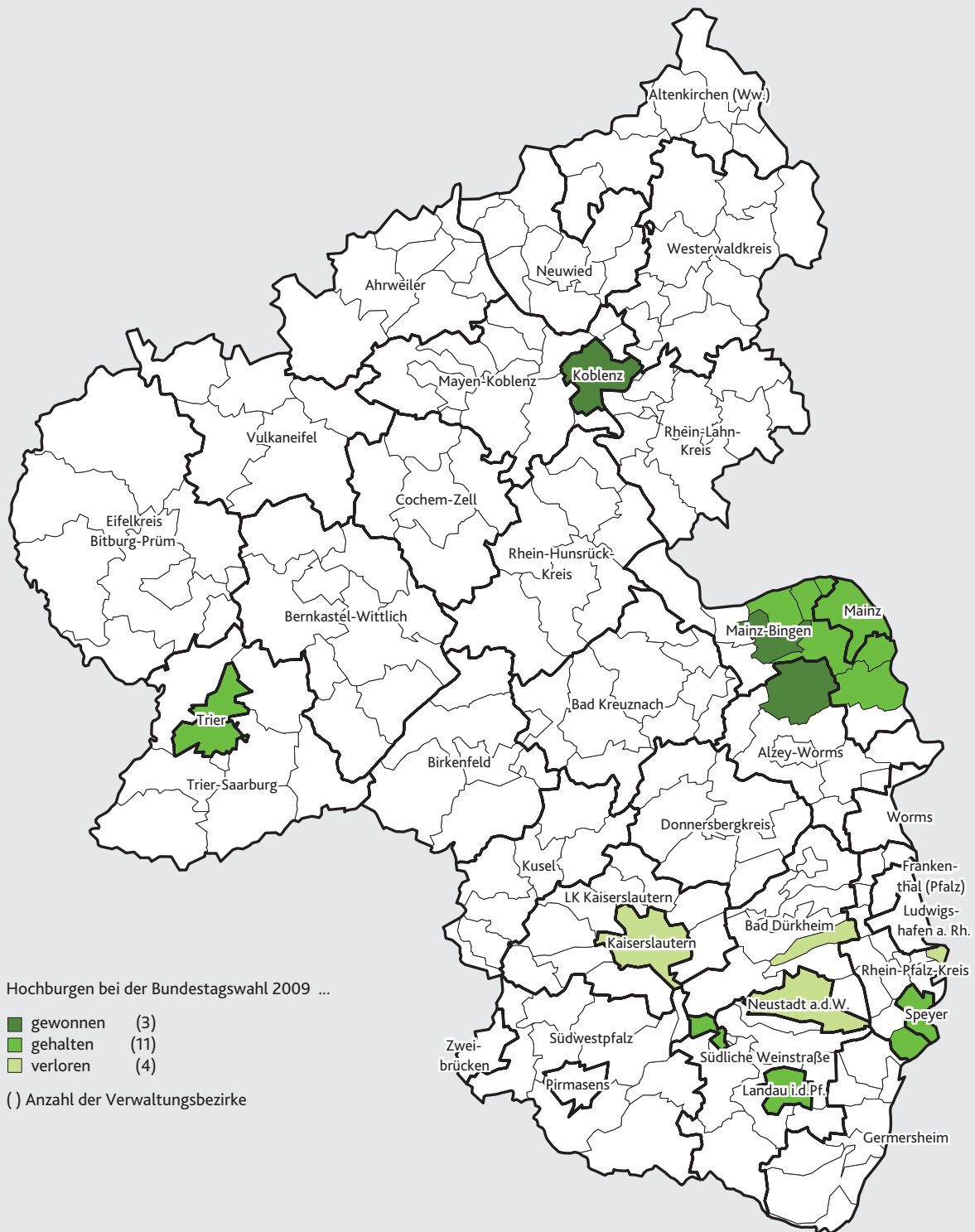
Hochburgen der SPD





K 4

Hochburgen der GRÜNEN



FDP-Hochburgen

Insbesondere
in der Mitte
des Landes

Die 13 FDP-Hochburgen lagen im Vorfeld der Bundestagswahl 2009 hauptsächlich in der geografischen Mitte des Landes, mit vier Hochburgen im Landkreis Bernkastel-Wittlich und zwei im angrenzenden Rhein-Hunsrück-Kreis. Jeweils drei Hochburgen lagen im Norden des Landes (Landkreise Ahrweiler und Neuwied) sowie im Landkreis Bad Dürkheim.

FDP-Hoch-
burgen weisen
den geringsten
Arbeitslosen-
anteil auf

Die untersuchten Strukturen zeigen in den FDP-Hochburgen nicht so große Abweichungen von den jeweiligen Durchschnittswerten der ausgewählten Merkmale auf Landesebene wie in den übrigen Parteihochburgen. Wegen der geringen Hochburgenzahl in Verbindung mit der unterdurchschnittlichen Bevölkerungsdichte von 134 Einwohnern je Quadratkilometer leben dort 4,9% der rheinland-pfälzischen Bevölkerung. Der Ausländeranteil ist mit 5,9% unterdurchschnittlich. Der Anteil der Katholiken (47%) und der Protestanten (33%) entspricht in etwa den Landeswerten. Die FDP-Hochburgen weisen unter allen Parteihochburgen mit 3,4% den geringsten Arbeitslosenanteil auf.

Trotz landes-
weiter Gewinne
verliert die FDP
vier Partei-
hochburgen

Nach den Ergebnissen der Bundestagswahl 2009 sinkt die Zahl der FDP-Hochburgen um vier auf neun. Bei der Bundestagswahl 2009 lagen zwar 18 Gebiete um mehr als 20% über dem Landeswert der Liberalen. Von diesen erfüllen aber neun nicht die Hochburgen-Definition, da die Ergebnisse 2005 dort im Vergleich zum Landeswert um weniger als 20% über dem Durchschnitt lagen.

So kommt es zu der vordergründig überraschenden Aussage, dass die FDP trotz ihres landesweiten Zugewinns von 4,9 Prozentpunkten bei den Zweitstimmenanteilen sieben Hochburgen verloren hat – von

denen sechs zwar um mehr als 10% über dem Landeswert liegen, aber nicht mehr der Hochburgen-Definition (mehr als 20% über Landeswert) entsprechen. Mit der verbandsfreien Gemeinde Bad Neuenahr-Ahrweiler sowie den Verbandsgemeinden Ransbach-Baumbach und Untermosel konnten drei neue Hochburgen hinzugewonnen werden.

GRÜNE-Hochburgen

Die 15 GRÜNE-Hochburgen befanden sich vor der Bundestagswahl 2009 in erster Linie in Rheinhessen mit sechs Hochburgen im Landkreis Mainz-Bingen sowie in den Universitätsstädten Mainz, Trier und Landau. Außerdem zählten die kreisfreien Städte Kaiserslautern, Neustadt und Speyer zu den GRÜNE-Hochburgen.

Universitäts-
städte Mainz,
Trier und
Landau sind
GRÜNE-
Hochburgen

In den Hochburgen der GRÜNEN leben aufgrund der mit Abstand höchsten Bevölkerungsdichte von 729 Einwohnern je Quadratkilometer mehr als 17% der rheinland-pfälzischen Bevölkerung. Dies unterstreicht ebenso wie der hohe Ausländeranteil von fast 11% den städtischen Charakter der GRÜNE-Hochburgen. Sowohl der Katholiken- als auch der Protestantenanteil sind mit 41 bzw. 29% unterdurchschnittlich. Der Arbeitslosenanteil ist mit 4,7% etwas höher als in Rheinland-Pfalz.

Strukturmerk-
male verdeut-
lichen den
städtischen
Charakter
der GRÜNE-
Hochburgen

Durch die Ergebnisse der aktuellen Bundestagswahl sinkt die Zahl der GRÜNE-Hochburgen um eine auf 14. Die kreisfreien Städte Kaiserslautern und Neustadt sowie die verbandsfreie Gemeinde Altrip und die Verbandsgemeinde Wachenheim zählen künftig nicht mehr zu den GRÜNE-Hochburgen. Dagegen kommen mit der kreisfreien Stadt Koblenz sowie den Verbandsgemeinden Gau-Algesheim und Wörrstadt drei neu gewonnene Hochburgen hinzu.

Künftig eine
GRÜNE-Hoch-
burg weniger

Der Vergleich: Wahlverhalten im Land und in den Parteihochburgen

CDU kommt landesweit auf 35% und verliert 1,9 Prozentpunkte

Die CDU erzielte in Rheinland-Pfalz 35% der gültigen Zweitstimmen und verlor damit 1,9 Prozentpunkte gegenüber ihrem Ergebnis von 2005. Die höchsten Stimmenanteile für die Christdemokraten gab es in den Verbandsgemeinden Ulmen (48,1%), Adenau (46,7%) und Altenahr (46,5%); die niedrigsten in den Verbandsgemeinden Kusel (22,8%) und Altenglan (22,4%). In 22 der 211 kreisfreien Städte, verbandsfreien Gemeinden und Verbandsgemeinden von Rheinland-Pfalz konnte die CDU das Ergebnis gegenüber der Bundestagswahl 2005 verbessern. Den höchsten Gewinn verbuchten die Christdemokraten mit +2,7 Prozentpunkten in der Verbandsgemeinde Trier-Land. Zweimal blieb das Ergebnis gegenüber 2005 unverändert. In den übrigen 187 Gebieten verschlechterte sich das CDU-Ergebnis gegenüber 2005. In der Verbandsgemeinde Kelberg ist der Zweitstimmenanteil mit –7,6 Prozentpunkten am stärksten gesunken.

CDU-Verluste in eigenen Hochburgen bei 4,6 Prozentpunkten

In ihren eigenen Hochburgen musste die CDU überdurchschnittliche Verluste von 4,6 Prozentpunkten hinnehmen und kam damit auf einen Stimmenanteil von 43,2%. Die Wahlbeteiligung lag in den CDU-Hochburgen mit 74,3% um 2,3 Prozentpunkte über der von Rheinland-Pfalz.

In den Hochburgen der anderen Parteien errangen die Christdemokraten ihr bestes Ergebnis mit 36,4% in den FDP-Hochburgen. Dort hatten sie allerdings mit –2,3 Prozentpunkten auch ihre höchsten Verluste. In den Hochburgen der SPD fiel der Rückgang gegenüber der Bundestagswahl 2005 mit 0,1 Prozentpunkten am geringsten aus. Dort gab es für die CDU mit 27,2% aber das schlechteste Ergebnis.

Die Ergebnisse der anderen Parteien waren – mit Ausnahme der FDP (19,4%) – in den CDU-Hochburgen niedriger als im Landesdurchschnitt. Die SPD erreichte nur ein Ergebnis von 17,8%, die GRÜNEN kamen auf 7,5% und schnitten damit noch schlechter ab als DIE LINKE, die in den CDU-Hochburgen auf 7,7% der gültigen Zweitstimmen kam. Außer der SPD konnten alle Parteien in den CDU-Hochburgen Zuwächse erzielen.

Ergebnisse der anderen Parteien in CDU-Hochburgen

Die SPD vereinigte landesweit 23,8% der gültigen Zweitstimmen auf sich und verlor damit 10,8 Prozentpunkte gegenüber ihrem Ergebnis von 2005. Die höchsten Stimmenanteile erzielten die Sozialdemokraten in der Verbandsgemeinde Kirn-Land (34,5%) sowie in der verbandsfreien Gemeinde Kirn und der Verbandsgemeinde Kusel (jeweils 33,4%); den niedrigsten in der Verbandsgemeinde Adenau (13,5%). Lediglich in 19 Verwaltungsbezirken lag der Zweitstimmenanteil der SPD über dem der CDU; 30 mal war das Ergebnis schlechter als das der FDP. Für die Sozialdemokraten gab es in allen 211 kreisfreien Städte, verbandsfreien Gemeinden und Verbandsgemeinden Verluste gegenüber der Bundestagswahl 2005. Die Spanne reicht von –6,9 Prozentpunkten in der Verbandsgemeinde Kelberg bis –16 Prozentpunkte in der Verbandsgemeinde Glan-Münchweiler.

SPD erzielt landesweit 23,8% und verliert damit 10,8 Prozentpunkte

Die SPD musste in ihren eigenen Hochburgen über dem Landesdurchschnitt liegende Verluste von 12,5 Prozentpunkten hinnehmen und kam nur noch auf einen Stimmenanteil von 31,7%. Die Wahlbeteiligung war in den SPD-Hochburgen um 0,9 Prozentpunkte niedriger als im Land und betrug 71,1%.

Verluste der SPD in eigenen Hochburgen bei 12,5 Prozentpunkten

In den Hochburgen der anderen Parteien verloren die Sozialdemokraten weniger Zweitstimmenanteile als in ihren eigenen

T 2

Zweitstimmenanteile ausgewählter Parteien
in den Parteihochburgen

Region	CDU	SPD	FDP	GRÜNE	DIE LINKE
Zweitstimmenanteile bei der Bundestagswahl 2009 in %					
CDU-Hochburgen	43,2	17,8	19,4	7,5	7,7
SPD-Hochburgen	27,2	31,7	13,8	7,7	13,4
FDP-Hochburgen	36,4	22,0	19,7	9,7	7,5
GRÜNE-Hochburgen	32,6	22,8	15,5	14,7	8,7
Rheinland-Pfalz	35,0	23,8	16,6	9,7	9,4
Veränderung zur Bundestagswahl 2005 in Prozentpunkten					
CDU-Hochburgen	-4,6	-9,1	6,7	2,3	3,2
SPD-Hochburgen	-0,1	-12,5	3,8	1,8	5,8
FDP-Hochburgen	-2,3	-9,6	5,0	2,3	3,0
GRÜNE-Hochburgen	-1,2	-10,9	3,4	3,4	3,3
Rheinland-Pfalz	-1,9	-10,8	4,9	2,4	3,8

Hochburgen. Mit 22,8% erzielten sie in den GRÜNE-Hochburgen das beste Ergebnis (-10,9 Prozentpunkte). Den niedrigsten Zweitstimmenanteil erreichte die SPD mit 17,8% in den Hochburgen der CDU, wo sie mit -9,1 Prozentpunkten auch den geringsten Rückgang zu verzeichnen hatte.

Ergebnisse
der anderen
Parteien in
SPD-Hoch-
burgen

Die Ergebnisse der anderen Parteien waren – mit Ausnahme der Partei DIE LINKE, die mit 13,4% deutlich über ihrem Landeswert lag – in den SPD-Hochburgen niedriger als im Landesdurchschnitt. DIE LINKE konnte in den SPD-Hochburgen mit +5,8 Prozentpunkten auch die höchsten Zugewinne verbuchen. FDP und GRÜNE verbesserten sich um 3,8 bzw. 1,8 Prozentpunkte. Die CDU verschlechterte sich leicht um 0,1 Prozentpunkte.

FDP kommt in
Rheinland-Pfalz
auf 16,6% und
erzielt Gewinne
von 4,9 Prozent-
punkten

Die FDP kam in Rheinland-Pfalz auf 16,6% der gültigen Zweitstimmen und verbesserte damit ihr Ergebnis gegenüber 2005 deutlich um 4,9 Prozentpunkte. Ihre besten Ergebnisse erzielte die FDP in der Verbandsgemeinde Adenau (23%) sowie in der ver-

bandfreien Gemeinde Grafschaft und der Verbandsgemeinde Ransbach-Baumbach (jeweils 22,3%), das schlechteste in der Verbandsgemeinde Glan-Münchweiler (10,8%). Die FDP konnte in allen 211 kreisfreien Städten, verbandsfreien Gemeinden und Verbandsgemeinden von Rheinland-Pfalz ihr Ergebnis von 2005 verbessern; die Spanne reicht von +1,6 Prozentpunkten in der Verbandsgemeinde Heidesheim am Rhein bis +9 Prozentpunkte in der Verbandsgemeinde Adenau.

Die FDP gewann in ihren eigenen Hochburgen fünf Prozentpunkte hinzu. Hier erzielten die Liberalen einen Stimmenanteil von 19,7%. Die Wahlbeteiligung lag in den FDP-Hochburgen mit 75% um drei Prozentpunkte über der Beteiligung in Rheinland-Pfalz.

FDP gewinnt in
eigenen Hoch-
burgen fünf
Prozentpunkte

In den Hochburgen aller anderen Parteien erzielte die FDP mit +6,7 Prozentpunkten die höchsten Zuwächse gegenüber 2005 in den CDU-Hochburgen. Dort kam sie auf 19,4% der Zweitstimmen. Die niedrigsten Ergebnisse verzeichnete sie mit 13,8% in den Hochburgen der SPD. Dort ergab sich eine Verbesserung von 3,8 Prozentpunkten. Niedrigere Zuwächse hatte die FDP mit +3,4 Prozentpunkten lediglich in den Hochburgen der GRÜNEN.

Von den anderen Parteien konnte nur die CDU mit 36,4% in den FDP-Hochburgen besser abschneiden als in Rheinland-Pfalz insgesamt. Die GRÜNEN kamen mit 9,7% genau auf ihr Landesergebnis und verbesserten sich gegenüber 2005 um 2,3 Prozentpunkte. DIE LINKE legte mit +3 Prozentpunkten noch mehr zu, blieb aber mit 7,5% der gültigen Zweitstimmen klar hinter ihrem Landesergebnis zurück. Die Sozialdemokraten (22%) blieben in den FDP-Hochburgen

Ergebnisse
der anderen
Parteien in
FDP-Hoch-
burgen

ebenfalls unter ihrem Landesdurchschnitt, verloren aber weniger als in Rheinland-Pfalz insgesamt.

GRÜNE erzielen landesweit 9,7% und gewinnen 2,4 Prozentpunkte

Die GRÜNEN errangen in Rheinland-Pfalz 9,7% der gültigen Stimmen und verbesserten damit ihr Ergebnis von 2005 um 2,4 Prozentpunkte. Die höchsten Stimmenanteile erzielten die GRÜNEN in den kreisfreien Städten Mainz (18,6%) und Trier (15,7%) sowie in der Verbandsgemeinde Heidesheim am Rhein (15,1%); den niedrigsten in der Verbandsgemeinde Baumholder (4,2%). In allen 211 Gebieten gab es Gewinne für die GRÜNEN; die Spanne reicht von +0,3 Prozentpunkten in der Verbandsgemeinde Daaden bis +4,9 Prozentpunkte in der Verbandsgemeinde Arzfeld.

Gewinne der GRÜNEN in eigenen Hochburgen bei 3,4 Prozentpunkten

In den eigenen Hochburgen haben Die GRÜNEN eine Steigerung des Zweitstimmenanteils um 3,4 Prozentpunkte erzielt und kamen auf 14,7%. Die Wahlbeteiligung war in den GRÜNE-Hochburgen um 0,3 Prozentpunkte höher als im Land und betrug 72,3%.

In den FDP-Hochburgen kamen die GRÜNEN mit 9,7% exakt auf ihren Landeswert. Das niedrigste Ergebnis gab es mit 7,5% in den CDU-Hochburgen. Das Abschneiden in den SPD-Hochburgen war mit 7,7% der Zweitstimmen etwas besser. Die Gewinne der GRÜNEN gegenüber 2005 waren in den SPD-Hochburgen mit +1,8 Prozentpunkten am niedrigsten. In den Hochburgen von CDU und FDP lag das Plus von 2,3 Prozentpunkten leicht unter der landesweiten Verbesserung.

Ergebnisse der anderen Parteien in GRÜNE-Hochburgen

Von den anderen Parteien kam in den GRÜNE-Hochburgen keine an ihr jeweiliges Landesergebnis heran. Die FDP und DIE LINKE konnten allerdings mit +3,4 bzw. +3,3 Prozentpunkten eine deutliche Verbes-

T 3

Beste Ergebnisse ausgewählter Parteien (Bundestagswahl 2009; Veränderung gegenüber Bundestagswahl 2005)

CDU		
VG Ulmen	(48,1%;	–3,8 Prozentpunkte)
VG Adenau	(46,7%;	–7,2 Prozentpunkte)
VG Altenahr	(46,5%;	–7,3 Prozentpunkte)
VG Treis-Karden	(45,6%;	–5,3 Prozentpunkte)
VG Cochem	(45,6%;	–3,7 Prozentpunkte)
VG Gebhardshain	(45,0%;	–6,8 Prozentpunkte)
VG Manderscheid	(44,9%;	–2,8 Prozentpunkte)
VG Sankt Goar-Oberwesel	(44,7%;	–1,4 Prozentpunkte)
VG Wallmerod	(44,6%;	–5,8 Prozentpunkte)
VG Zell (Mosel)	(44,4%;	–4,7 Prozentpunkte)
SPD		
VG Kirn-Land	(34,5%;	–13,1 Prozentpunkte)
Kirn	(33,4%;	–10,1 Prozentpunkte)
VG Kusel	(33,4%;	–11,0 Prozentpunkte)
VG Meisenheim	(33,3%;	–11,6 Prozentpunkte)
VG Eich	(32,8%;	–10,5 Prozentpunkte)
VG Altenglan	(31,9%;	–15,6 Prozentpunkte)
VG Hahnstätten	(31,8%;	–9,0 Prozentpunkte)
VG Eisenberg (Pfalz)	(31,7%;	–10,5 Prozentpunkte)
VG Glan-Münchweiler	(31,7%;	–16,0 Prozentpunkte)
VG Loreley	(31,5%;	–9,2 Prozentpunkte)
FDP		
VG Adenau	(23,0%;	+9,0 Prozentpunkte)
Grafschaft	(22,3%;	+7,5 Prozentpunkte)
VG Ransbach-Baumbach	(22,3%;	+7,9 Prozentpunkte)
VG Hillesheim	(21,6%;	+7,8 Prozentpunkte)
VG Bernkastel-Kues	(21,5%;	+6,4 Prozentpunkte)
Bad Neuenahr-Ahrweiler	(21,4%;	+7,2 Prozentpunkte)
VG Kelberg	(21,3%;	+8,6 Prozentpunkte)
VG Daun	(21,0%;	+7,8 Prozentpunkte)
VG Untermosel	(20,9%;	+6,6 Prozentpunkte)
Bitburg	(20,5%;	+7,5 Prozentpunkte)
GRÜNE		
Mainz	(18,6%;	+4,5 Prozentpunkte)
Trier	(15,7%;	+3,5 Prozentpunkte)
VG Heidesheim am Rhein	(15,1%;	+4,3 Prozentpunkte)
Landau in der Pfalz	(14,5%;	+3,2 Prozentpunkte)
Ingelheim am Rhein	(13,9%;	+2,8 Prozentpunkte)
Budenheim	(13,6%;	+3,7 Prozentpunkte)
Speyer	(13,2%;	+3,1 Prozentpunkte)
VG Nierstein-Oppenheim	(13,0%;	+4,0 Prozentpunkte)
VG Nieder-Olm	(13,0%;	+2,9 Prozentpunkte)
Römerberg	(12,6%;	+2,6 Prozentpunkte)
DIE LINKE		
VG Altenglan	(20,2%;	+9,0 Prozentpunkte)
VG Glan-Münchweiler	(19,4%;	+6,9 Prozentpunkte)
VG Waldmohr	(18,2%;	+4,2 Prozentpunkte)
VG Kusel	(18,1%;	+6,1 Prozentpunkte)
VG Schönenberg-Kübelberg	(17,3%;	+4,3 Prozentpunkte)
VG Wolfstein	(16,4%;	+6,8 Prozentpunkte)
Zweibrücken	(16,2%;	+4,7 Prozentpunkte)
VG Zweibrücken-Land	(16,0%;	+5,3 Prozentpunkte)
VG Lauterecken	(15,2%;	+7,0 Prozentpunkte)
Pirmasens	(15,0%;	+5,3 Prozentpunkte)

serung ihres Zweitstimmenanteils gegenüber 2005 erzielen. Die FDP verbuchte dort mit 15,5% sogar ein höheres Ergebnis als die GRÜNEN selbst. Die CDU schnitt mit 32,6% der gültigen Stimmen deutlich besser ab als die SPD (22,8%). Die Partei DIE LINKE kam auf einen Stimmenanteil von 8,7%.

Keine Hoch-
burgenunter-
suchung für
DIE LINKE

Wie eingangs erläutert, wurde die Hochburgenanalyse nur für die vier Parteien durchgeführt, die bei den beiden vorangegangenen Bundestagswahlen einen Stimmenanteil von 5% und mehr erzielt haben. Die Partei DIE LINKE hatte bei der Bundestagswahl 2002 einen Zweitstimmenanteil von 1%, der keine aussagekräftige regionale Abgrenzung von Parteihochburgen erlaubt. Wegen des guten Abschneidens bei der Bundestagswahl 2009 soll aber abschließend ein Blick auf die Ergebnisse der Partei DIE LINKE geworfen werden.

DIE LINKE
erzielt landes-
weit 9,4% und
verbessert sich
um 3,8 Pro-
zentpunkte

DIE LINKE erzielte in Rheinland-Pfalz einen Zweitstimmenanteil von 9,4% und verbesserte damit ihr Ergebnis von 2005 um 3,8 Prozentpunkte. Das war – nach der FDP – der zweitstärkste Zuwachs aller Parteien. Die sechs höchsten Stimmenanteile erzielte DIE LINKE im Landkreis Kusel, insbesondere in den Verbandsgemeinden Altenglan

(20,2%) und Glan-Münchweiler (19,4%); die niedrigsten mit 5,5% in den Verbandsgemeinden Deidesheim und Vallendar. In allen 211 Gebieten gab es Gewinne für DIE LINKE; die Spanne reicht von +1,9 Prozentpunkten in den Verbandsgemeinden Cochem und Deidesheim bis +9 Prozentpunkte in der Verbandsgemeinde Altenglan.

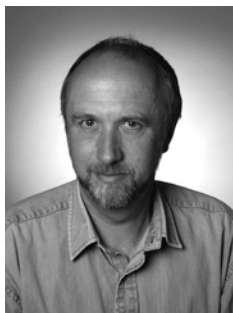
In den SPD-Hochburgen erzielte DIE LINKE mit 13,4% der gültigen Zweitstimmen und einem Plus von 5,8 Prozentpunkten gegenüber 2005 ihr bestes Ergebnis. In den übrigen Parteihochburgen verbesserte sich DIE LINKE ebenfalls, schnitt aber schlechter ab als im Landesdurchschnitt. In den Hochburgen von CDU und FDP fielen die Zuwächse gegenüber 2005 mit 3,2 bzw. drei Prozentpunkten am niedrigsten aus. Dort errang DIE LINKE mit 7,7 bzw. 7,5% auch ihre schlechtesten Ergebnisse.

Ergebnisse
der Partei
DIE LINKE
in den Hoch-
burgen der
anderen Par-
teien

Thomas Kirsche, Diplom-Volkswirt,
ist Referent im Referat Analysen,
Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen,
Veröffentlichungen, Forschungsdatenzentrum.

Sterbetafel 2006/2008

Lebenserwartung weiter steigend



Von Günter Ickler

Die Lebenserwartung bei der Geburt hat sich langfristig gesehen stetig erhöht. Die aktuelle Sterbetafel wurde auf Grundlage der Jahre 2006 bis 2008 errechnet. Danach beträgt die Lebenserwartung für einen neugeborenen Jungen 77 Jahre und für ein Mädchen 82 Jahre. Im internationalen Vergleich bestehen große Unterschiede. Dabei nimmt Deutschland keine ausgesprochene Spitzenstellung ein.

Die Sterbetafel ist ein demografisches Modell zur zusammenfassenden Beurteilung der Sterblichkeitsverhältnisse einer Bevölkerung. Sie enthält nach Geschlecht und Alter differenzierte Angaben zur Lebenserwartung. Diese dienen z. B. als Planungsgrundlage in der Versicherungswirtschaft oder für die Abwicklung von Geschäften auf Rentenbasis und sind wesentlicher Bestandteil einer Bevölkerungsvorausberechnung.

Lebensstandard beeinflusst Lebenserwartung

Der Lebensstandard einer Bevölkerung kommt in zahlreichen Einflussgrößen zum Ausdruck, die in westlichen Industrienationen einen als selbstverständlich angesehenen hohen Standard erreicht haben. Hierzu gehören z. B. die Trinkwasserqualität, ausreichende Nahrungsmittelvorräte, die hygienischen Verhältnisse und die medizinische Versorgung. In dieser Hinsicht wesentliche Beeinträchtigungen wirken sich auf die Zahl der Erkrankungen und die Sterblichkeit aus.

Auch wenn die genannten Rahmenbedingungen weit entwickelt sind, werden Gesundheit und Lebensdauer durch zahl-

reiche weitere Faktoren beeinflusst. So wirken sich beispielsweise auch falsche Ernährung, Bewegungsmangel oder Stress hierauf negativ aus.

Die Lebenserwartung ist ein wichtiger Indikator für den Lebensstandard einer Bevölkerung. Sie eignet sich auch für internationale Vergleiche, da ihre Berechnung weltweit im Wesentlichen nach den gleichen anerkannten Verfahren erfolgt.

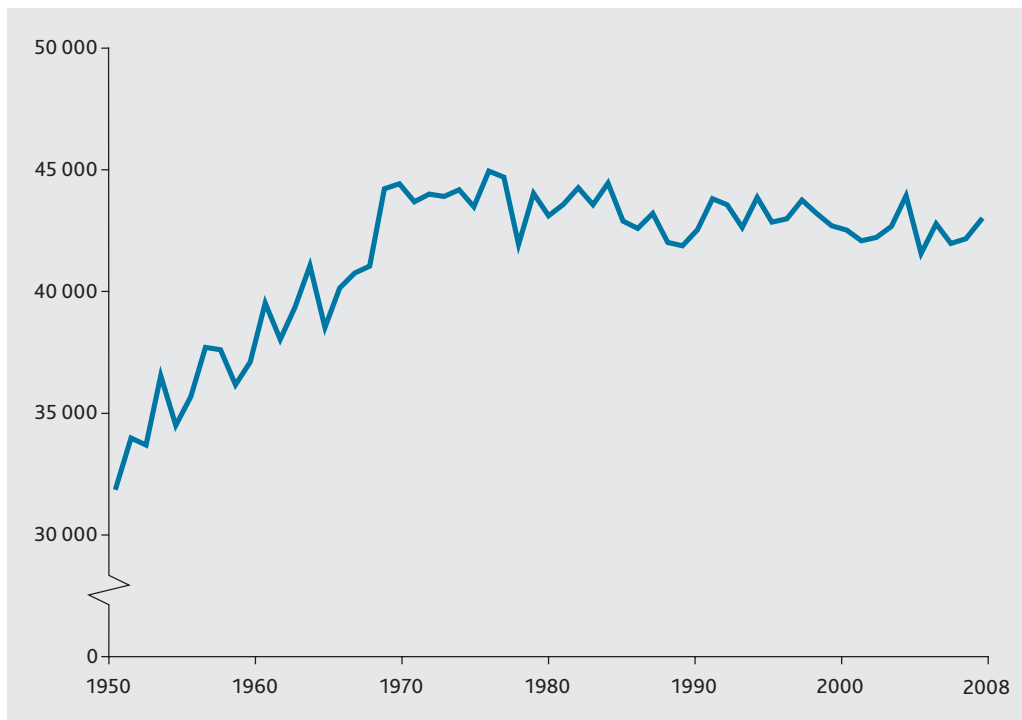
Zahl der Gestorbenen gestiegen

In Rheinland-Pfalz starben im Jahr 2008 42 932 Menschen; das waren 767 bzw. 1,8% mehr als ein Jahr zuvor. Auch langfristig gesehen hat die Zahl der Sterbefälle zuge-

Knapp 43 000
Sterbefälle
im Jahr 2008

G 1

Gestorbene 1950–2008



nommen. So gab es Anfang der 1950er-Jahre noch weniger als 35 000 Gestorbene pro Jahr, bis Mitte der 1960er-Jahre waren es weniger als 40 000. Diese Entwicklung ist jedoch nicht Ausdruck einer zunehmenden Sterblichkeit. Vielmehr haben Altersstrukturveränderungen zu einer immer größeren Zahl älterer Menschen geführt. Da diese naturgemäß ein höheres Sterberisiko haben, ist damit auch die Zahl der Gestorbenen gestiegen.

Schwankende
Gestorbenen-
zahlen

Die in der Zeitreihe der Gestorbenen erkennbaren Schwankungen resultieren – auch in den letzten Jahren noch – aus dem sehr unregelmäßigen, insbesondere durch die Kriegsauswirkungen bedingten Altersaufbau der älteren Menschen.

Eine Darstellung der Sterblichkeitsverhältnisse, die auch für räumliche und zeitliche

Vergleichszwecke geeignet ist, erfordert eine Bereinigung um derartige Altersstruktureffekte. Dies lässt sich beispielsweise durch eine Altersstandardisierung erreichen¹⁾. Als besonders anschauliche und kompakte Darstellung hat sich aber auch das Instrument von Sterbetafeln etabliert, das nach international anerkannten und vergleichbaren Verfahren auch globale überregionale Vergleiche ermöglicht.

Vergleiche
erfordern
Standardisie-
rung

Perioden- und Generationensterbetafeln

Eine Sterbetafel ist ein demografisches Modell, das die zusammenfassende Beurteilung der Sterblichkeitsverhältnisse einer Bevölkerung ermöglicht. Im Vordergrund steht die Ermittlung der durchschnittlichen Lebenserwartung. Sterbetafeln werden in der Regel als Periodensterbetafeln berechnet. Dabei werden die Sterblichkeitsverhält-

Querschnitt-
betrachtung

1) Vgl. Ickler, G.: Regionale Sterblichkeitsunterschiede. In Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz, 61. Jg. (2008), S. 113–118., Februar 2008.

nisse als Querschnitt über alle Altersjahre in der aktuellen Bevölkerung zugrunde gelegt; üblicherweise wird ein aus mehreren Kalenderjahren bestehender Zeitraum herangezogen. Periodensterbetafeln stellen also eine Momentaufnahme der im betrachteten Zeitraum herrschenden Zustände dar.

Kohorten- betrachtung

Generationensterbetafeln, auch als Kohorten- oder Längsschnitttafeln bezeichnet, betrachten die Sterblichkeit und die Lebenserwartung von Geburtsjahrgängen. Eine Generationensterbetafel bildet den gesamten Sterblichkeitsverlauf der Angehörigen des entsprechenden Geburtsjahrgangs von der Geburt bis zum Tod ab und zeigt so die spezifischen Merkmale dieses Geburtsjahrgangs auf. Die Datenanforderungen an eine Generationensterbetafel sind weitaus komplexer. Deren Erstellung kommt deshalb nur in größeren Zeitabständen in Betracht. Die kontinuierliche Beschreibung der Sterblichkeitsverhältnisse kann daher nur über die laufende Aktualisierung von Periodensterbetafeln erfolgen. Hierauf beziehen sich auch die weiteren Ausführungen in diesem Beitrag.

Sterbetafeln in Praxis etabliert

Die Ergebnisse von Sterbetafelberechnungen haben sich in weiten Anwendungsbereichen in der Praxis etabliert. Sie dienen beispielsweise als Planungsgrundlage in der Versicherungswirtschaft oder für die Abwicklung von Geschäften auf Rentebasis. Auch die Kalkulation von Rückstellungen für die betriebliche Altersversorgung oder die gesetzliche Altersversicherung beruhen auf Sterbetafeln. Darüber hinaus sind sie ein wichtiger Baustein für Bevölkerungsvorausberechnungen.

Sterbetafeln sind zudem historisch bedeutsam. Erste Berechnungen gehen auf das 17. Jahrhundert zurück. Der Höhepunkt ihrer Entwicklung lag in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, in deren Zusammenhang auch die Namen wichtiger deutscher Statistiker genannt werden. Damit stellen Sterbetafeln das älteste Modell der demografischen Analyse dar²⁾.

Sterbetafeln
historisch
bedeutsam

Ausführliche Sterbetafeln nach auf- wendigen Verfahren

Sterbetafeln werden in größeren Zeitabständen nach vergleichsweise aufwendigen Verfahren auf der Grundlage der Ergebnisse einer Volkszählung erstellt. Zu diesen Zeitpunkten sind die Angaben über die Bevölkerung in ihrer Untergliederung nach Geschlecht und Alter frei von Fortschreibungsfehlern und damit vergleichsweise genau. Die Festlegung des zugrunde zu legenden Beobachtungszeitraums, der die Ergebnisse maßgeblich beeinflusst, erfolgt mit besonderem Aufwand; beispielsweise werden auch die unregelmäßig auftretenden Grippeepidemien anteilig berücksichtigt. Außerdem werden für die Berechnung von Sterbewahrscheinlichkeiten alternative Methoden getestet; darüber hinaus erfolgt eine relativ aufwendige Glättung der Sterbewahrscheinlichkeiten. Die Darstellung erfolgt bis zu einem Alter von 100 oder sogar 110 Jahren.

Volkszählungen
liefern relativ
genaue Daten-
grundlage

Die letzte derartige Sterbetafel wurde nach der Volkszählung 1987 auf Grundlage der Jahre 1986 bis 1988 erstellt. Eine neue ausführliche Sterbetafel wird es erst wieder nach Auswertung des für das Jahr 2011 vorgesehenen Zensus geben.

2) Vgl. Rinne, H.: Wirtschafts- und Bevölkerungsstatistik, München, Wien 1996, S. 141 ff).

Abgekürzte Sterbetafeln mit vereinfachtem Instrumentarium

Jährliche Aktualisierung

Für die zwischen den Volkszählungen bzw. Zensen liegenden Zeiträume werden sogenannte abgekürzte Sterbetafeln nach vereinfachten Verfahren erstellt. Hier erfolgt nur beschränkt eine Glättung der Sterbewahrscheinlichkeiten. Auch der Wahl des Beobachtungszeitraums wird weniger Beachtung geschenkt; vielmehr werden in der Regel fortlaufende Dreijahreszeiträume zugrunde gelegt. Die Heranziehung mehrerer Kalenderjahre ist erforderlich, da die Zahl der Sterbefälle gerade in jüngeren Altersjahren sehr gering ist. So ergibt sich eine breitere Datenbasis, die für eine hinreichende Elimination der Zufallseinflüsse besonders in kleineren Ländern erforderlich ist. Eine Darstellung der Altersjahre erfolgt nur bis zu einem Alter von 90 Jahren. Die Neuberechnungen und Veröffentlichungen werden jährlich durchgeführt.

Zukünftige Veränderungen der Lebenserwartung werden nicht berücksichtigt

Bei der Interpretation der Zahlen ist zu beachten, dass sich Sterbetafelberechnungen stets nur auf den zugrunde gelegten Berechnungszeitraum beziehen. Sie geben also die durchschnittliche Lebenserwartung unter der Voraussetzung an, dass die unterstellten Sterblichkeitsverhältnisse konstant bleiben. Auch die daraus berechnete (fernere) Lebenserwartung spiegelt nur die Sterblichkeitsverhältnisse der entsprechenden Altersjahre im relevanten Berichtszeitraum wider. Zukünftige Veränderungen der Sterblichkeitsverhältnisse sind dabei nicht berücksichtigt. Das heißt, dass die tatsächliche Lebensdauer über der in der aktuellen Sterbetafel ermittelten liegen wird, sofern man eine weiter ansteigende Lebenserwartung unterstellt.

Info

Aufbau einer Sterbetafel

Eine Sterbetafel geht von einer hypothetischen Gesamtheit von jeweils 100 000 weiblichen und männlichen Lebendgeborenen aus, die in der ersten Zeile der Spalte „Überlebende im Alter x “ (l_x) beim Alter 0 zu finden sind. Die weiteren Zahlen in dieser Spalte zeigen an, wie viele Personen des Ausgangsbestandes unter den gegebenen Sterblichkeitsverhältnissen im Durchschnitt der Jahre 2006 bis 2008 ein bestimmtes Alter noch erleben. Es wird also das allmähliche Absterben eines Ausgangsbestandes betrachtet; daher sind auch die Begriffe Absterbeordnung oder Überlebenstafel gebräuchlich.

Die Spalte „Gestorbene“ (d_x) gibt die Zahl der Personen an, die in einem bestimmten Alter während eines Jahres versterben, also die Zahl, um die sich die Überlebenden eines jeden Alters vermindern. Dabei errechnet sich d_x als Produkt aus den „Überlebenden im Alter x “ (l_x) und den in der folgenden Spalte aufgeführten Sterbewahrscheinlichkeiten q_x .

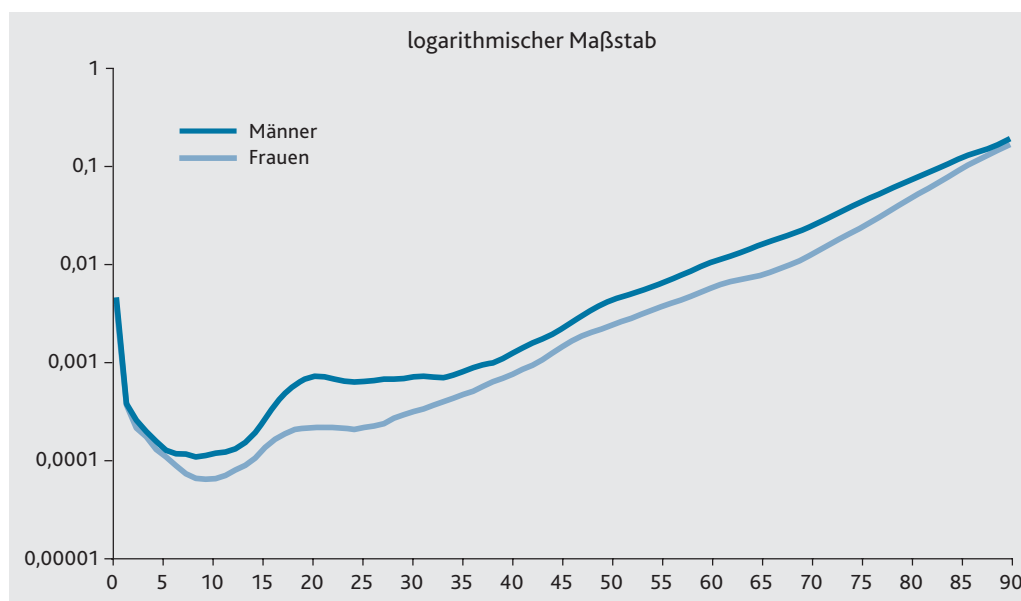
Die „Sterbewahrscheinlichkeiten“ (q_x) wurden in Abhängigkeit von Alter und Geschlecht aus der Bevölkerung und der Zahl der Gestorbenen des Beobachtungszeitraums ermittelt und geben an, mit welcher Wahrscheinlichkeit eine Person im Alter x nicht ihren nächsten Geburtstag erleben wird. Die korrespondierende Überlebenswahrscheinlichkeit (p_x) ist die Wahrscheinlichkeit, mit der diese Person ein Jahr älter wird.

Die folgende Spalte L_x gibt die Zahl der Jahre an, die die Überlebenden des Alters x bis zum Alter $x+1$ durchleben. L_x wird als arithmetisches Mittel aus l_x und l_{x+1} errechnet oder – rechnerisch identisch – durch Abzug der Hälfte der im Alter von x bis unter $x+1$ Gestorbenen von den Überlebenden im Alter x ermittelt. (Für die Berechnung von L_0 gilt ein modifiziertes Verfahren.) Dahinter steht die Überlegung, dass von den Überlebenden im Alter x , die vor Vollendung des $(x+1)$ -ten Lebensjahres sterben, jeder im Durchschnitt nur ein halbes Jahr durchlebt. Die Summe der Zahlen dieser Spalten für die Lebensjahre x und älter ergeben die Spalte „Von den Überlebenden im Alter x insgesamt noch zu durchlebenden Jahre“ ($e_x l_x$).

Die in der letzten Spalte angegebene „durchschnittliche Lebenserwartung im Alter x in Jahren“ (e_x) errechnet sich aus der vorangegangenen Spalte mittels Division durch die „Überlebenden im Alter x “.

G 2

Sterbewahrscheinlichkeiten 2006/2008 nach Altersjahren



Sterbewahrscheinlichkeiten nach Geschlecht und Alter

Grundlage einer Sterbetafel sind die nach Geschlecht und Alter differenzierten Sterbewahrscheinlichkeiten. Alle weiteren Angaben der Sterbetafel, insbesondere auch die zur Lebenserwartung, werden hieraus abgeleitet.

Unter der Sterbewahrscheinlichkeit wird die Wahrscheinlichkeit verstanden, in einem bestimmten Alter vor Erreichen des nächsten Altersjahres zu sterben. Sterbewahrscheinlichkeiten beziehen die Anzahl der Gestorbenen auf die Bevölkerung entsprechenden Alters und Geschlechts und werden für den Durchschnitt des zugrunde gelegten Zeitraums ermittelt.

Höhere
Sterblichkeit
der Männer

Die Wahrscheinlichkeit, zu sterben, ist für das männliche Geschlecht in allen Altersjahren größer als für das weibliche. Zwischen etwa 20 und 70 Jahren liegt das Sterberisiko der Männer doppelt so hoch wie das der Frauen.

Die Sterbewahrscheinlichkeit steigt grundsätzlich mit zunehmendem Alter, ist aber auch am Anfang des Lebens besonders hoch.

Sterblichkeit
wächst mit
zunehmendem
Alter

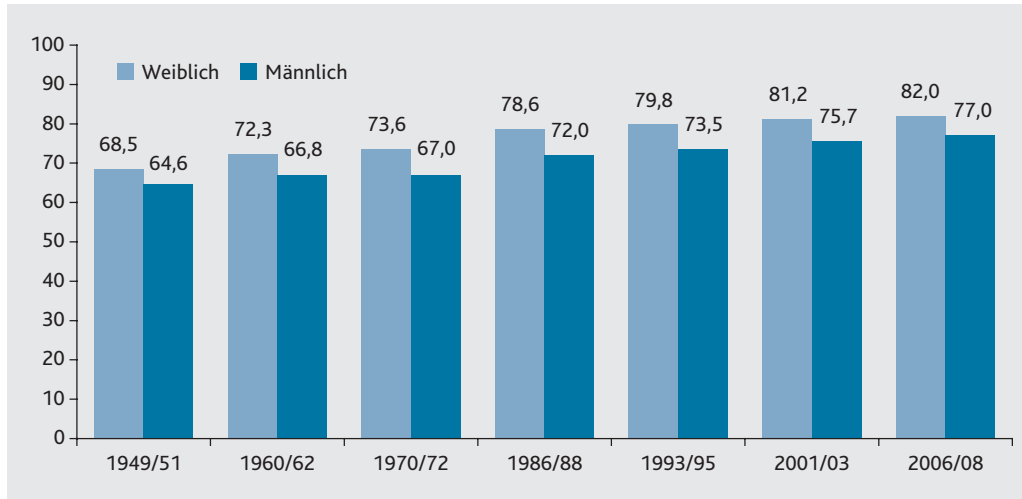
Die grafische Darstellung der Sterbewahrscheinlichkeiten in Abhängigkeit vom Alter zeigt – besonders ausgeprägt im logarithmischen Maßstab – einen typischen Verlauf mit großen Sterberisiken am Anfang des Lebens und in hohen Altersjahren.

In den entwickelten Industrienationen hat die Säuglingssterblichkeit mittlerweile einen so niedrigen Stand erreicht, dass hier keine wesentlichen Verbesserungen mehr erwartet werden können. Dennoch ist die Wahrscheinlichkeit, im ersten Lebensjahr zu sterben, deutlich höher als in den folgenden Lebensjahren. Im Durchschnitt der Jahre 2006 bis 2008 starben 4,3 von 1000 neugeborenen Jungen und 3,7 von 1000 Mädchen. Vergleichbare Sterberisiken werden erst wieder bei den 50-jährigen Männern und den 54-jährigen Frauen erreicht.

Hohe
Säuglings-
sterblichkeit

G 3

Lebenserwartung bei der Geburt 1949/51–2006/08



Höhere Sterblichkeit mit etwa 20 Jahren

Ein ausgeprägtes Minimum ist bei einem Alter von knapp zehn Jahren zu erkennen. Von da an steigen die Sterbewahrscheinlichkeiten zunächst deutlich und nehmen im Alter von etwa 20 bis 22 Jahren ein lokales Maximum an; die Todesursachenstatistik zeigt hier eine erhöhte Zahl von Todesfällen infolge von Verkehrsunfällen.

Die Sterbewahrscheinlichkeiten wachsen dann mit zunehmendem Alter stetig, wobei die Sterblichkeit der Frauen stets kleiner als die der Männer ist.

Lebenserwartung der Männer 77 und die der Frauen 82 Jahre

Lebenserwartung bei der Geburt

Der Lebenserwartung kommt von allen Angaben einer Sterbetafel im allgemeinen die größte Bedeutung zu, da sie auf besonders anschauliche Weise Aussagen über die Sterblichkeitsverhältnisse ermöglicht. Die Sterbetafel 2006/2008 zeigt, dass ein neugeborener Junge im Durchschnitt 77 Lebensjahre erwarten kann, bei einem neugeborenen Mädchen sind es 82 Jahre.

Die Sterbetafel gibt nicht nur die Lebenserwartung bei der Geburt an, sondern macht

darüber hinaus Angaben über die noch zu erwartenden Lebensjahre für alle Altersjahre. So weist die Tabelle für einen 50-jährigen Mann eine sogenannte fernere Lebenserwartung von 29,2 Jahren aus, woraus sich eine voraussichtliche Lebensdauer von etwas mehr als 79 Jahren errechnet. Ein 60-jähriger Mann hat eine fernere Lebenserwartung von 20,7 und ein 70-jähriger von 13,3 Jahren. Die Vergleichswerte für die Frauen liegen bei 33,4 (50 Jahre), 24,4 (60 Jahre) und 16 (70 Jahre). Die Zahlen zeigen zum einen, dass die Lebenserwartung der Frauen in allen Altersjahren über der Lebenserwartung der Männer liegt. Außerdem ist zu erkennen, dass sich das durchschnittliche Sterbealter mit zunehmenden vollendeten Alter immer weiter hinausschiebt; die Ursache hierfür liegt darin begründet, dass das Risiko, früher zu sterben, kontinuierlich überstanden wird.

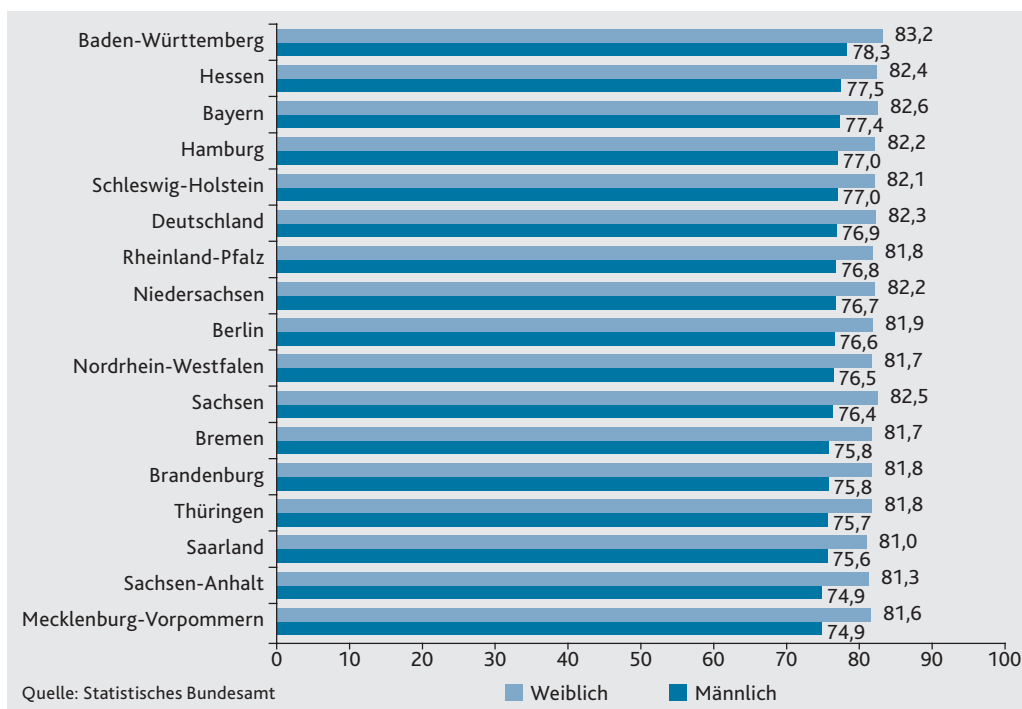
Fernere Lebenserwartung

Bei diesen Angaben handelt es sich um Durchschnittswerte, die im Einzelfall, beispielsweise bei besonders riskanter Lebensweise oder bei schwerer Krankheit, anders ausfallen können.

Durchschnittswerte

G 4

Lebenserwartung bei der Geburt 2005/07 nach Ländern



Langfristige Entwicklung

Deutlicher
Anstieg im
Zeitablauf

Im langfristigen Vergleich ist die durchschnittliche Lebenserwartung erheblich gestiegen. Während Anfang der 1950er-Jahre ein neugeborener Junge noch damit rechnen musste, vor seinem 65. Geburtstag zu sterben, lag die Lebenserwartung zu Beginn der 1970er-Jahre schon bei 67 und Mitte der 1990er-Jahre bei 73,5 Jahren.

Die Lebenserwartung des weiblichen Geschlechts war stets wesentlich höher. So hatten die zu Beginn der 1950er-Jahre geborenen Mädchen 69 Lebensjahre zu erwarten, in den frühen 1970er-Jahren lag deren Lebenserwartung bei 74 und Mitte der 1990er-Jahre bei knapp 80 Jahren.

Lebens-
erwartung in
100 Jahren
verdoppelt

Der langfristige Trend wird besonders bei einem Vergleich mit der ersten veröffentlichten allgemeinen Sterbetafel von 1871/1881 deutlich. Seinerzeit betrug die Lebenserwartung im Deutschen Reich für

einen neugeborenen Jungen 35,6 Jahre und für ein Mädchen 38,5 Jahre. Damit hat sich die Lebenserwartung bei der Geburt im Verlauf von hundert Jahren weit mehr als verdoppelt. Ausschlaggebend für diese Entwicklung ist in erster Linie der Rückgang der früher hohen Säuglings- und Kindersterblichkeit.

Aber auch im höheren Altersbereich hat sich die Sterblichkeit in den letzten Jahrzehnten deutlich reduziert. So kann sich ein Mann, der heute mit 65 Jahren aus dem Erwerbsleben scheidet, im Durchschnitt auf knapp 17 Jahre im Ruhestand freuen; gegenüber 1950 sind dies immerhin vier Jahre mehr. Im gleichen Zeitraum haben 50-jährige Frauen 7,7 und 50-jährige Männer 5,4 Jahre an Lebenserwartung hinzugewonnen. Bei den 60-Jährigen sind es 7 bzw. 4,5 Jahre und bei den 70-Jährigen 5,6 bzw. 3,5 Jahre.

Gewinn an
Lebenserwar-
tung auch im
höheren Alter

T 1

Abgekürzte Sterbetafel 2006/2008 nach Geschlecht (Auszug)

Alter	Überlebende im Alter x	Gestorbene im Alter x bis unter x+1	Sterbe-	Überlebens-	Von den Überlebenden im Alter x		Durchschnitt- liche Lebens- erwartung im Alter x in Jahren
			wahrscheinlichkeit vom Alter x bis x+1		bis zum Alter x+1 durchlebte Jahre	insgesamt noch zu durchlebende Jahre	
x	l_x	d_x	q_x	p_x	L_x	$e_x l_x$	e_x
Frauen							
0	100 000	366	0,0036582437	0,9963417563	99 685	8 203 837	82,04
5	99 545	11	0,0001093522	0,9998906478	99 540	7 705 831	77,41
10	99 505	7	0,0000658131	0,9999341869	99 502	7 208 215	72,44
15	99 464	14	0,0001363980	0,9998636020	99 457	6 710 782	67,47
20	99 373	22	0,0002168687	0,9997831313	99 363	6 213 668	62,53
25	99 266	22	0,0002186369	0,9997813631	99 256	5 717 071	57,59
30	99 142	31	0,0003174011	0,9996825989	99 127	5 221 029	52,66
35	98 958	47	0,0004736579	0,9995263421	98 935	4 725 748	47,75
40	98 673	75	0,0007623364	0,9992376636	98 635	4 231 614	42,89
45	98 192	143	0,0014534756	0,9985465244	98 121	3 739 334	38,08
50	97 290	233	0,0023943265	0,9976056735	97 173	3 250 450	33,41
55	95 903	355	0,0037001313	0,9962998687	95 725	2 767 237	28,85
60	93 808	538	0,0057402313	0,9942597687	93 539	2 292 620	24,44
65	90 750	703	0,0077413661	0,9922586339	90 399	1 830 894	20,18
70	86 648	1 072	0,0123727989	0,9876272011	86 112	1 386 751	16,00
75	79 833	1 858	0,0232764612	0,9767235388	78 904	969 024	12,14
80	68 237	3 136	0,0459595560	0,9540404440	66 669	596 367	8,74
85	49 804	4 498	0,0903183103	0,9096816897	47 555	298 503	5,99
90	26 654	4 340	0,1628416193	0,8371583807	24 483	107 236	4,02
Männer							
0	100 000	434	0,0043360139	0,9956639861	99 642	7 704 863	77,05
5	99 467	13	0,0001280789	0,9998719211	99 461	7 207 190	72,46
10	99 409	12	0,0001195279	0,9998804721	99 403	6 710 003	67,50
15	99 337	26	0,0002667012	0,9997332988	99 324	6 213 119	62,55
20	99 100	72	0,0007265522	0,9992734478	99 064	5 716 923	57,69
25	98 763	63	0,0006428913	0,9993571087	98 731	5 222 293	52,88
30	98 433	71	0,0007173534	0,9992826466	98 398	4 729 292	48,05
35	98 078	80	0,0008113445	0,9991886555	98 039	4 238 009	43,21
40	97 614	122	0,0012522493	0,9987477507	97 553	3 748 712	38,40
45	96 842	216	0,0022301912	0,9977698088	96 734	3 262 409	33,69
50	95 383	410	0,0042966273	0,9957033727	95 178	2 781 449	29,16
55	92 997	597	0,0064204913	0,9935795087	92 699	2 310 153	24,84
60	89 398	937	0,0104774231	0,9895225769	88 930	1 853 507	20,73
65	84 021	1 331	0,0158390756	0,9841609244	83 356	1 419 221	16,89
70	76 445	1 850	0,0241997037	0,9758002963	75 520	1 017 104	13,31
75	65 425	2 771	0,0423555002	0,9576444998	64 039	660 609	10,10
80	49 859	3 548	0,0711613689	0,9288386311	48 085	370 755	7,44
85	31 463	3 724	0,1183648758	0,8816351242	29 601	166 949	5,31
90	14 666	2 737	0,1866321802	0,8133678198	13 298	53 670	3,66

Info

Die ausführliche Darstellung der abgekürzten Sterbetafel für alle Altersjahre finden Sie im Internet unter http://www.statistik.rlp.de/verlag/berichte/A2033_200800_1j_L.pdf.

Höhere
Lebenserwar-
tung durch
medizinischen
Fortschritt

Als Ursache für die Steigerung der Lebenserwartung sind neben dem medizinischen Fortschritt auch die vermehrt durchgeführten Vorsorgeuntersuchungen, die bessere Erreichbarkeit der ärztlichen (Notfall-) Versorgung sowie die verstärkte gesundheitliche Aufklärung zu nennen. Globaler formuliert könnte man auch die allgemeine Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse anführen.

Regionale Unterschiede in der Lebenserwartung

Keine Berech-
nungen auf
Kreisebene

Für regionale Vergleiche der Sterblichkeit ist die Lebenserwartung nur mit Einschränkungen geeignet. Die nach Geschlecht und einzelnen Altersjahren differenzierte Analyse erfordert hinreichende Fallzahlen, die bei tieferer regionaler Gliederung nicht mehr gegeben sind. So scheidet auch eine Berechnung auf Kreisebene aus. Hier bietet sich das Verfahren der Altersstandardisierung an (siehe Fußnote 1).

Höchste Lebens-
erwartung
in Baden-
Württemberg

Unter allen Bundesländern ist die Lebenserwartung in Baden-Württemberg mit deutlichem Abstand am höchsten. Neugeborene Jungen haben dort im Vergleich zu Rheinland-Pfalz eine um 1,6 Jahre höhere Lebenserwartung, bei den Mädchen sind es 1,4 Jahre. Im Vergleich zum Bundesdurchschnitt bestehen nur geringe Unterschiede; in Rheinland-Pfalz ist die Lebenserwartung um 0,1 bzw. 0,5 Jahre niedriger (Sterbetafel 2005/07).

Die Unterscheidung nach alten und neuen Bundesländern zeigt markante Unterschiede. So weisen die neuen Bundesländer

eine deutlich höhere Sterblichkeit auf. An letzter Stelle stehen Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt. Im Vergleich zu Rheinland-Pfalz liegt dort die Lebenserwartung bei der Geburt um jeweils 1,9 (Jungen) und 0,2 bzw. 0,5 (Mädchen) Jahre niedriger. Eine Betrachtung im Zeitablauf zeigt aber, dass sich die Unterschiede verringert haben. Vergleichsweise niedrig ist die Lebenserwartung auch im Saarland und in Bremen.

Niedrige
Lebenserwar-
tung in den
neuen Ländern

Internationaler Vergleich

Im internationalen Vergleich zeigen sich große Unterschiede in der Lebenserwartung. Besonders niedrig ist sie in einigen afrikanischen Ländern. So haben nach einer Veröffentlichung der Vereinten Nationen in Zimbabwe geborene Jungen eine Lebenserwartung von 42,7 und Mädchen von 45,9 Jahren. In Afghanistan beträgt sie für beide Geschlechter 43 Jahre³⁾.

Lebenserwar-
tung niedrig in
Afrika ...

Besonders hoch ist die Lebenserwartung beispielsweise in Japan (79 bzw. 85,8) und Hongkong (79,4 bzw. 85,5), aber auch in Kanada (77,8 bzw. 82,6) und Martinique (75,4 bzw. 82,2).

... hoch u. a.
in Japan und
Kanada ...

Auch unter den europäischen Staaten nimmt Deutschland keine ausgesprochene Spitzenstellung ein⁴⁾. So liegt die durchschnittliche Lebenserwartung in der Schweiz für einen neugeborenen Jungen bei 78,9 und für Mädchen bei 83,9 Jahren. In Spanien beträgt sie 77 bzw. 83,5 Jahre und in Italien 77,9 bzw. 83,7 Jahre. Besonders hoch ist sie auch in den skandinavischen Ländern, z. B. in Schweden (78,7 bzw. 82,9) oder Finnland (75,8 bzw. 82,8). Im Vergleich zum Durchschnitt der Europäischen Union lag die Lebenserwartung in Deutschland im Jahr 2003 bei neugeborenen Jungen um 1,2 Jahre und bei neugeborenen Mädchen um 0,5 Jahre höher⁵⁾.

...aber auch in
Europa

3) Vgl. <http://unstats.un.org/unsd/demographic/sconcerns/mortality/mort2.htm>. Der Vergleich ist eingeschränkt, da sich die Angaben zum Teil auf unterschiedliche Kalenderjahre beziehen.

4) Die hier vorliegenden Angaben sind durchweg aktueller und fallen damit tendenziell höher aus.

5) Vgl. Eurostat (Hrsg.): Europa in Zahlen – Eurostat Jahrbuch 2008, S. 54.

Ausblick

Zukünftig
weiter stei-
gende Lebens-
erwartung

In welcher Weise sich die Lebenserwartung zukünftig entwickeln wird, ist aus den verschiedensten Gründen von großem Interesse. Die Ausrichtung der Gesundheits- und Sozialsysteme wird entscheidend durch die voraussichtliche weitere Entwicklung der Zahl und der Struktur älterer Menschen in der Gesellschaft beeinflusst.

Im Allgemeinen wird eine weiterhin deutliche Zunahme der Lebenserwartung angenommen. Die bereits jetzt in anderen Ländern vorliegenden günstigeren Werte stützen solche Vermutungen. Die Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen

Landesamtes geht von einem Anstieg der Lebenserwartung um sieben Jahre bis zum Jahr 2050 aus. Auf Bundesebene vorliegende Bevölkerungsprojektionen unterstellen zum Teil auch deutlich stärkere Zuwächse. Dabei muss jedoch auch die Frage aufgeworfen werden, inwieweit solche Entwicklungen, die nicht zuletzt auch einen weiteren Ausbau des Gesundheitssystems unterstellen, finanziert werden können.

Günter Ickler, Diplom-Ökonom,
leitet das Referat „Bevölkerung,
Gebiet, Soziale Leistungen, Gesund-
heit, Rechtspflege“

Die allgemeine Weiterbildung 2008

Mehr als die Hälfte der Weiterbildungsmaßnahmen vom Verband der Volkshochschulen durchgeführt



Von Bettina Link

In den vergangenen 30 Jahren hat sich die Weiterbildung zu einem der zentralen Themen der Bildungspolitik entwickelt. „Lebenslanges Lernen“ ist inzwischen zu einem Leitmotiv der modernen Wissensgesellschaft geworden. Der technologische Fortschritt, ein dynamischerer Arbeitsmarkt und die sich zunehmend schneller vollziehenden gesellschaftlichen Wandlungsprozesse bewirken, dass das in der Schul- und Ausbildungszeit erworbene Wissen oft nicht mehr ausreicht. Neben der beruflichen Qualifizierung kann Weiterbildung auch die persönliche Entwicklung fördern. Entsprechende Angebote bieten unter anderen die staatlich anerkannten Träger der Weiterbildung.

Erste Volkshochschulen in Rheinland-Pfalz zu Beginn des 20. Jahrhunderts

Begriff der Weiterbildung in den 1970er-Jahren geprägt

Der Begriff der Weiterbildung wurde in den 1970er-Jahren vom deutschen Bildungsrat geprägt, um die verschiedenen Bereiche des Lernens nach der Erstausbildung zu erfassen. Weiterbildung ist demnach die Fortsetzung oder Wiederaufnahme des organisierten Lernens nach Abschluss der ersten Bildungsphase, die in der Regel mit dem Eintritt in die volle Erwerbs- oder Familientätigkeit endet.

Volkshochschule Kaiserslautern bereits 1904 gegründet

Die Entstehungsgeschichte der Erwachsenenbildung in Rheinland-Pfalz reicht weiter zurück. So entstanden die ersten rheinland-pfälzischen Volkshochschulen bereits zu Beginn des 20. Jahrhunderts. Eine der ältesten rheinland-pfälzischen Volksbil-

dungseinrichtungen ist die Volkshochschule Kaiserslautern, die im Jahr 1904 gegründet wurde.

Seit 1947 ist die Erwachsenenbildung in Rheinland-Pfalz als sozialpolitisches Anliegen in der Verfassung verankert (Artikel 37). Danach fördern Staat und Gemeinden das „Volksbildungswesen“ einschließlich der Bibliotheken und der Volkshochschulen.

Eine gesetzliche Grundlage erhielt die Weiterbildung mit dem 1975 verabschiedeten und 1995 novellierten Landesgesetz zur Neuordnung und Förderung der Weiterbildung in Rheinland-Pfalz (GVBl. 1995, S.454 ff.). Die Bedeutung des Gesetzes lag vor allem in der Festlegung von Fördermöglichkeiten. Diese ermöglichten ab Mitte der 1970er-Jahre den

Weiterbildungsgesetz 1975 verabschiedet

Ausbau des rheinland-pfälzischen Weiterbildungssektors.

Das Weiterbildungsgesetz (WBG) definiert die Weiterbildung als eigenständigen Bereich des Bildungswesens, der gleichberechtigt neben Schule, Hochschule, Berufsausbildung und der außerschulischen Jugendbildung Angebote der allgemeinen, politischen und beruflichen Weiterbildung zur Verfügung stellt.

Weiterbildungsangebote sollen Verwirklichung des Bildungsbedarfs sichern

Weiterbildungsangebote sollen bedarfsgerecht und flächendeckend zur Verfügung stehen und so jedem Bürger die Verwirklichung seines Bildungsbedarfs ermöglichen. Hierdurch sollen Bildungsdefizite abgebaut, vorhandenes Wissen ergänzt und die Chancengerechtigkeit erhöht werden. Darüber hinaus soll Weiterbildung, so die Formulierung im WBG, den Bürger „zu eigenverantwortlichem und selbstbestimmten Handeln im privaten und öffentlichen Leben sowie zur Mitwirkung und Mitverantwortung im beruflichen und öffentlichen Leben befähigen“.

Weiterbildungsgesetz legt Kriterien für die staatliche Förderung fest

Im Weiterbildungsgesetz wurden auch die Kriterien festgelegt, die Weiterbildungseinrichtungen erfüllen müssen, um staatlich anerkannt zu werden und sich für die staatliche Förderung zu qualifizieren. Hierfür müssen die Organisationen durch Art und Umfang der Tätigkeit, Struktur und Organisation sowie durch räumliche, sachliche und personelle Ausstattung eine planmäßige und kontinuierliche Weiterbildung gewährleisten. Träger der Weiterbildung können kommunale Gebietskörperschaften, freie Träger oder das Land sein. Einzelne Träger können sich zu überregionalen Landesorganisationen zusammenschließen.

Sieben anerkannte Weiterbildungsorganisationen

Zurzeit gibt es in Rheinland-Pfalz sieben staatlich anerkannte Landesorganisationen der Weiterbildung. Diese sind

- die Arbeit & Leben Rheinland-Pfalz gGmbH¹⁾,
- das Bildungswerk des Landessportbundes,
- die Evangelische Landesarbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung,
- die Katholische Landesarbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung,
- die Landesarbeitsgemeinschaft „Anderes Lernen“,
- die Landesvereinigung für ländliche Erwachsenenbildung und
- der Verband der Volkshochschulen.

Die statistische Erfassung der Arbeit dieser staatlich anerkannten Weiterbildungsorganisationen erfolgt jährlich durch den Landesbeirat für Weiterbildung. Die Zusammenfassung und Veröffentlichung der Ergebnisse übernimmt seit 1978 das Statistische Landesamt Rheinland-Pfalz.

Neben den staatlich anerkannten Organisationen bieten auch andere Einrichtungen – beispielsweise Hochschulen oder private Träger – Weiterbildungsmaßnahmen an. Diese Angebote werden in der auf dem Weiterbildungsgesetz basierenden Weiterbildungsstatistik jedoch nicht erhoben. Gleiches gilt für die Aktivitäten der anerkannten Institutionen, die nicht nach dem Weiterbildungsgesetz gefördert werden.

Verband der Volkshochschulen größter Anbieter

Im Jahr 2008 wurden von den sieben staatlich anerkannten Weiterbildungsorganisationen in Rheinland-Pfalz insgesamt 47 169 Weiterbildungsmaßnahmen durchgeführt. Größter Anbieter war der Verband der

47 169 Weiterbildungsmaßnahmen

1) Bisher Landesarbeitsgemeinschaft für politische Bildung „Arbeit und Leben“.

Weitere Quellen für statistische Informationen zur Weiterbildung

Die Quellen für statistische Informationen zur Weiterbildung sind vielfältig. Im Folgenden sind einige Quellen benannt:

Ergänzende Daten zur Weiterbildung finden sich beispielsweise in der Statistik über die Gasthörer an Hochschulen, in der Berufsbildungsstatistik und im Mikrozensus.

Auch die Bundesagentur für Arbeit erhebt regelmäßig Daten zu den von ihr geförderten Weiterbildungsmaßnahmen.

Umfangreiche statistische Informationen zur betrieblichen Weiterbildung liefert die fünfjährlich durchgeführte „Europäische Erhebung über die berufliche Weiterbildung in Unternehmen“, die im Jahr 2011 das vierte Mal durchgeführt wird.

Volkshochschulen. Dieser organisierte im vergangenen Jahr 24 507 Bildungsmaßnahmen und damit mehr als die Hälfte aller Veranstaltungen (52%). Auch in Bezug auf die erteilten Weiterbildungsstunden (73,4%) und die Zahl der Teilnehmenden (42,8%) liegen die Einrichtungen des Verbandes der Volkshochschulen deutlich vorn.

Gut 13% der Veranstaltungen wurden von der Evangelischen Landesarbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung angeboten, 12,7% aller Maßnahmen entfielen auf die Landesvereinigung für ländliche Erwachsenenbildung und 12% organisierte die Katholische Landesarbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung.

Längerfristige Veranstaltungen überwiegen

Unter den angebotenen Weiterbildungsmaßnahmen waren längerfristige Veranstaltungen wie Kurse, Lehrgänge und Seminare am stärksten vertreten (55,8%). Einzelveranstaltungen wie Vorträge und Vortragsreihen mit weniger als acht Weiterbildungsstunden hatten einen Anteil von 41,5%. Lediglich 2,7% aller Veranstaltungen erfolgten mit internatsmäßiger Unterbringung.

2,7% der Veranstaltungen mit internatsmäßiger Unterbringung

Auch gemessen an der Zahl der erteilten Stunden sind die längerfristigen Maßnahmen mit Abstand am bedeutendsten. Mehr als 87% aller Stunden wurden in längerfristigen Maßnahmen erteilt.

Bei den einzelnen Landesorganisationen haben die verschiedenen Veranstaltungs-

T 1

Landesorganisationen der Weiterbildung 2008 nach Veranstaltungen, Weiterbildungsstunden und Teilnehmenden

Landesorganisation	Veranstaltungen		Weiterbildungsstunden		Teilnehmende		Anteil der Teilnehmenden in %
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	
Arbeit & Leben Rheinland-Pfalz gGmbH	435	0,9	10 669	1,4	6 884	0,9	37,6
Bildungswerk des Landessportbundes	3 283	7,0	58 324	7,6	39 584	5,2	71,8
Evangelische Landesarbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung	6 276	13,3	38 238	5,0	123 791	16,3	78,1
Katholische Landesarbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung	5 654	12,0	53 496	7,0	107 316	14,1	71,7
Landesarbeitsgemeinschaft „Anderes Lernen“	1 014	2,1	15 490	2,0	12 927	1,7	77,0
Landesvereinigung für ländliche Erwachsenenbildung	6 000	12,7	26 631	3,5	144 506	19,0	89,5
Verband der Volkshochschulen	24 507	52,0	560 237	73,4	325 682	42,8	66,9
Insgesamt	47 169	100	763 085	100	760 690	100	73,9

T 2

Weiterbildungsmaßnahmen 2008 nach Landesorganisationen und Arten der Weiterbildung

Landesorganisation	Insgesamt	Einzelmaßnahmen		Längerfristige Maßnahmen		Maßnahmen mit internatsmäßiger Unterbringung	
	Anzahl		%	Anzahl	%	Anzahl	%
Arbeit & Leben Rheinland-Pfalz gGmbH	435	228	52,4	59	13,6	148	34,0
Bildungswerk des Landessportbundes	3 283	313	9,5	2 822	86,0	148	4,5
Evangelische Landesarbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung	6 276	4 902	78,1	1 185	18,9	189	3,0
Katholische Landesarbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung	5 654	3 479	61,5	1 834	32,4	341	6,0
Landesarbeitsgemeinschaft „Anderes Lernen“	1 014	509	50,2	422	41,6	83	8,2
Landesvereinigung für ländliche Erwachsenenbildung	6 000	5 515	91,9	361	6,0	124	2,1
Verband der Volkshochschulen	24 507	4 626	18,9	19 646	80,2	235	1,0
Insgesamt	47 169	19 572	41,5	26 329	55,8	1 268	2,7

arten eine unterschiedliche Gewichtung. Während beispielsweise die Landesvereinigung für ländliche Erwachsenenbildung überwiegend Einzelveranstaltungen anbietet (92%), organisieren das Bildungswerk des Landessportbundes und der Verband der Volkshochschulen vor allem längerfristige Maßnahmen, teilweise auch mit internatsmäßiger Unterbringung (90,5% bzw. 81%).

Sprachkurse am beliebtesten

28,6% aller Weiterbildungsstunden im Bereich Sprachen erteilt

Den Schwerpunkt der Weiterbildungsarbeit bildeten Veranstaltungen aus dem Themenbereich „Sprachen“. Diese machten mit 218 231 erteilten Weiterbildungsstunden deutlich mehr als ein Viertel (28,6%) der Weiterbildungstätigkeit der staatlich anerkannten Organisationen aus. An zweiter Stelle findet sich das Themengebiet „Gesundheit, Hauswirtschaft, Ernährung“ (22,3%), gefolgt von „Kunst, kreativem Gestalten, Freizeitbildung“ und „sachgebietsübergreifenden Maßnahmen“ (jeweils 11,5%). Mit dem Ziel der Vermittlung von Schulabschlüssen wurden 36 844 Weiterbildungsstunden erteilt (4,8%).

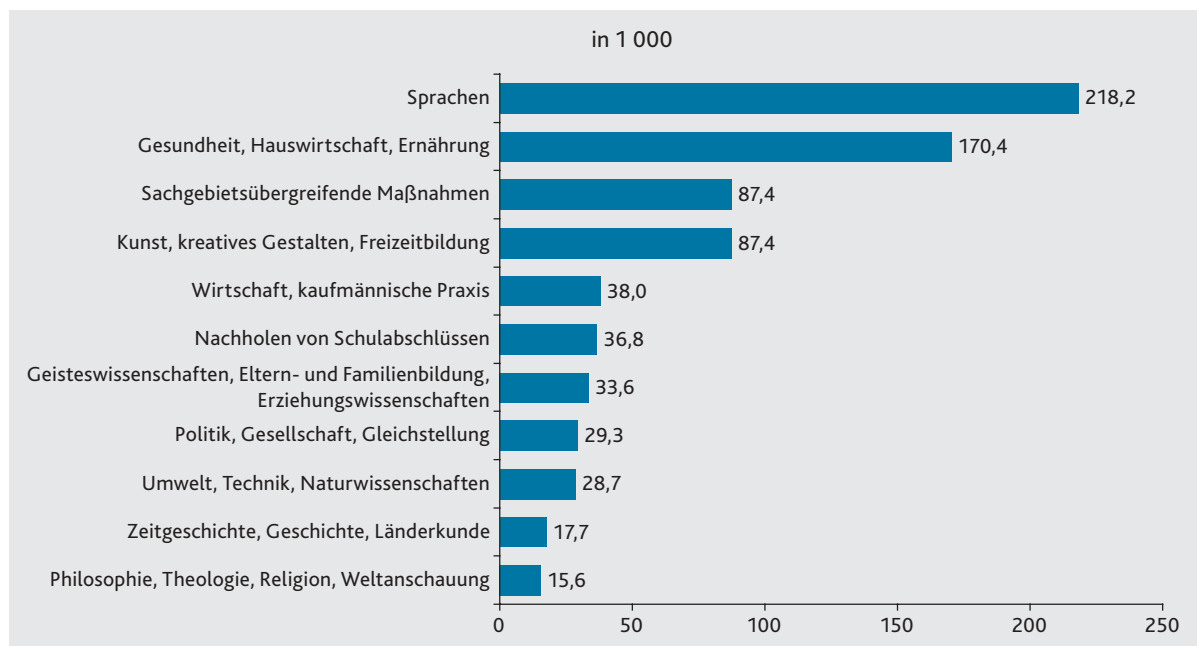
Viele Veranstaltungen im Bereich „Gesundheit, Hauswirtschaft, Ernährung“

Wird nicht die Zahl der absolvierten Stunden, sondern die der organisierten Maßnahmen betrachtet, zeigen sich insgesamt andere Themenschwerpunkte. So befassten sich fast ein Drittel aller Veranstaltungen mit den Themen „Gesundheit, Hauswirtschaft und Ernährung“ (30%). Der Bereich „Sprachen“ kommt mit 7 048 Veranstaltungen auf einen Anteil von 14,9%, gefolgt von dem Bereich „Kunst, kreatives Gestalten und Freizeitbildung“ (14,5%).

Entsprechend ihrer individuellen Zielsetzungen wählten die Träger bei ihrer Arbeit unterschiedliche Themenschwerpunkte. Während sowohl die Evangelische als auch die Katholische Landesarbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung viele Veranstaltungen aus den Themenbereichen „Philosophie, Theologie, Religion, Weltanschauung“ anboten, lag beispielsweise der Schwerpunkt der Arbeit & Leben Rheinland-Pfalz gGmbH im Bereich „Politik, Gesellschaft und Gleichstellung“.

G 1

Weiterbildungsstunden 2008 nach Themenbereichen



Angebote vor allem von Frauen genutzt

73,9% aller
Weiterbildungs-
teilnehmenden
sind Frauen

Traditionell werden die Weiterbildungsangebote der staatlich anerkannten Träger überproportional häufig von Frauen genutzt. Im vergangenen Jahr waren etwa drei Viertel aller Teilnehmenden weiblich (73,9%). Dieser Anteil ist seit Jahren nahezu unverändert. Bei den verschiedenen Trägern variiert der Frauenanteil jedoch deutlich. Er reicht von 37,6% bei der Arbeit & Leben Rheinland-Pfalz gGmbH bis zu 89,5% bei der Landesvereinigung für ländliche Erwachsenenbildung. Diese Differenzen werden vor allem durch die trägerspezifisch angebotenen Themenspektren begünstigt, die bei Frauen und Männern auf unterschiedliches Interesse stoßen.

So besuchte beispielsweise ein großer Anteil der Weiterbildungsteilnehmerinnen Veranstaltungen zu den Themen „Gesundheit, Hauswirtschaft und Ernährung“ (31,5%). Von den männlichen Teilnehmern wählten

hingegen nur 15,7% eine Veranstaltung aus diesem Bereich. Etwas häufiger als bei den Frauen fiel unter den männlichen Teilnehmern die Wahl auf Veranstaltungen zu den Themenbereichen „Wirtschaft und kaufmännische Praxis“ (7,4%) sowie „Umwelt, Technik und Naturwissenschaften“ (6,6%). Lediglich 3,1% beziehungsweise 3,7% der Teilnehmerinnen wählten Angebote aus diesen Themenbereichen.

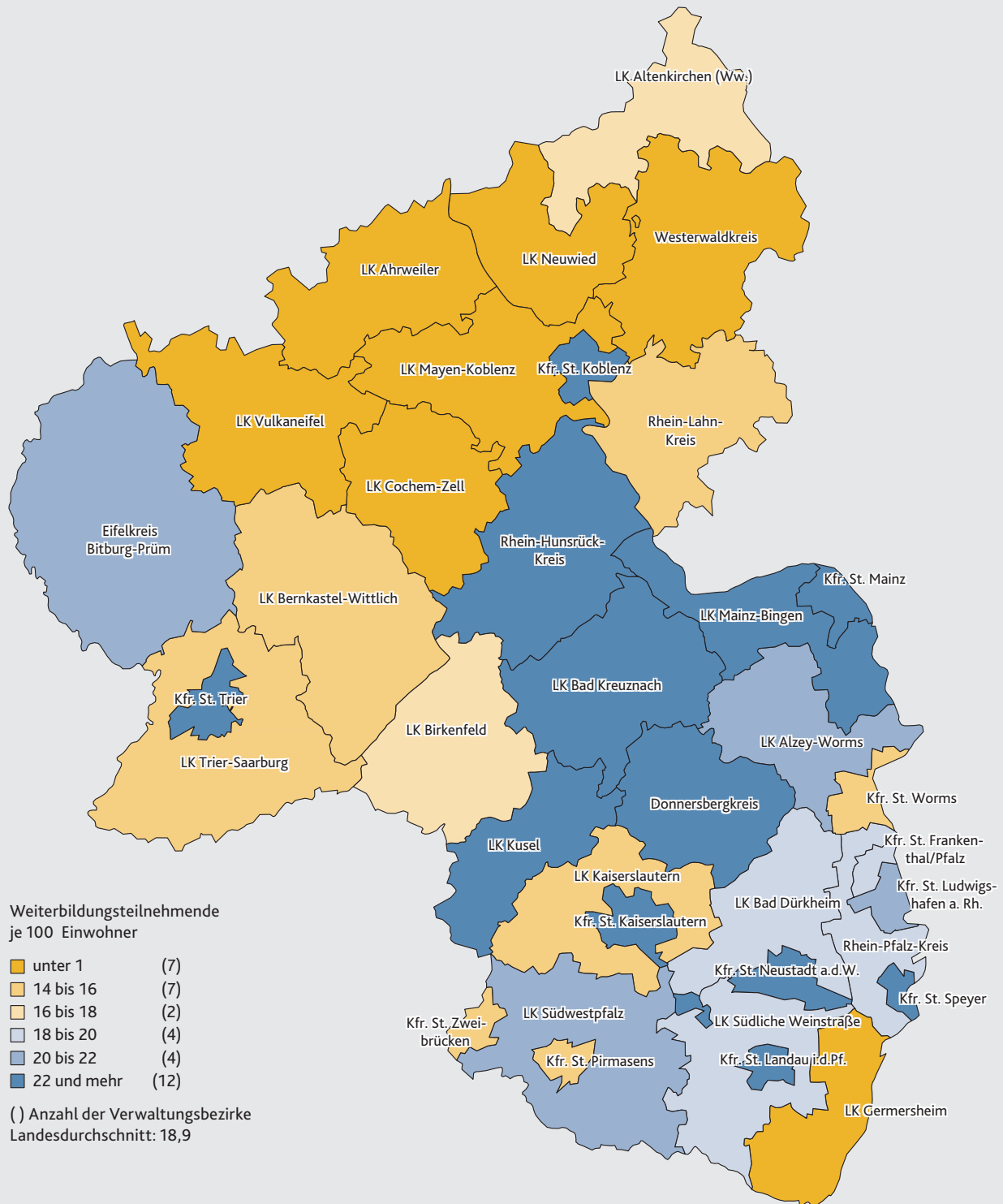
Viele Teilnehmende im Landkreis Kusel

Insgesamt nahmen im vergangenen Jahr 760 690 Personen die Angebote der anerkannten Weiterbildungsorganisationen wahr. Gemessen an der Zahl der Einwohner besuchte also etwa jeder fünfte Rheinland-Pfälzer eine Veranstaltung im Rahmen der Erwachsenenbildung. Bei der Interpretation dieser Daten muss jedoch beachtet werden, dass es sich bei der Zahl der Teilnehmenden um Teilnahmefälle handelt und nicht um einzelne Personen. Das heißt, dass eine

2008 ins-
gesamt 760 690
Weiter-
bildungsteil-
nehmende

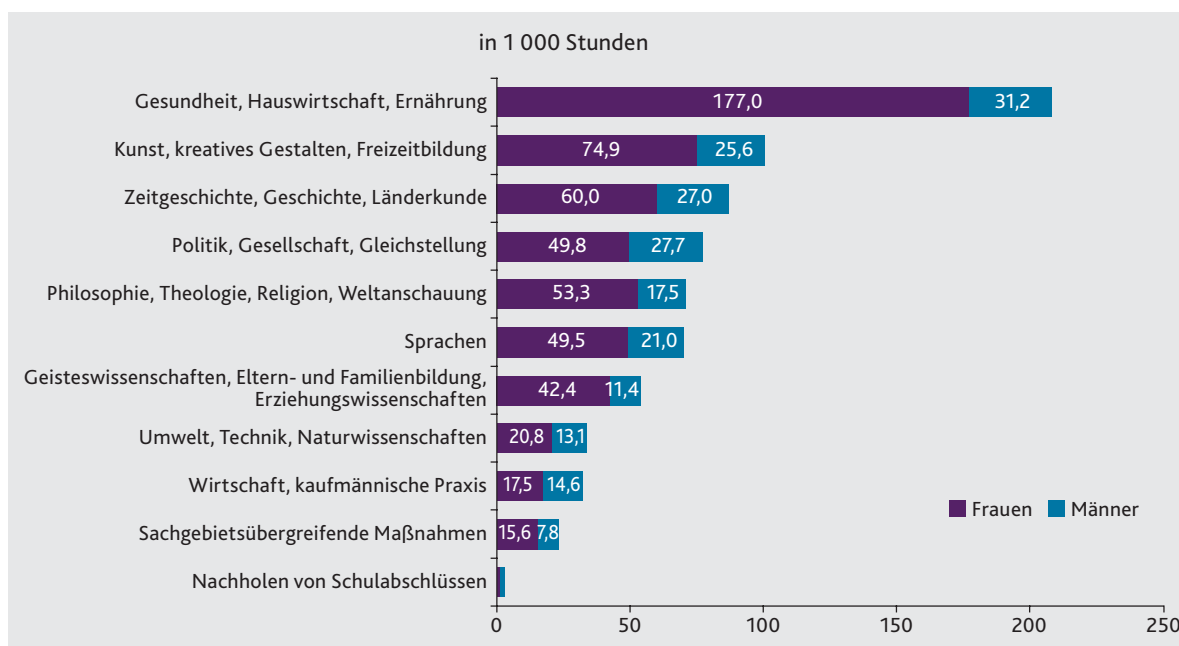
G 3

Weiterbildungsteilnehmende 2008 in den kreisfreien Städten und Landkreisen



G 2

Teilnehmende an Weiterbildungsmaßnahmen 2008 nach Geschlecht und Themenbereichen



Person, die innerhalb eines Jahres mehrere Veranstaltungen besucht, auch mehrfach gezählt wird.

Die Weiterbildungsteilnahme variiert zwischen den kreisfreien Städten und Landkreisen. Bezogen auf die Bevölkerungszahl gibt es die meisten Weiterbildungsteilnehmenden im Landkreis Kusel. Pro 100 Einwohner gab es hier 30,1 Weiterbildungsteilnehmende. Besonders hoch war die Weiterbildungsteilnahme auch in Koblenz (29,3) und im Donnersbergkreis (28,5). Relativ wenige Teilnehmende verzeichneten der Kreis Cochem-Zell (9,2) und der Westerwaldkreis (10,9).

Land stellt 8 Mill. Euro für Weiterbildung bereit

Zur Förderung der Weiterbildung wurden im Jahr 2008 insgesamt mehr als 8 Mill. Euro in

den rheinland-pfälzischen Landeshaushalt eingestellt. Hiervon war der mit Abstand größte Teil – 7,3 Mill. Euro – für die Förderung der anerkannten Landesorganisationen der Weiterbildung veranschlagt. Weitere 356 000 Euro wurden den staatlich anerkannten Organisationen für Veranstaltungen zum Nachholen von Schulabschlüssen zur Verfügung gestellt. Die übrigen Mittel entfielen unter anderem auf Ausgleichserstattungen nach dem Bildungsfreistellungs-gesetz, Zuschüsse für Modellprojekte und für die regionalen Weiterbildungszentren.

Bettina Link, Diplom Soziologin, Mag. rer. publ., ist Referentin im Referat Bildung

Wirtschaft in Rheinland-Pfalz

Von Dr. Ludwig Böckmann und Thomas Kirschey

ifo Geschäftsklimaindex steigt zum siebten Mal in Folge

Leichter Anstieg des ifo Index

Die Stimmung in der deutschen Wirtschaft hat sich im Oktober weiter verbessert, allerdings nur schwach. Der ifo Geschäftsklimaindex erhöhte sich lediglich um 0,6 Zähler auf 91,9 Punkte. Damit setzte sich der Aufwärtstrend der vergangenen Monate fort.

Nur schwache Verbesserung der Lagebeurteilung

Die Lagebeurteilung der Unternehmen fiel nur geringfügig besser aus als im September. Der Lageindex stieg von 87,1 auf 87,3 Punkte. Der Erwartungsindex erhöhte sich dagegen deutlicher, und zwar von 95,7 auf 96,8 Punkte.

Die Erholung bleibt nach Einschätzung des ifo Instituts zögerlich. Nach wie vor gibt es Risiken für die weitere konjunkturelle Entwicklung. Durch die auslaufenden Konjunkturprogramme und den erwarteten Anstieg der Arbeitslosigkeit könnte die wirtschaftliche Entwicklung erneut unter Druck geraten.

Verbessertes Geschäftsklima im verarbeitenden Gewerbe

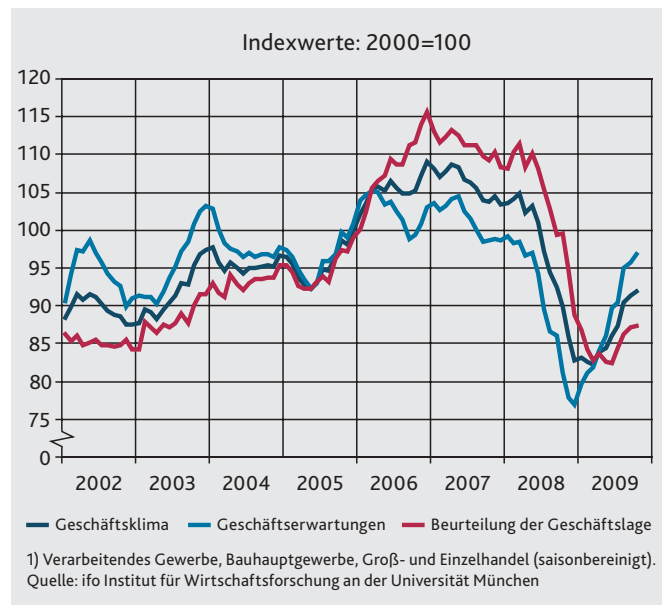
Im verarbeitenden Gewerbe gab es zum siebten Mal in Folge eine Verbesserung des Geschäftsklimas. Die Industrieunternehmen haben sowohl ihre Geschäftslage als auch ihre Geschäftserwartungen günstiger beurteilt als noch im September.

Leichte Stimmungsaufhellung im Baugewerbe

Im Bauhauptgewerbe hat sich die Stimmung nur minimal verbessert. Die Lagebeurteilung fiel etwas schlechter aus, dafür gab es bei den Bauunternehmern etwas günstigere Geschäftserwartungen für die nächsten Monate.

Stand:
Oktober
2009

ifo Geschäftsklima Deutschland
ifo Konjunkturtest Gewerbliche Wirtschaft¹⁾



Im Einzelhandel hat sich die Stimmung deutlich eingetrübt. Dies lag vor allem an einer im Vergleich zum Vormonat wesentlich ungünstigeren Lagebeurteilung. Aber auch die Geschäftserwartungen fielen schlechter aus als im September.

Uneinheitliche Entwicklung im Handel

Im Großhandel hat sich das Geschäftsklima aufgehellt. Die Großhändler beurteilten zwar ihre Geschäftserwartungen ungünstiger als im Vormonat, dafür fiel aber die Beurteilung ihrer Geschäftslage besser aus.

Auftragseingänge im verarbeitenden Gewerbe weiter rückläufig

Für Rheinland-Pfalz zeigen die quantitativen Indikatoren nach wie vor eine angespannte konjunkturelle Lage. Verfügbar sind zurzeit

Auftragseingänge des verarbeitenden Gewerbes: -29%

Indikatoren für die ersten acht Monate des Jahres. Im Berichtsmonat August 2009 liegen die Auftragseingänge um 24% unter dem Vorjahresniveau. Gegenüber dem Vormonat gab es ein Minus von 11,5%. Allerdings wurden auch in den vorangegangenen Jahren im Urlaubsmonat August fast durchgängig niedrigere Auftragseingänge als im Juli registriert. Der Wert des gleitenden Drei-Monats-Durchschnitts für den Juli 2009 (in den die Originalwerte für die Monate Juni, Juli und August einfließen) lag um 29% unter dem des Vorjahres. Damit war der Rückgang deutlich niedriger als noch im Mai (-37%) und im Juni (-33%).

Auslandsaufträge sinken im Vorjahresvergleich stärker als Inlandsaufträge

Im Berichtsmonat August 2009 sind die Auftragseingänge aus dem Inland gegenüber dem Vormonat um 9,2% gesunken, die ausländische Nachfrage hat sich sogar um 13,6% verschlechtert. Im Vorjahresvergleich ist bei den Auslandsaufträgen ebenfalls nach wie vor ein stärkerer Rückgang zu verzeichnen. Im gleitenden Drei-Monats-Durchschnitt ging die heimische Nachfrage im Juli 2009 um 25% (Juni: -27%) und das Ordervolumen aus dem Ausland um 33% (Juni: -37%) zurück.

Auftragseingänge in der chemischen Industrie gehen um 39,5% zurück

Im Wirtschaftszweig „Herstellung von chemischen Erzeugnissen“ (Anteil am Umsatz des verarbeitenden Gewerbes: 28%) war es im September 2008 erstmals seit Januar 2004 wieder zu einem Rückgang der Nachfrage gekommen. Seit dem Berichtsmonat März 2009 hat sich die Auftragslage gegenüber dem jeweiligen Vormonat verbessert. Trotzdem verharrt der Rückgang des gleitenden Drei-Monats-Durchschnitts im Vorjahresvergleich weiterhin auf einem hohem Niveau. Im Juli 2009 verminderten sich die Auftragseingänge gegenüber dem Juli des Vorjahres um 39,5%, nach -43% im Juni.

Die kräftige Einbuße ist von Nachfragerückgängen sowohl im Inland (-35%) als auch im Ausland (-43%) verursacht worden.

Der Wirtschaftszweig „Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen“, der etwa 17% zum Gesamtumsatz des rheinland-pfälzischen verarbeitenden Gewerbes beisteuert, ist besonders stark von der Wirtschaftskrise betroffen. Die Ordervolumen sinken hier seit Februar 2008. Der gleitende Drei-Monats-Durchschnitt der Auftragseingänge ging nun im Juli 2009 mit -37,5% noch einmal deutlich schwächer zurück als im Juni (-45%). Die inländische Nachfrage nach Fahrzeugen und Komponenten verringerte sich um 30%. Die schlechte Gesamtsituation wird allerdings nach wie vor durch den kräftigen Einbruch bei den Auslandsaufträgen (-44%) bestimmt.

Fahrzeugbau: Rückgang der Auftragseingänge schwächt sich leicht ab

Im Maschinenbau (Anteil am Umsatz des verarbeitenden Gewerbes: 10%) kam es im Berichtsmonat August 2009 zu einem kräftigen Auftragsminus von 17% gegenüber dem Vormonat. Hier hatte es vor allem im Berichtsmonat Juni aufgrund einiger Großaufträge ein deutlich höheres Auftragsvolumen gegeben. Im gleitenden Drei-Monats-Durchschnitt sanken die Bestellungen im Juli 2009 im Vergleich zum Juli des Vorjahres um 37% und damit genauso so kräftig wie im Juni. Die heimische Nachfrage ist mit -36% etwas schwächer gesunken als die Auslandsnachfrage. Diese blieb um 38,5% hinter dem Vorjahreswert zurück.

Auftragseingänge im Maschinenbau 37% niedriger als im Vorjahr

Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe wieder gesunken

Im Bauhauptgewerbe sind die Auftragseingänge im Juli 2009 gegenüber Juli 2008 „geglättet“ um 2,5% gesunken. Damit war das Minus etwa so hoch wie von April bis

Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe sinken um 2,5%

Juni. Davor hatte es neun Monate in Folge Zuwachsraten gegeben. Im Tiefbau war zwar im Drei-Monats-Durchschnitt ein Anstieg von 12% zu verzeichnen. Dieser wurde allerdings durch den Rückgang um 20% im Hochbau überkompensiert. Zu berücksichtigen ist dabei, dass gerade im Bauhauptgewerbe selbst die gleitenden Durchschnittswerte häufig noch durch Großaufträge in einzelnen Berichtsmonaten geprägt werden. Der Anteil des Tiefbaus am gesamten baugewerblichen Umsatz lag 2008 bei 51%, der des Hochbaus entsprechend bei 49%.

Zahl der Baugenehmigungen geht deutlich zurück

Die Zahl der Baugenehmigungen im Wohnungsbau ist im Juli 2009 mit –28,5% im Drei-Monats-Durchschnitt deutlich stärker gesunken als im Mai (–17%) und im Juni (–15%). Im April 2009 hatte es – erstmals seit Juli 2008 – noch einen Anstieg von 5,7% gegeben.

Umsatz im Einzelhandel unverändert – Rückgänge im Großhandel und im Gastgewerbe

Umsatz im Einzelhandel auf Vorjahresniveau

Die Einzelhandelsumsätze (ohne Kraftfahrzeughandel) wiesen im Juli 2009 im gleitenden Drei-Monats-Durchschnitt (in den die Originalwerte für die Monate Juni, Juli und August einfließen) keine Veränderung gegenüber Juli 2008 auf. Im Juni hatte es im Vorjahresvergleich einen leichten realen Rückgang von 0,6% gegeben.

Leichter Umsatzzuwachs im Kfz-Handel

Die Umsätze im Kraftfahrzeughandel stiegen im Drei-Monats-Durchschnitt im Juli 2009 gegenüber Juli 2008 um 0,6%. Zuvor war in den Monaten Mai und Juni ein Umsatzrückgang von 4,1 bzw. 1,2% registriert worden. Allerdings kam der Berichtsmonat August nicht an das hohe Umsatzniveau der Monate von März bis Juli 2009 heran. Im Vormonatsvergleich gab es sogar ein Minus von 11%.

Erläuterungen

Der **ifo Geschäftsklimaindex** für die gewerbliche Wirtschaft gilt als wichtiger qualitativer Frühindikator für die Konjunktur in Deutschland. Für seine Ermittlung befragt das Münchener ifo Institut monatlich etwa 7 000 Unternehmen.

Die **Auftragseingänge** sind quantitative Frühindikatoren der Konjunkturentwicklung; sie laufen der Konjunktur um mehrere Monate voraus. Die Beobachtung der Frühindikatoren ermöglicht einen gewissen Ausblick auf die künftige konjunkturelle Entwicklung.

Da die Auftragseingänge des verarbeitenden Gewerbes, etwa aufgrund von Großaufträgen, von Monat zu Monat stark schwanken können, wird zur Konjunkturbeurteilung üblicherweise der gleitende Drei-Monats-Durchschnitt herangezogen.

Die **Handelsumsätze** – vor allem die Einzelhandelsumsätze – gelten als Einzelindikatoren, die fast zeitgleich mit der Konjunktur laufen. Auch hier wird üblicherweise zur Konjunkturbeobachtung mit gleitenden Drei-Monats-Durchschnitten gearbeitet, um starke monatliche Schwankungen zu glätten.

Preisindizes – insbesondere der Index der Verbraucherpreise – gelten als Spannungsindikatoren, welche die „Erhitzung“ oder „Entspannung“ der Konjunktur anzeigen.

Die **Zahl der Arbeitslosen** ist in Deutschland ein nachlaufender Indikator, der weniger über die künftige konjunkturelle Entwicklung aussagt, dafür aber einen wichtigen Gesamtindikator für die Wirtschaftspolitik darstellt.

Deutlich
sinkende
Umsätze im
Großhandel

Die Umsätze im Großhandel sanken im Juli 2009 gegenüber Juli 2008 real um 5,6% (Rückgang des gleitenden Drei-Monats-Durchschnitts). Im Juni war es im Vorjahresvergleich zu einem Umsatzminus von 4,8% gekommen.

Weiterhin
Umsatz-
einbußen im
Gastgewerbe

Im Gastgewerbe lagen Umsätze der Hotels, Pensionen, Gaststätten usw. im Juli 2009 preisbereinigt um 3,4% unter dem Vorjahreswert (Veränderung der geglätteten Monatsumsätze). Im Juni waren die Umsätze im Vorjahresvergleich um 2,6% gesunken.

Verbraucherpreisindex im Oktober leicht gesunken

Sinkende
Kraftstoff- und
Haushalts-
energiepreise
tragen wesent-
lich zum Preis-
rückgang bei

Der rheinland-pfälzische Verbraucherpreisindex ist im Oktober 2009 im Vergleich zum Vormonat um 0,1% gestiegen. Gegenüber dem Oktober des Vorjahres ist er dagegen um 0,1% gesunken und damit zum sechsten Mal in Folge rückläufig. Im Mai 2009 waren die Verbraucherpreise erstmals – seit der Berechnung eines eigenen Index für Rheinland-Pfalz im Jahre 1995 – im Vorjahresvergleich gesunken. Zu dem Rückgang trugen auch im Oktober insbesondere die im Vorjahresvergleich kräftig gesunkenen Preise für Haushaltsenergie (-7,4%) und Kraftstoffe (-4,5%) bei.

Preisentwick-
lungen in den
Waren- und
Dienstleis-
tungsgruppen
uneinheitlich

Die höchsten Preisanstiege im Vorjahresvergleich gab es im Oktober 2009 in den Indexhauptgruppen „Alkoholische Getränke und Tabakwaren“ (+3,1%) sowie „Bekleidung und Schuhe“ (+2,7%). Dagegen waren die Preise in den Bereichen „Wohnung, Wasser, Strom, Gas u. a. Brennstoffe“ (-1,3%), „Nachrichtenübermittlung“ (-1,4%) sowie „Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke“ (-3,8%) niedriger als im Oktober 2008. Ein besonders starker Rückgang der Preise war im Bereich „Bildungswesen“ (-19%) zu verzeichnen. Die-

ser wird durch die schrittweise Abschaffung von Kindergartenbeiträgen verursacht.

Arbeitslosenzahl im Oktober weiter zurückgegangen

Die Arbeitslosigkeit hat sich im Oktober überraschend deutlich verringert. Insgesamt waren im Berichtsmonat 117 400 Frauen und Männer arbeitslos gemeldet; das waren 4 900 weniger als im September. Im Vergleich zum Oktober 2008 ergab sich allerdings ein deutlicher Anstieg der Arbeitslosenzahl um 10 500 bzw. 9,9%. Hierin spiegelt sich der kräftige Konjunkturabschwung wider.

Zahl der
Arbeitslosen
sinkt über-
raschend
deutlich

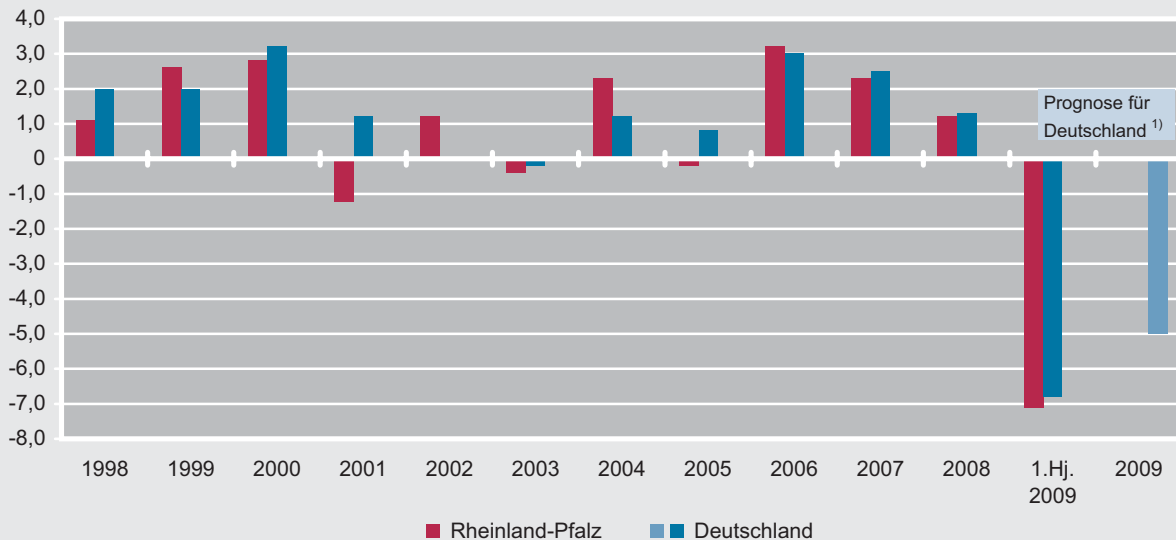
Die Arbeitslosenquote, d. h. der Anteil der Arbeitslosen an allen zivilen Erwerbspersonen, belief sich im Oktober 2009 auf 5,6%. Im Vergleich zum Vormonat sank sie um 0,2 Prozentpunkte. Gegenüber Oktober 2008 ist die Quote um 0,5 Prozentpunkte gestiegen.

Arbeitslosen-
quote 5,6%

Die Regionaldirektion der Bundesagentur für Arbeit führt den deutlichen Rückgang der Arbeitslosigkeit zum einen auf eine leichte Stimmungsverbesserung in den Unternehmen zurück. Dies könnte den Druck zu Personalanpassungen etwas gemindert haben. Ein weiterer, gewichtiger Grund ist die verstärkte Nutzung von Fördermaßnahmen der Arbeitsagenturen und Job-Center. Dadurch werden Arbeitslose vorübergehend aus der Arbeitslosenstatistik herausgenommen.

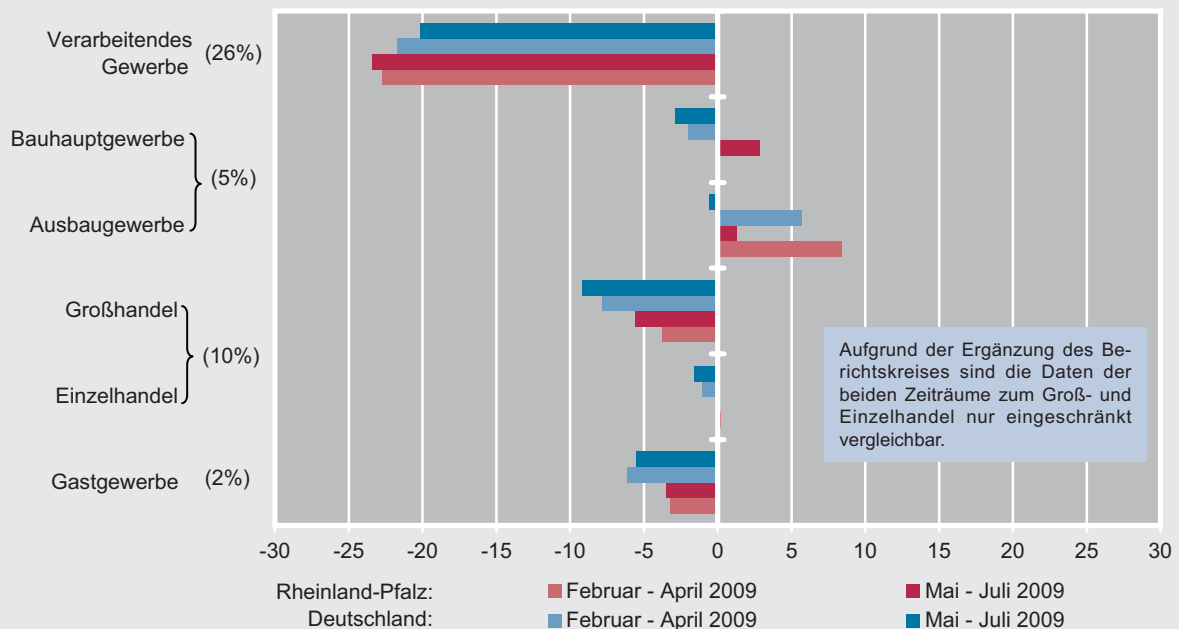
Dr. Ludwig Böckmann leitet das Referat Analysen, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Veröffentlichungen, Forschungsdatenzentrum; Thomas Kirschey, Diplom-Volkswirt, ist dort als Referent tätig.

Bruttoinlandsprodukt in Rheinland-Pfalz und in Deutschland – Preisbereinigt – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1) Nächster Fortschreibungstermin für 2009 im März 2010. - Quelle: Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose: Gemeinschaftsdiagnose Herbst 2009.

Umsatz nach ausgewählten Wirtschaftsbereichen ¹⁾ in Rheinland-Pfalz und in Deutschland 3-Monats-Durchschnitte ²⁾³⁾ – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



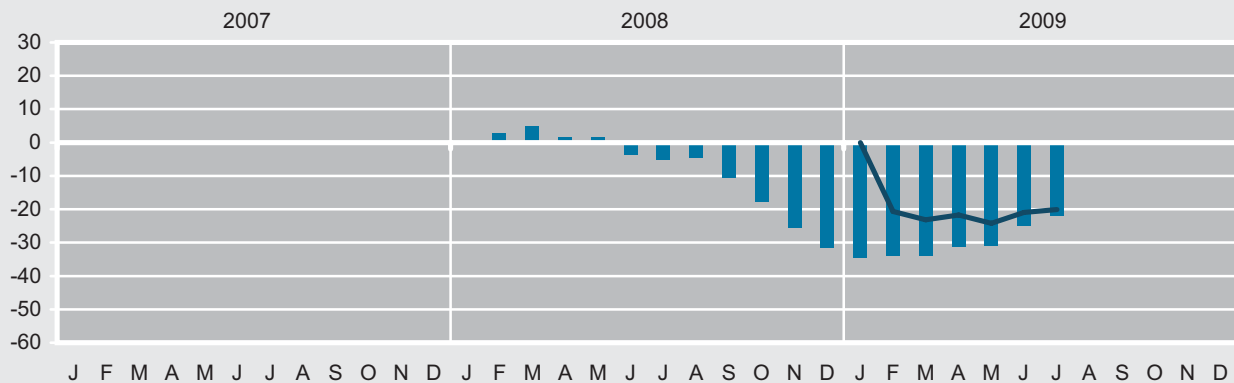
1) Anteil der Wirtschaftsbereiche an der Bruttowertschöpfung in Rheinland-Pfalz 2007. – 2) Ausbaugewerbe: Quartale. – 3) Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monatszeitraumes dargestellt.

Auftragseingang (Volumenindex) und Umsatz (nominal) im verarbeitenden Gewerbe

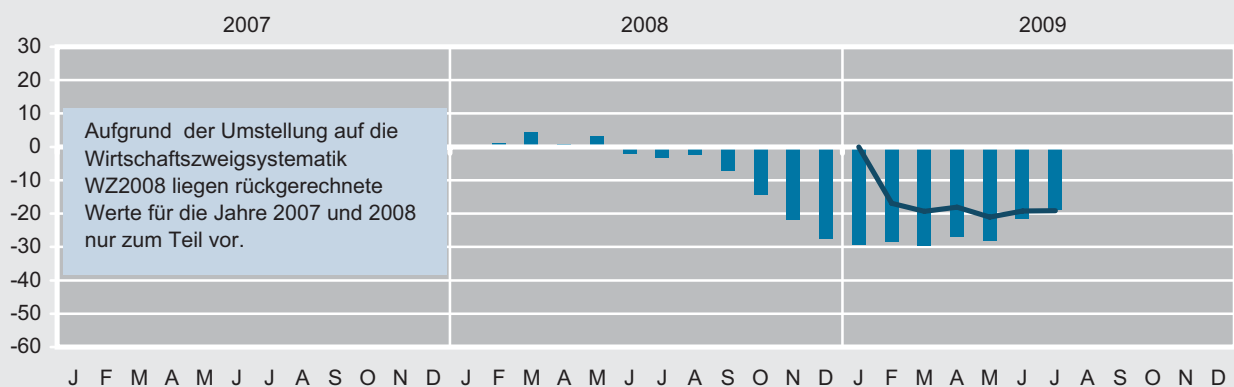
Deutschland

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte¹⁾ – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

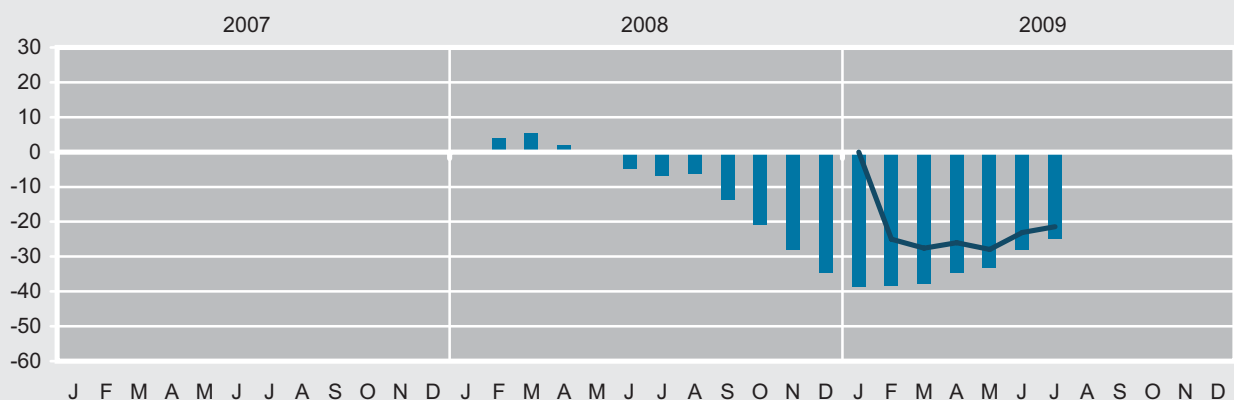
Insgesamt



Inland



Ausland



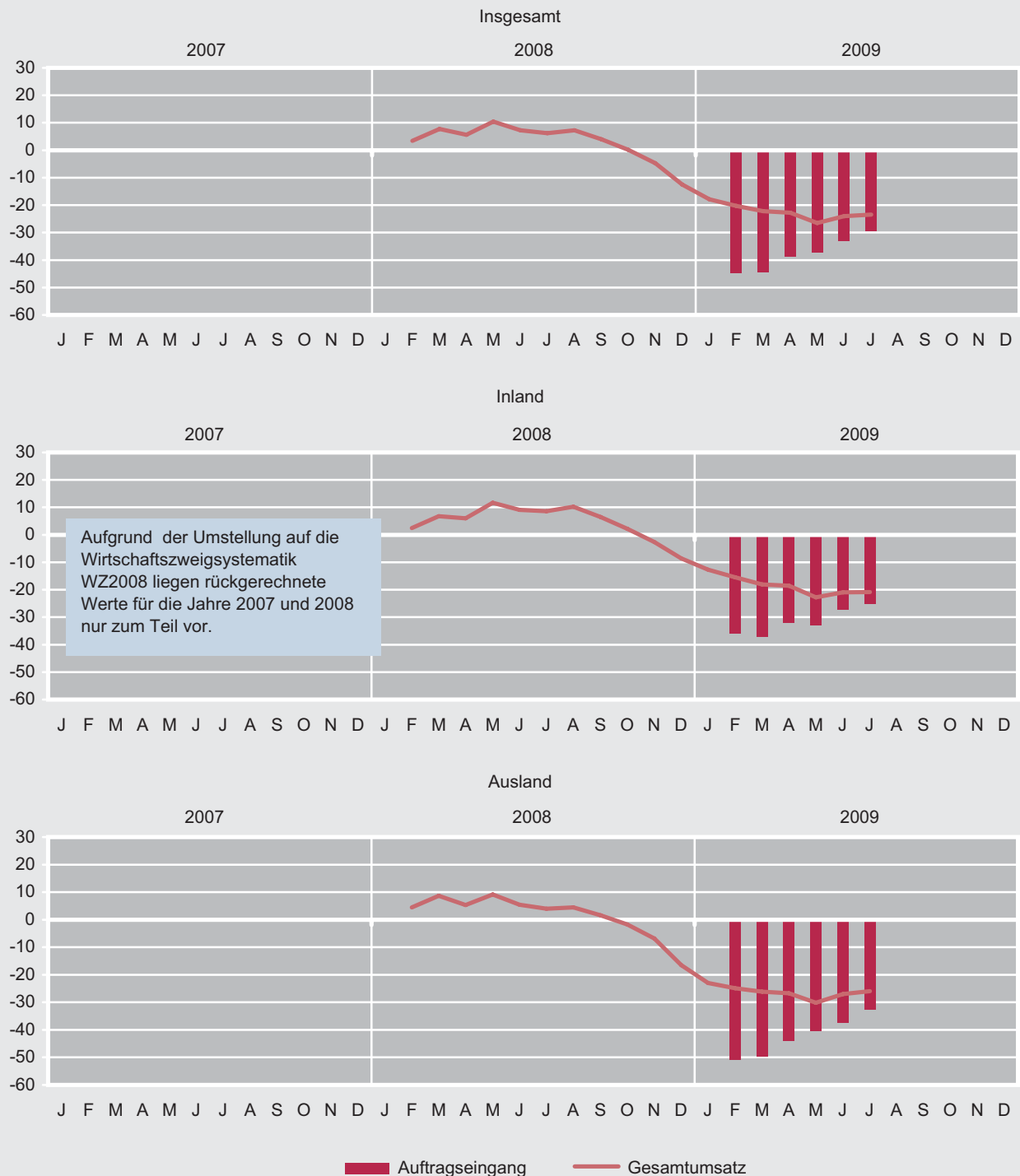
■ Auftragseingang — Gesamtumsatz

1) Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monatszeitraumes dargestellt.

Auftragseingang (Volumenindex) und Umsatz (nominal) im verarbeitenden Gewerbe

Rheinland-Pfalz

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte¹⁾ – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



Auftragseingang (Volumenindex) und Umsatz (nominal) im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz nach ausgewählten Branchen

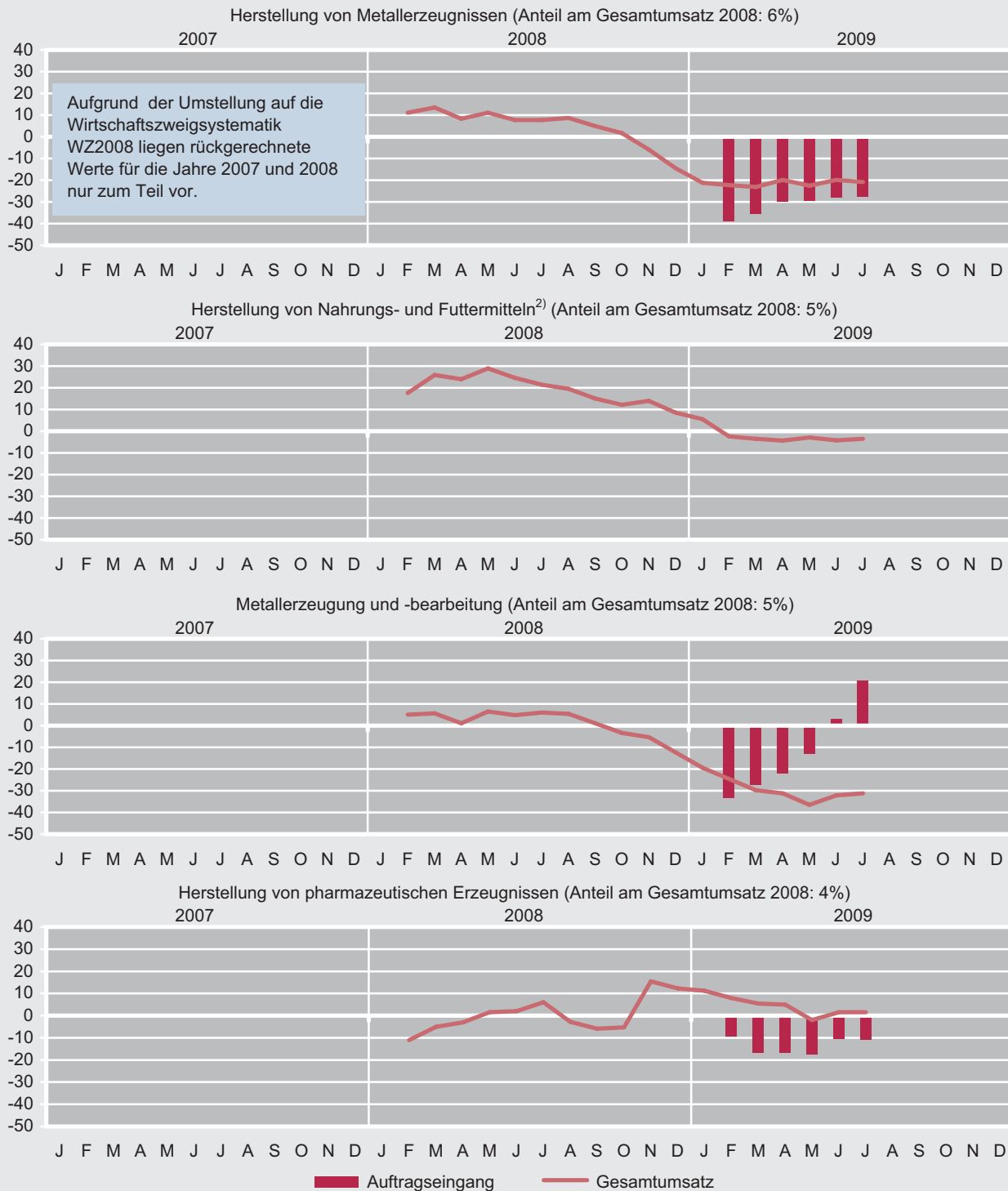
Gleitende 3-Monats-Durchschnitte¹⁾ – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1) Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monatszeitraumes dargestellt. 2) Der Auftragseingang wird nicht veröffentlicht.

Auftragseingang (Volumenindex) und Umsatz (nominal) im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz nach ausgewählten Branchen

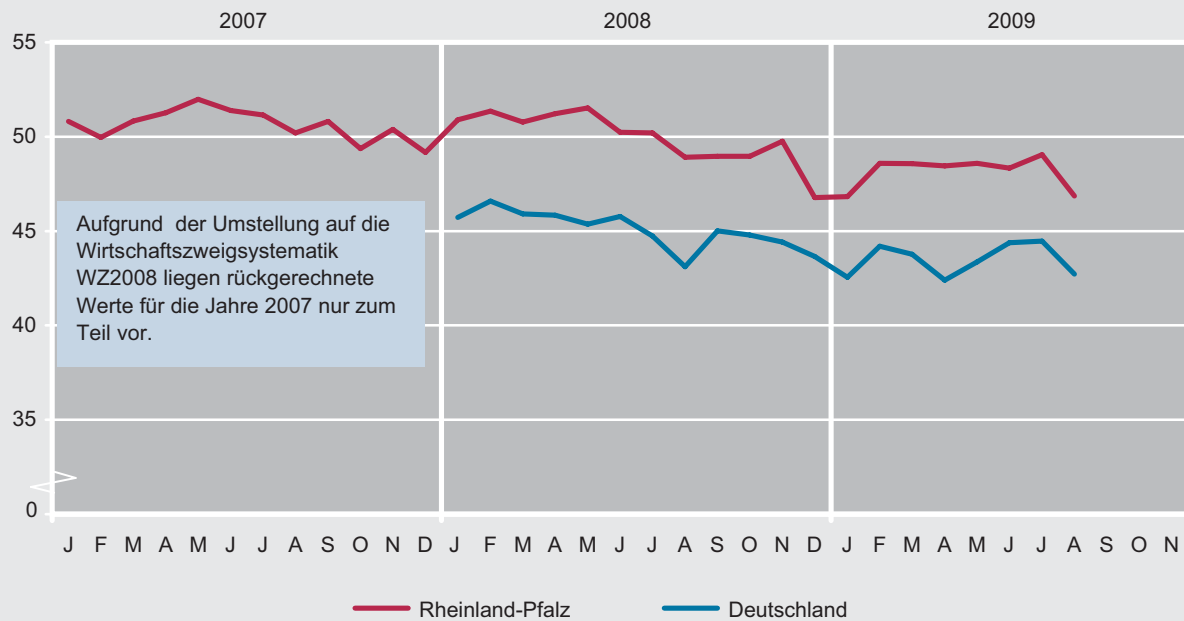
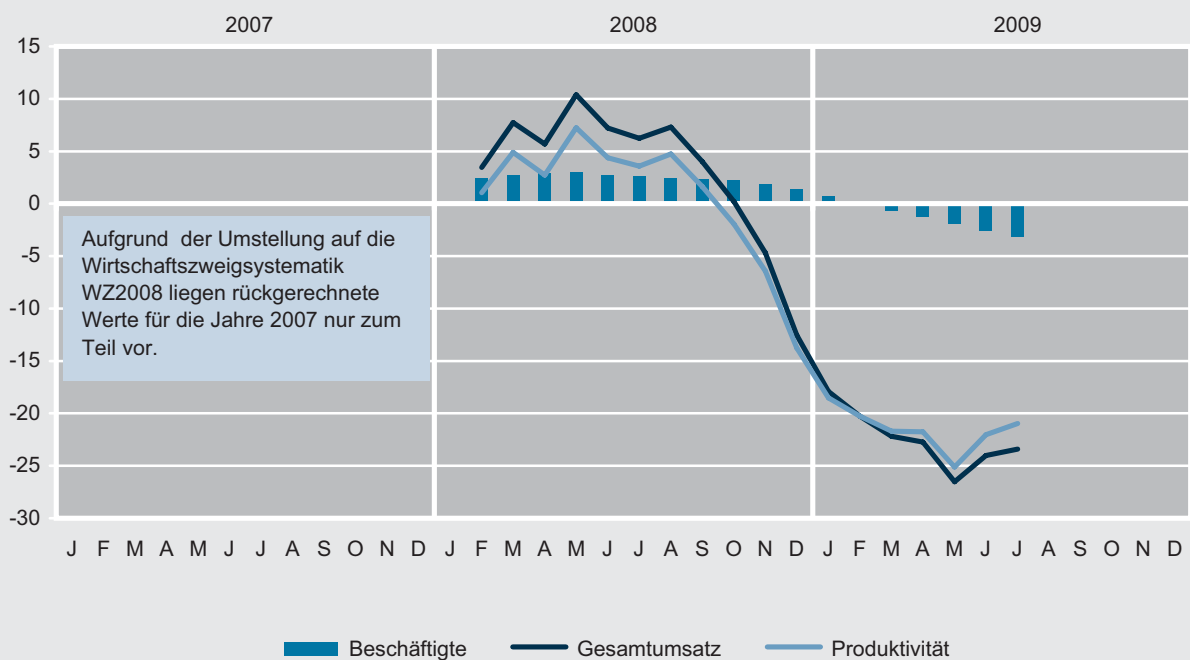
Gleitende 3-Monats-Durchschnitte¹⁾ – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1) Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monatszeitraumes dargestellt. - 2) Der Auftragseingang wird nicht veröffentlicht.

Exportquote im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz und in Deutschland

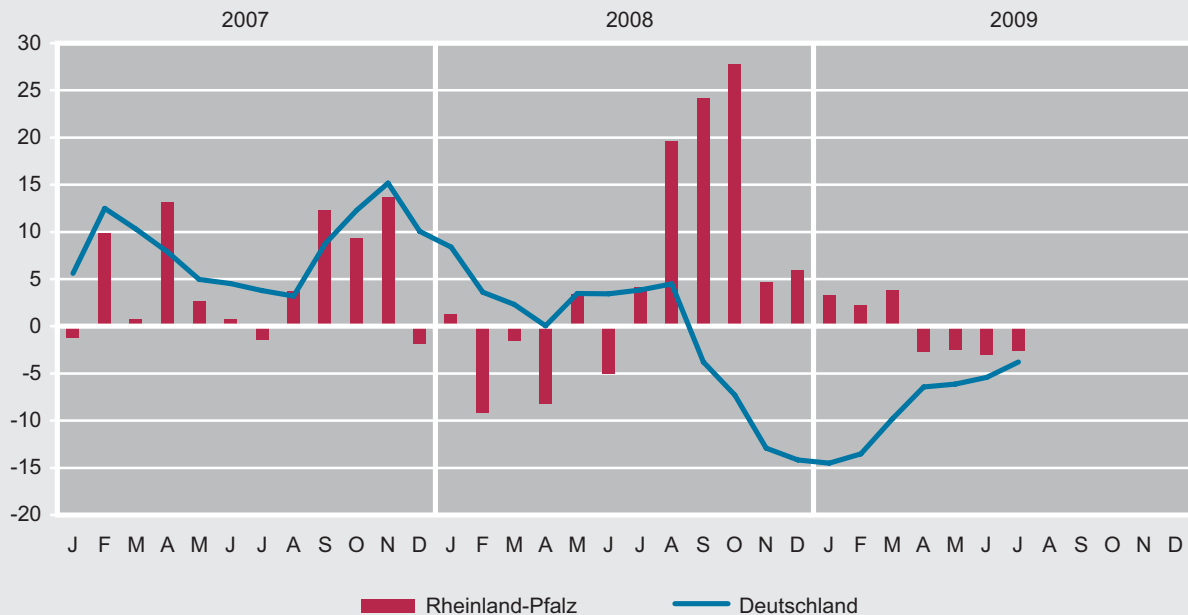
Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz in %

Beschäftigte, Umsatz (nominal) und Produktivität¹⁾ im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-PfalzGleitende 3-Monats-Durchschnitte²⁾ – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

1) Umsatz je Beschäftigten. - 2) Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monatszeitraumes dargestellt.

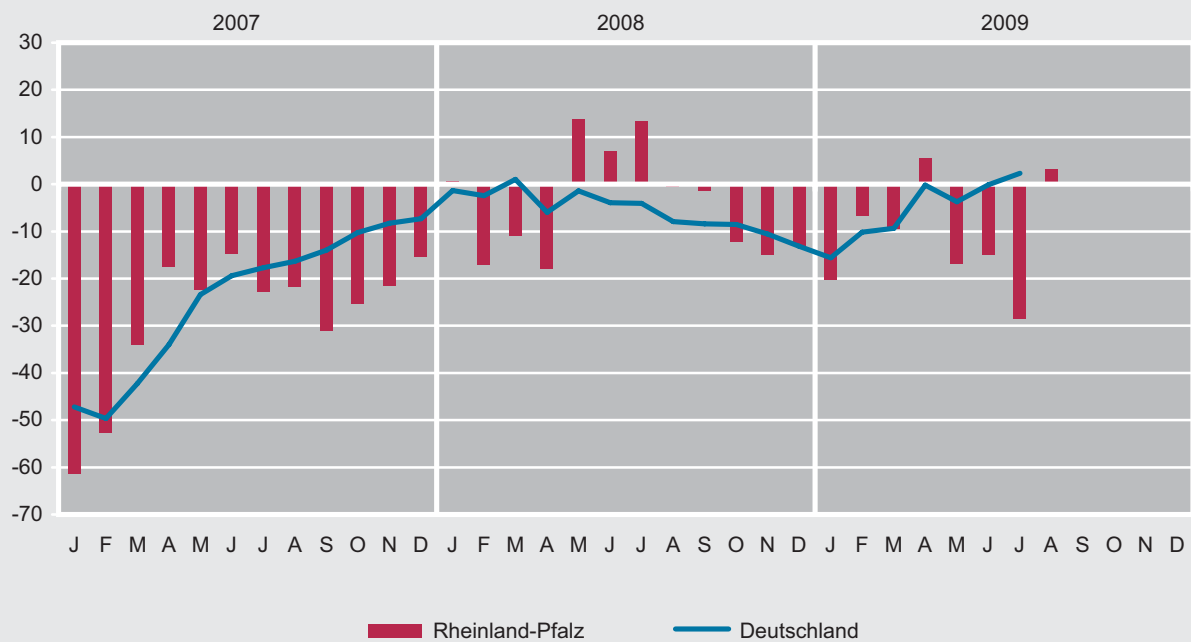
Auftragseingang im Bauhauptgewerbe in Rheinland-Pfalz und in Deutschland

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte²⁾ – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



Baugenehmigungen¹⁾ in Rheinland-Pfalz und in Deutschland

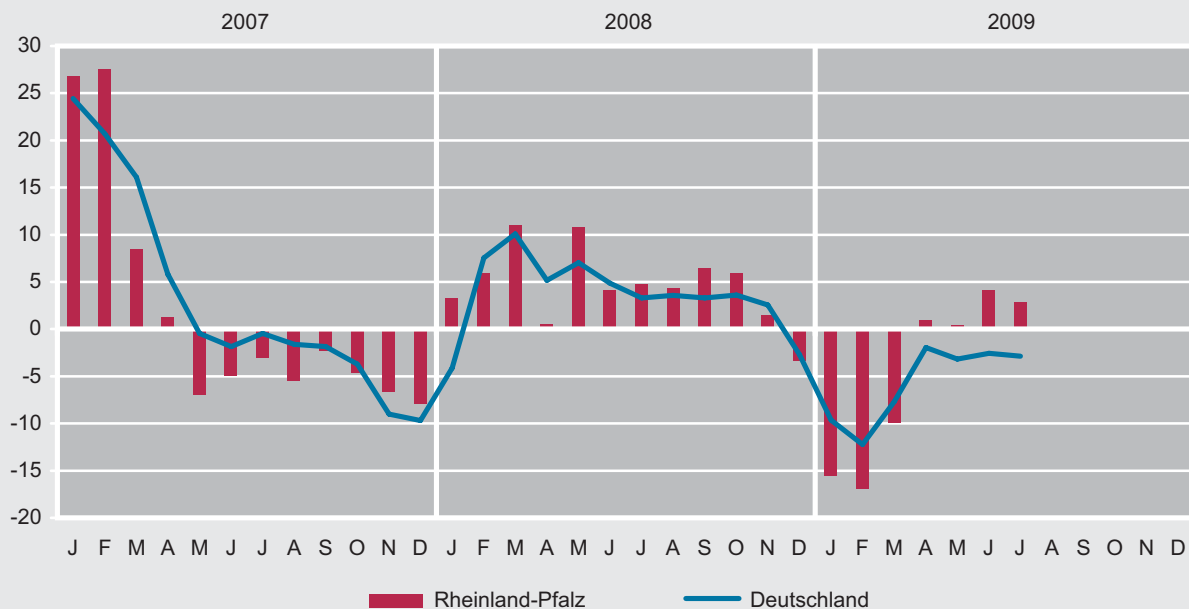
Gleitende 3-Monats-Durchschnitte²⁾ – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1) Baugenehmigungen für neue Wohngebäude, Anzahl der Wohnungen. - 2) Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monatszeitraumes dargestellt.

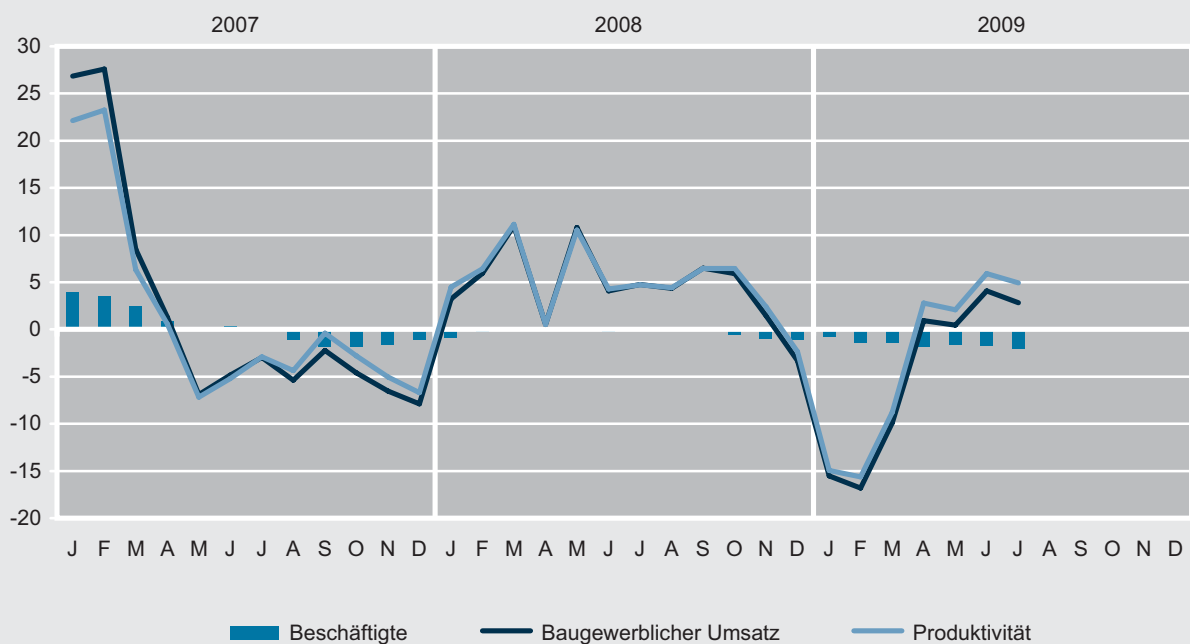
Baugewerblicher Umsatz (nominal) im Bauhauptgewerbe in Rheinland-Pfalz und in Deutschland

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte²⁾ – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



Beschäftigte, Umsatz (nominal) und Produktivität¹⁾ im Bauhauptgewerbe in Rheinland-Pfalz

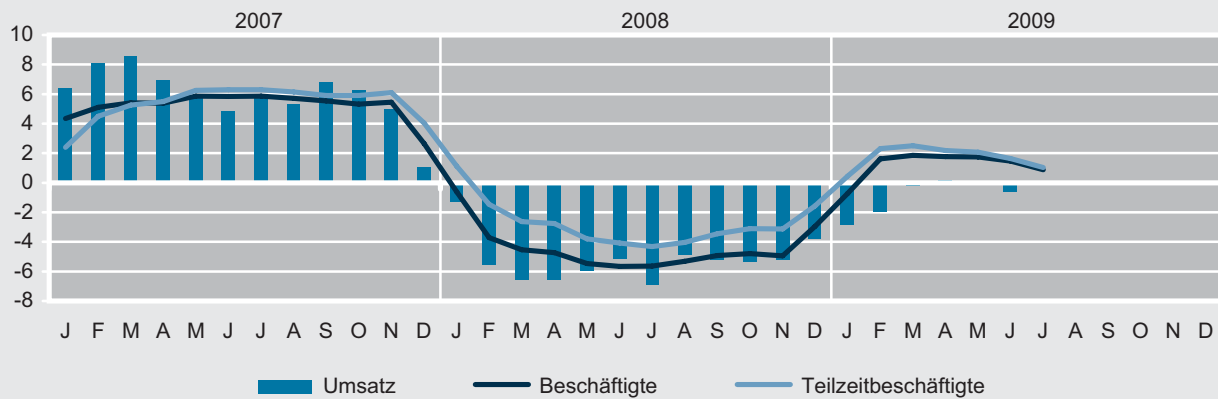
Gleitende 3-Monats-Durchschnitte²⁾ – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1) Baugewerblicher Umsatz je Beschäftigten. - 2) Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monatszeitraumes dargestellt.

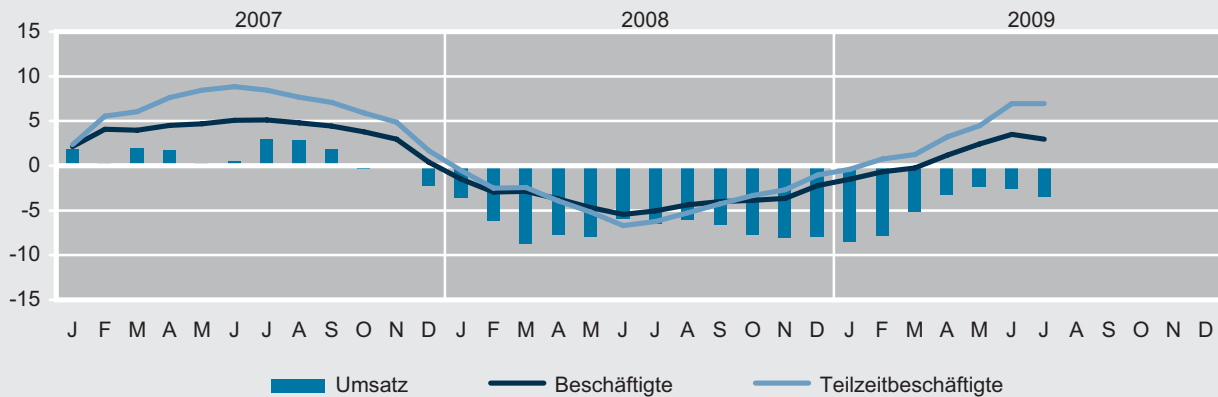
Umsatz und Beschäftigte im Einzelhandel in Rheinland-Pfalz

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte¹⁾ – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



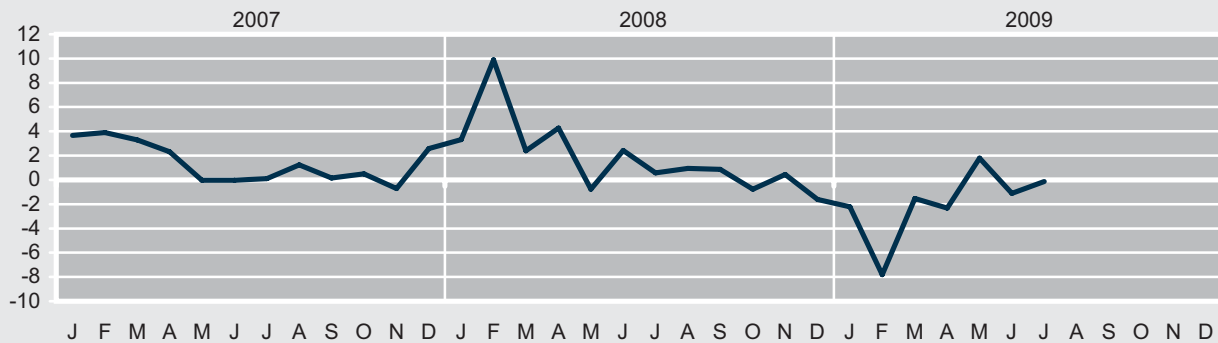
Umsatz und Beschäftigte im Gastgewerbe in Rheinland-Pfalz

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte¹⁾ – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

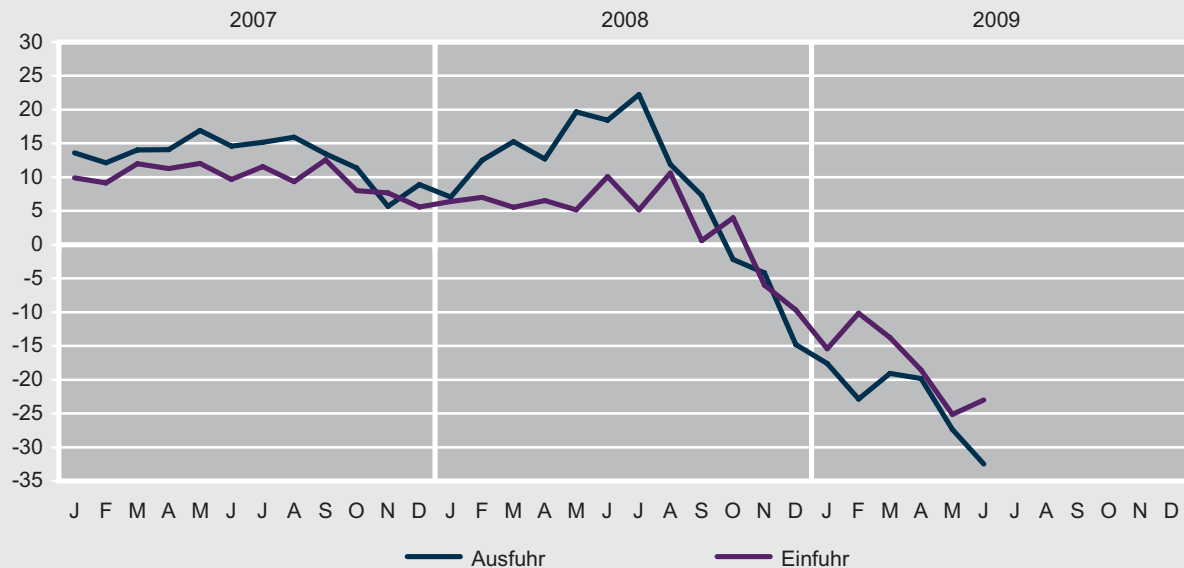


Gästeübernachtungen in Rheinland-Pfalz

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte¹⁾ – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



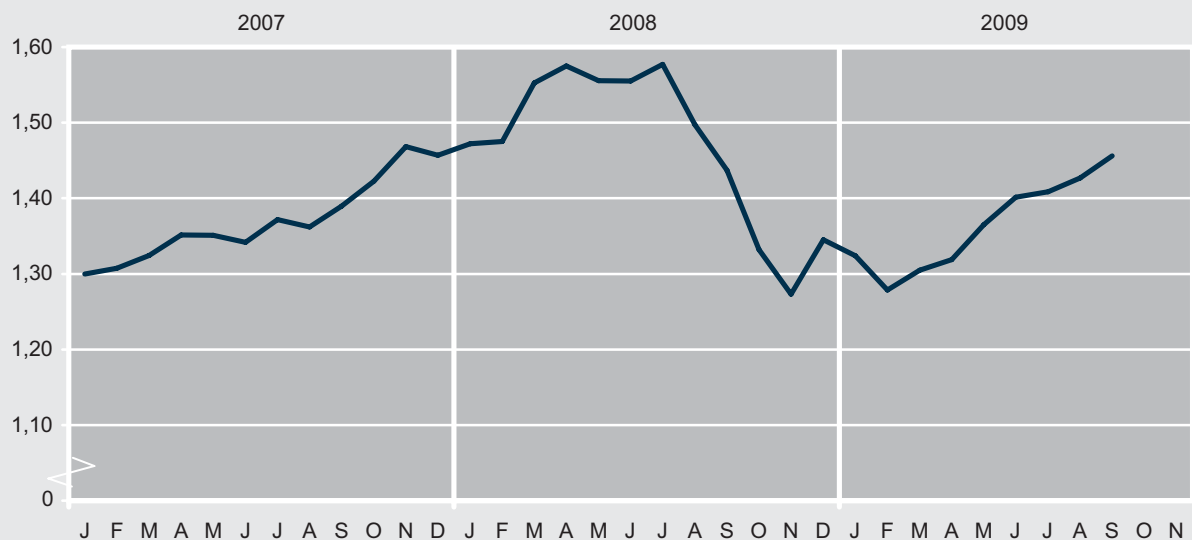
1) Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monatszeitraumes dargestellt.

Außenhandel¹⁾ in Rheinland-PfalzGleitende 3-Monats-Durchschnitte²⁾ – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

1) Grenzüberschreitender Warenverkehr der Bundesrepublik Deutschland. - 2) Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monatszeitraumes dargestellt.

Euro-Referenzkurs der Europäischen Zentralbank (1 EUR = ... US-Dollar)

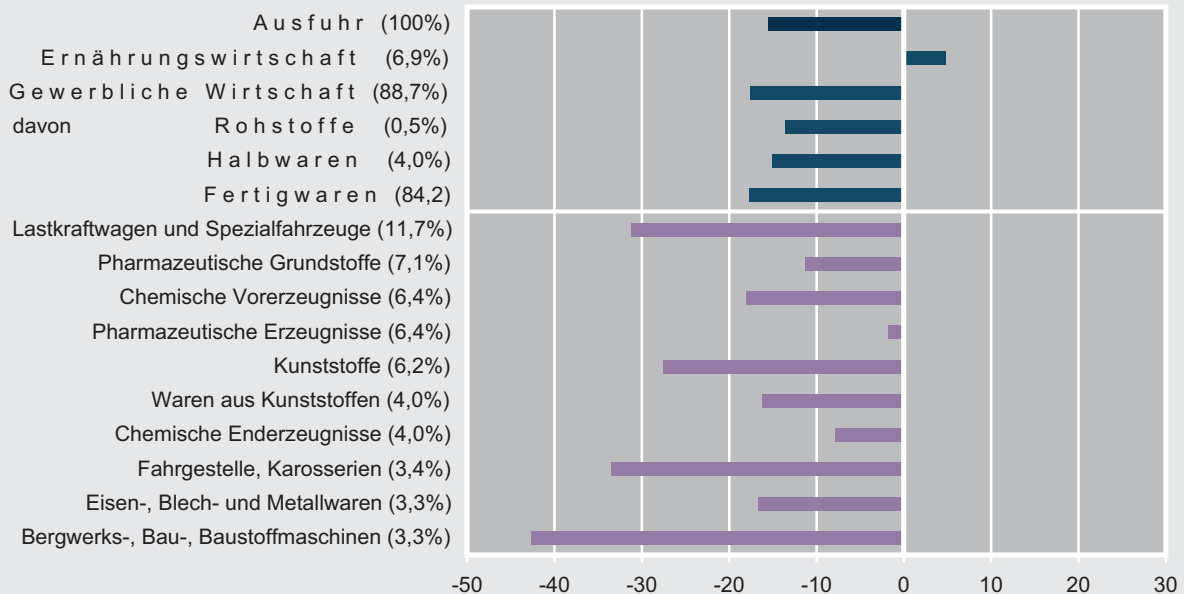
Monatsdurchschnitt in US-Dollar



Quelle: Europäische Zentralbank

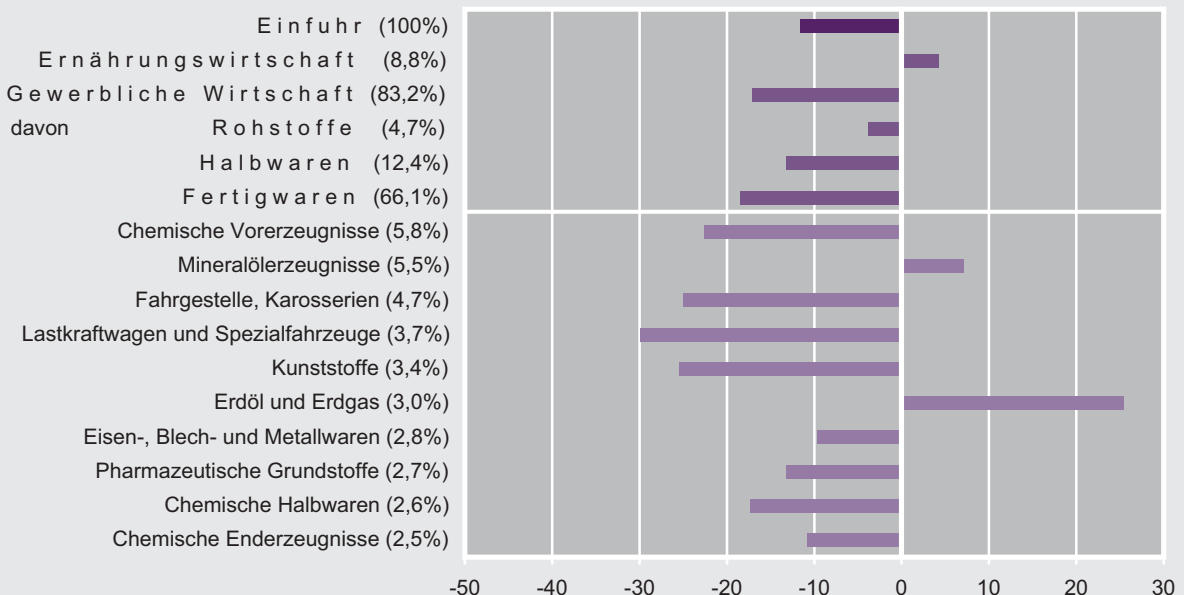
Ausfuhr aus Rheinland-Pfalz August 2008 – Juli 2009 nach Warengruppen¹⁾

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



Einfuhr nach Rheinland-Pfalz August 2008 – Juli 2009 nach Warengruppen¹⁾

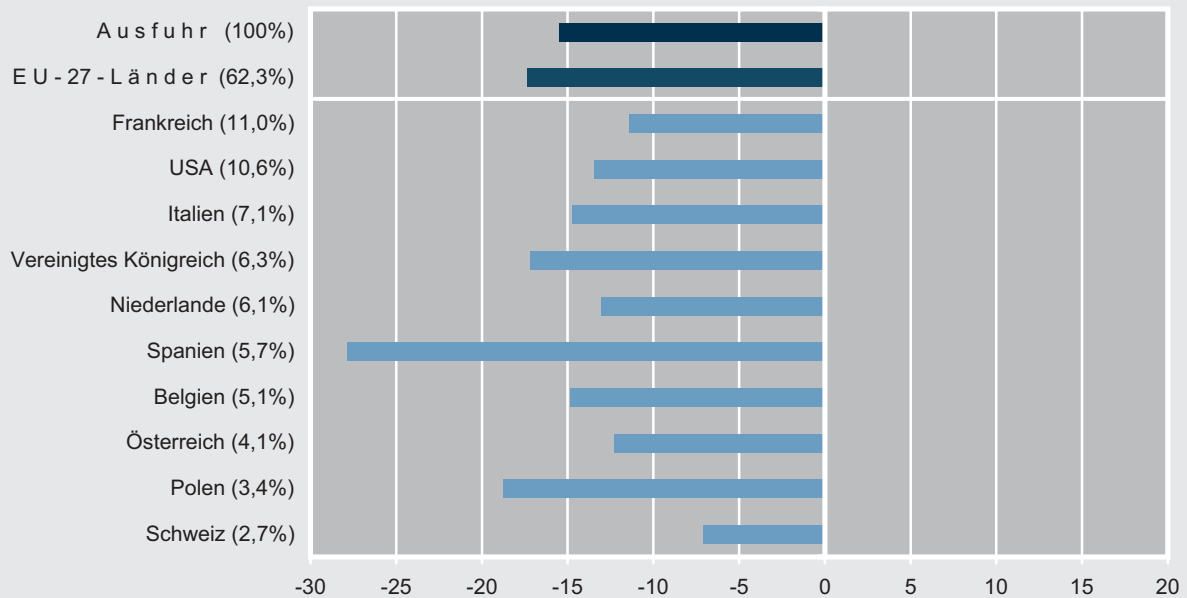
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1) Die Rangfolge der zehn wichtigsten Warenuntergruppen ergibt sich aus dem Anteil am gesamten Warenwert 2008.

Ausfuhr aus Rheinland-Pfalz August 2008 – Juli 2009 nach Bestimmungsländern¹⁾

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



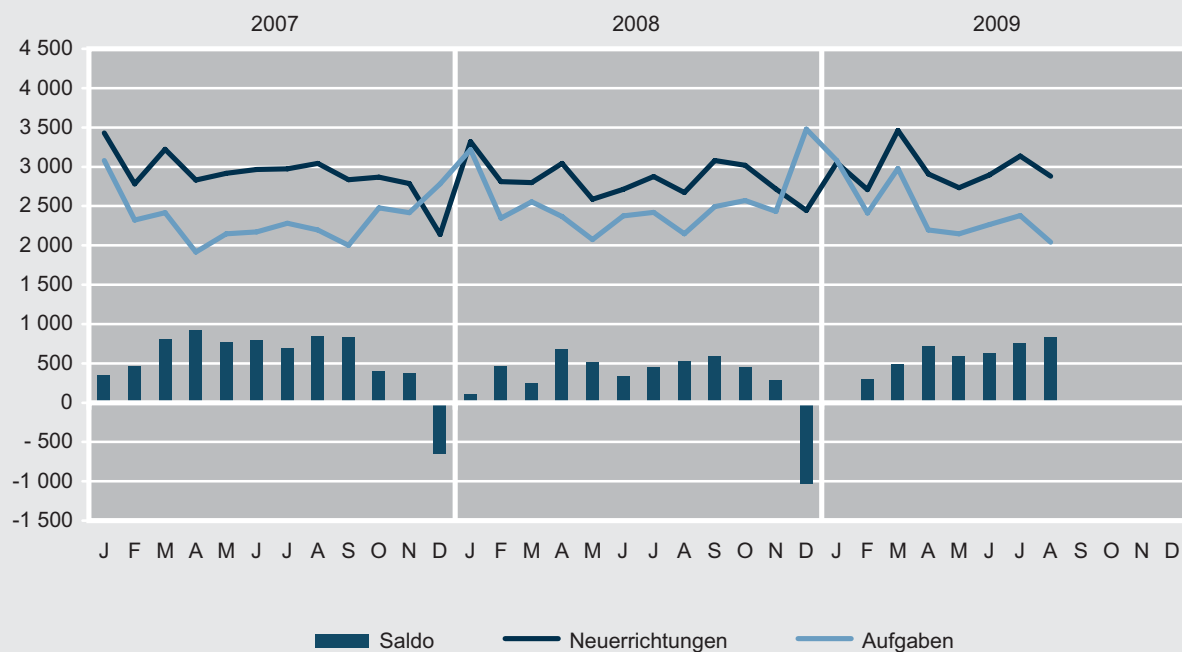
Einfuhr nach Rheinland-Pfalz August 2008 – Juli 2009 nach Herkunftsländern¹⁾

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

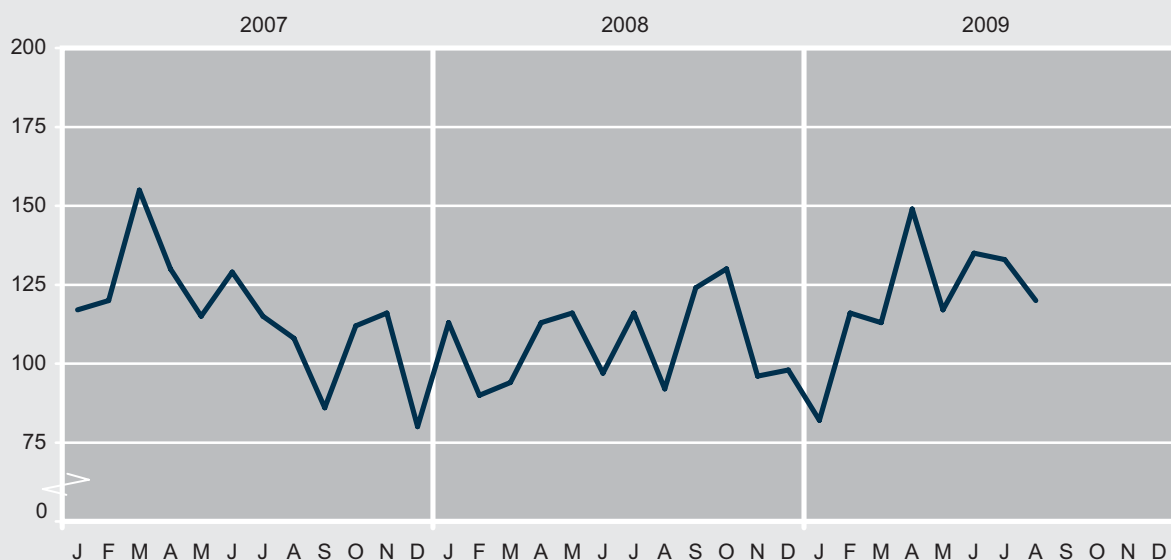


1) Die Rangfolge der zehn wichtigsten Länder ergibt sich aus dem Anteil am gesamten Warenwert 2008.

Gewerbeanzeigen in Rheinland-Pfalz

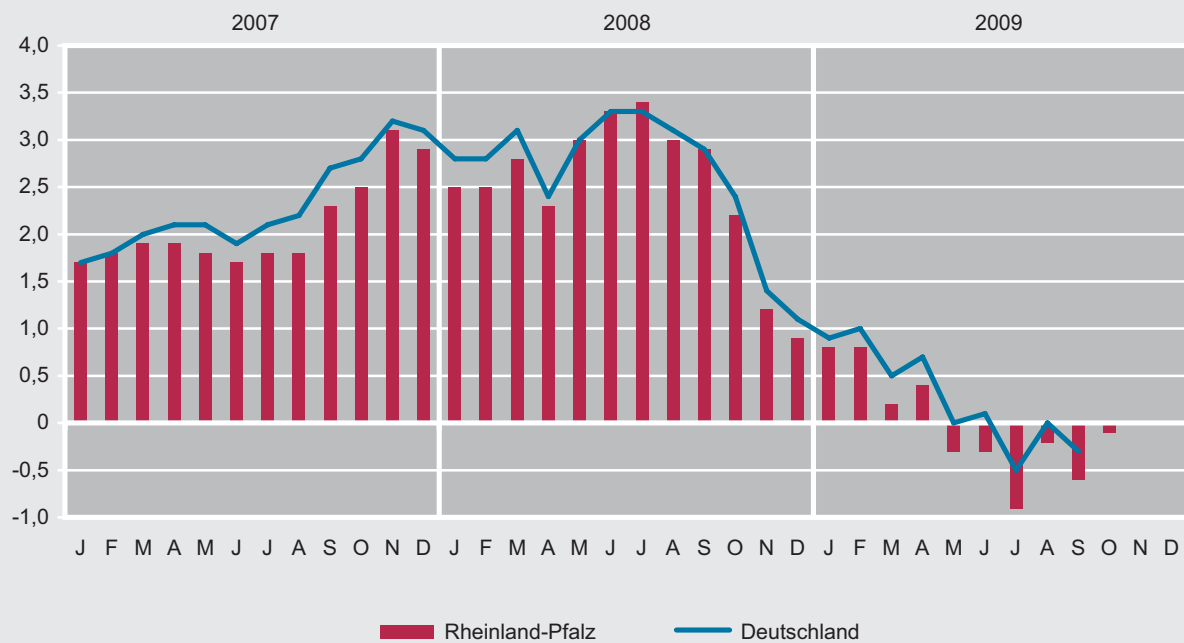


Unternehmensinsolvenzen in Rheinland-Pfalz



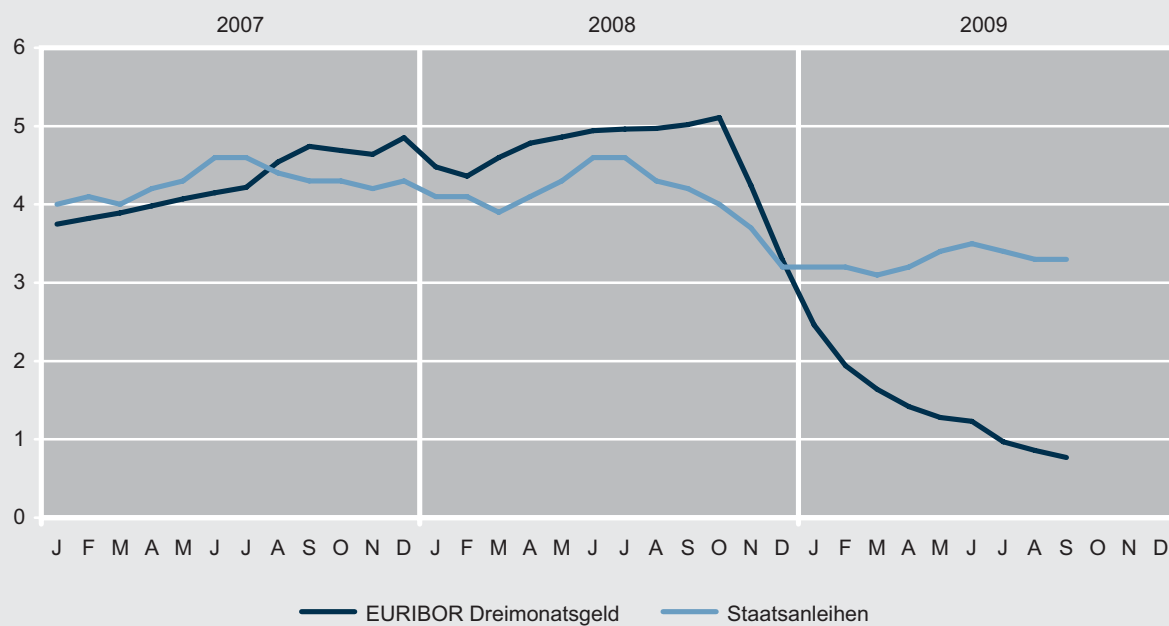
Verbraucherpreisindex in Rheinland-Pfalz und in Deutschland

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



Geldmarktsätze EURIBOR und Umlaufrenditen von Staatsanleihen mit 10-jähriger Restlaufzeit

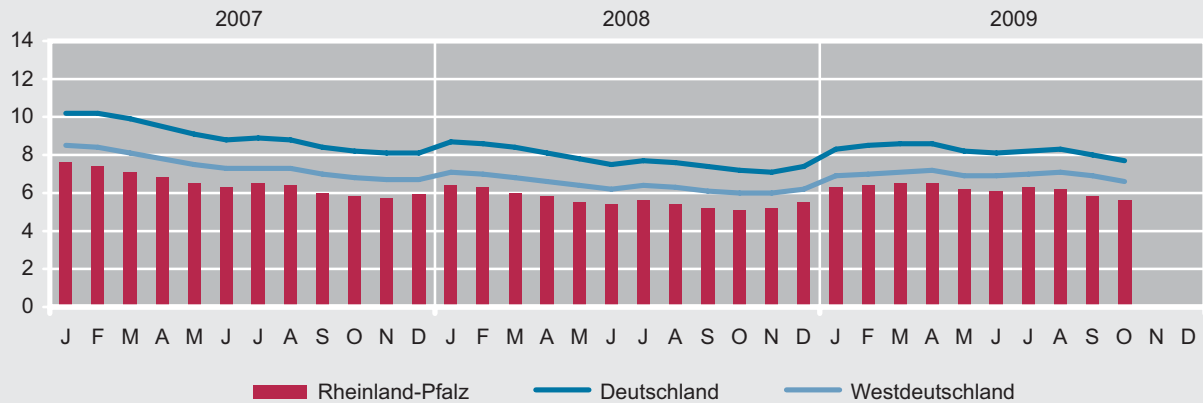
Monatsdurchschnitt in %



Quelle: Deutsche Bundesbank

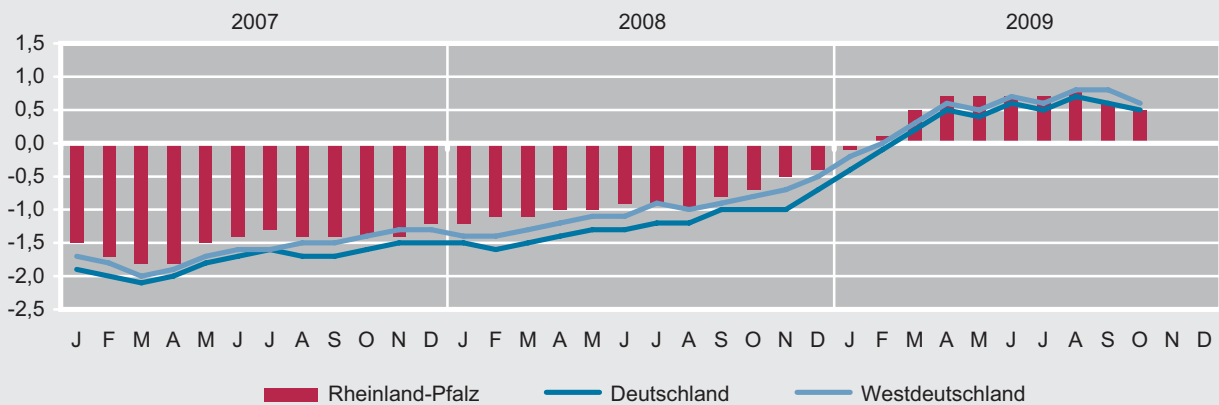
Arbeitslosenquote in Rheinland-Pfalz, Deutschland und Westdeutschland¹⁾

Arbeitslose in % aller zivilen Erwerbspersonen



Veränderung der Arbeitslosenquote in Rheinland-Pfalz, Deutschland und Westdeutschland¹⁾

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozentpunkten



1) Einschließlich der Grundsicherung für Arbeitsuchende.

Gemeldete offene Stellen und Kurzarbeiter in Rheinland-Pfalz

in 1 000



Quelle: Bundesagentur für Arbeit

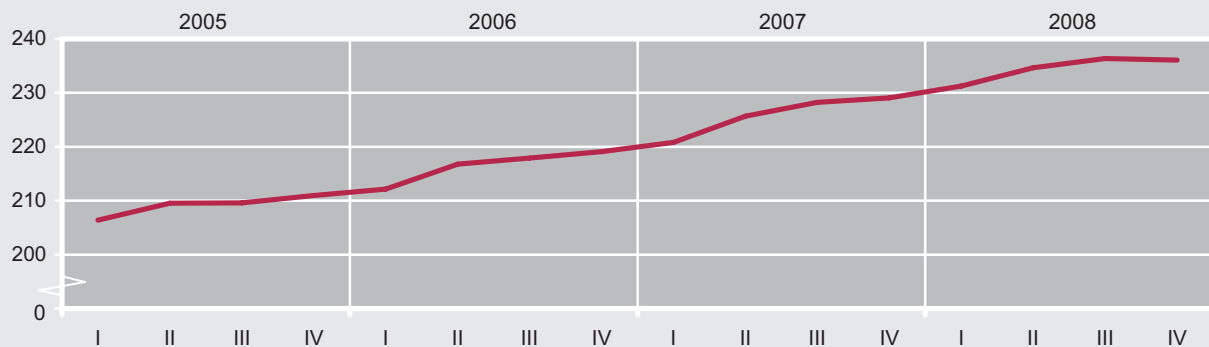
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort in Rheinland-Pfalz

in 1 000



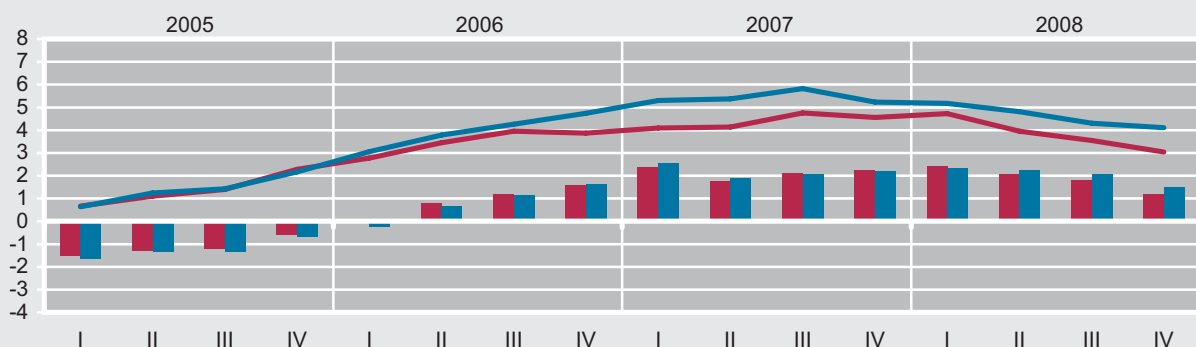
Sozialversicherungspflichtig Teilzeitbeschäftigte am Arbeitsort in Rheinland-Pfalz

in 1 000



Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte und Teilzeitbeschäftigte am Arbeitsort in Rheinland-Pfalz und in Deutschland

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



Rheinland-Pfalz: Beschäftigte

Deutschland: Beschäftigte

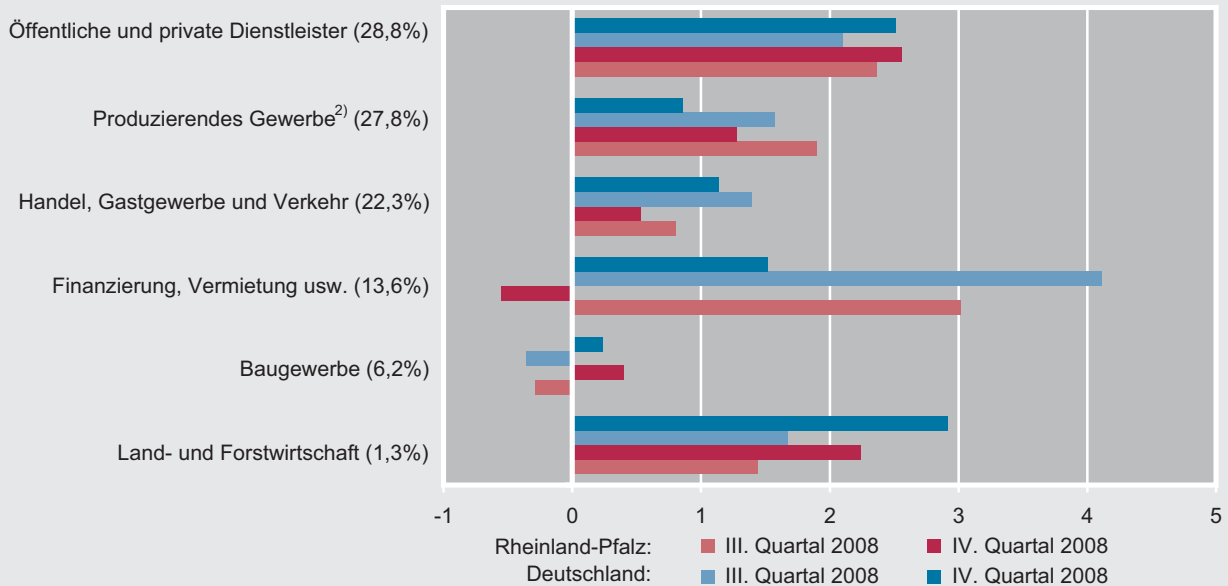
Teilzeitbeschäftigte

Teilzeitbeschäftigte

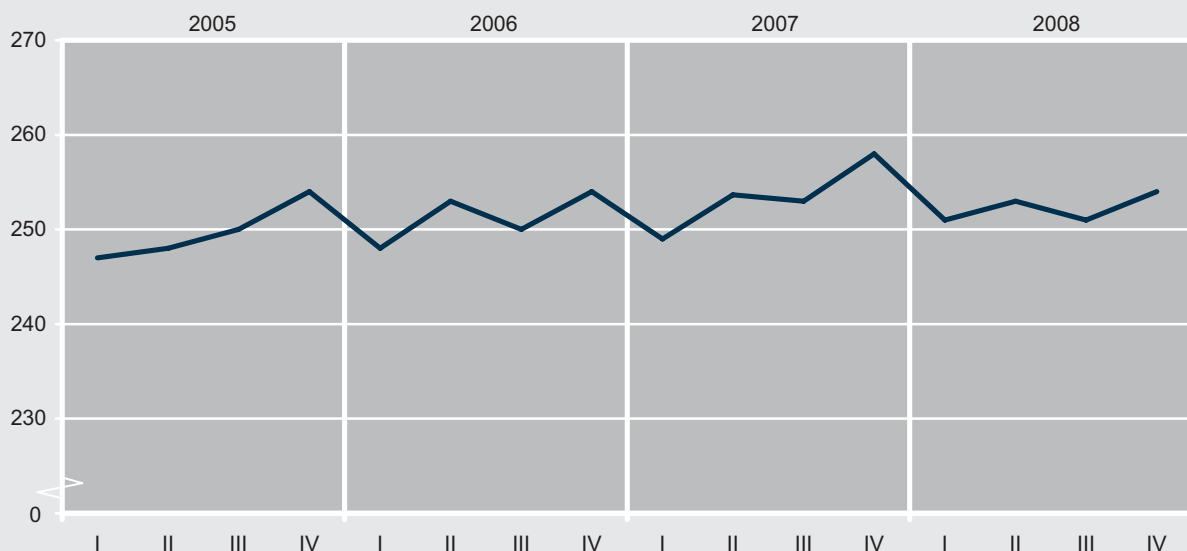
Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort nach Wirtschaftsbereichen¹⁾ in Rheinland-Pfalz und in Deutschland

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



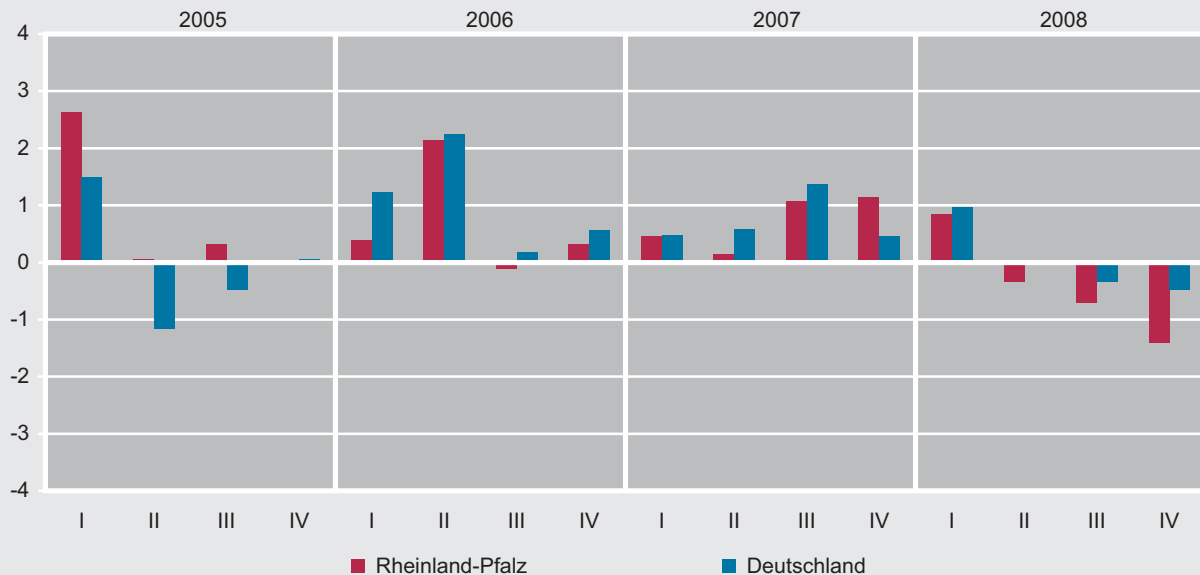
Ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte¹⁾ am Arbeitsort in Rheinland-Pfalz in 1 000



1) Geringfügig entlohnte Beschäftigung liegt vor, wenn das Arbeitsentgelt regelmäßig monatlich 400 Euro nicht übersteigt.
Quelle: Bundesagentur für Arbeit

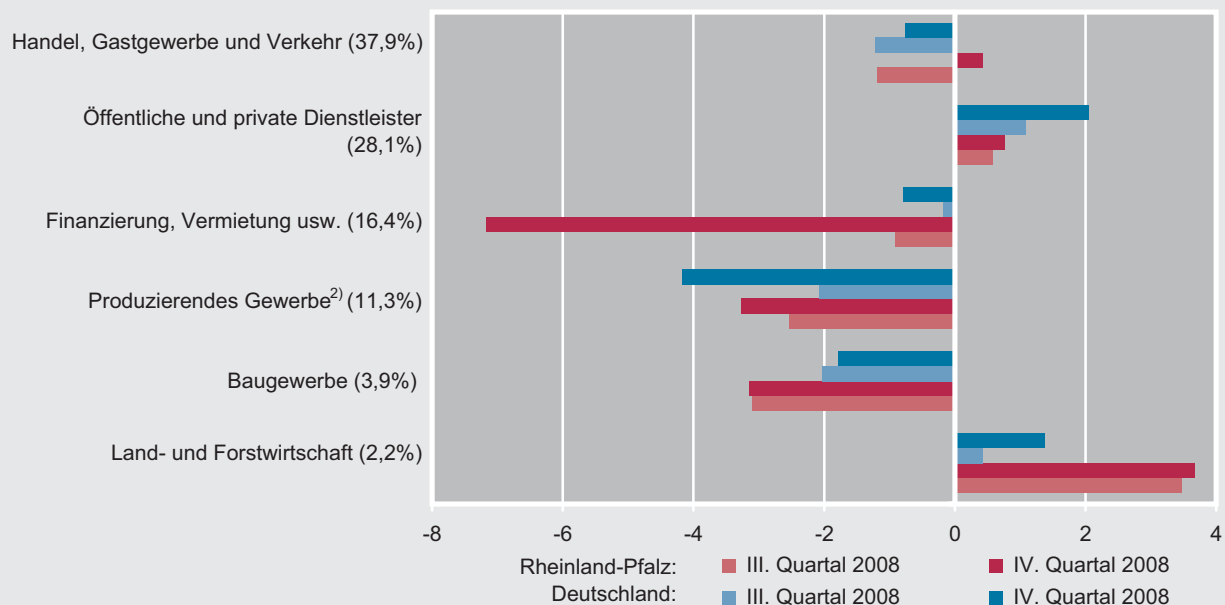
Ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte am Arbeitsort in Rheinland-Pfalz

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



Ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte am Arbeitsort nach Wirtschaftsbereichen¹⁾ in Rheinland-Pfalz und in Deutschland

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1) Die Rangfolge der Wirtschaftsbereiche erfolgt zum Stand: 30. Juni 2008. – 2) Ohne Baugewerbe.
Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Die Daten, auf die sich der Konjunkturteil stützt, haben den Stand 30. Oktober 2009.

Glossar

Anleihen der öffentlichen Hand

Anleihen der öffentlichen Hand sind Wertpapiere mit festem oder variablem Nominalzinssatz und fester Laufzeit, die von Bund, Ländern, Kommunen und anderen öffentlichen Körperschaften ausgegeben werden. Der effektive Zinssatz ($= \text{Nominalzins} \cdot 100 / \text{Kurswert}$) einer solchen Anleihe mit zehnjähriger Restlaufzeit gilt als Indikator für das Niveau der langfristigen Zinsen in der Volkswirtschaft.

Arbeitslose

Arbeitslose sind Arbeit suchende Personen bis zur Vollendung des 65. Lebensjahres, die vorübergehend nicht oder nur kurzzeitig in einem Beschäftigungsverhältnis stehen, die nicht Schüler, Studenten oder Teilnehmer an Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung, nicht arbeitsunfähig erkrankt, nicht Empfänger von Altersrente sind und für eine Arbeitsaufnahme sofort zur Verfügung stehen.

Arbeitslosenquote

Die Arbeitslosenquote ist der Quotient aus den registrierten Arbeitslosen und den zivilen Erwerbspersonen. Diese Quote ist ein wichtiger Indikator für die Auslastung des Arbeitskräftepotenzials.

Auftragseingang

Unter Auftragseingang werden alle im betreffenden Monatsmonat beim Betrieb eingegangenen und fest akzeptierten Aufträge verstanden.

Zum Auftragseingang im Bauhauptgewerbe gehören alle Aufträge für baugewerbliche Leistungen entsprechend der Verdingungsordnung für Bauleistungen (ohne Umsatzsteuer).

Beim Auftragseingang im verarbeitenden Gewerbe handelt es sich um Aufträge für die Lieferung selbst hergestellter oder in Lohnarbeit von anderen in- oder ausländischen Firmen gefertigter Erzeugnisse. Der Auftragseingang im verarbeitenden Gewerbe wird unter Ausschaltung der Preisveränderungen in einem Volumenindex auf der Basis des Jahres 2000 (d. h. 2000=100) ausgedrückt.

Ausbaugewerbe

Das Ausbaugewerbe fasst Wirtschaftszweige zusammen, die überwiegend Ausbauarbeiten und entsprechende Reparatur- und Unterhaltungsarbeiten vornehmen. Hierzu gehören die „Bauinstallation“ und das „Sonstige Baugewerbe“, das u. a. das Maler- und Glasergewerbe, die Fußboden-, Fliesen- und Plattenlegerei, die Bautischlerei sowie die Gipserei und Verputzerei umfasst, sowie die „Vermietung von Baumaschinen und -geräten mit Bedienungspersonal“.

Ausschließlich geringfügige Beschäftigung

Eine geringfügige Beschäftigung, die auch als Mini-Job bezeichnet wird, liegt vor, wenn das Arbeitsentgelt 400 Euro im Monat nicht übersteigt. Ausschließlich geringfügig Beschäftigte sind nicht zugleich anderweitig sozialversicherungspflichtig beschäftigt.

Baugewerblicher Umsatz

Die dem Finanzamt für die Umsatzsteuer zu meldenden steuerbaren (steuerpflichtigen und steuerfreien) Beträge für Bauleistungen in Deutschland und die baugewerblichen Umsätze in Zollausschlussgebieten.

Beschäftigte

In den Erhebungen im Bergbau und verarbeitenden Gewerbe, im Baugewerbe sowie im Handel und Gastgewerbe zählen zu den Beschäftigten alle Personen, die am Monatsende in einem arbeitsrechtlichen Verhältnis zum Betrieb stehen, tätige Inhaber und Mitinhaber sowie unbezahlt mithelfende Familienangehörige, und zwar soweit sie mindestens ein Drittel der üblichen Arbeitszeit im Betrieb tätig sind.

Zum Personenkreis der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten zählen alle Arbeitnehmer, die kranken-, renten- und pflegeversicherungspflichtig und/oder beitragspflichtig

zur Bundesagentur für Arbeit sind oder für die von den Arbeitgebern Beitragsanteile zu den gesetzlichen Rentenversicherungen zu entrichten sind.

Bruttoinlandsprodukt

Das Bruttoinlandsprodukt umfasst den Wert aller in einem abgegrenzten Wirtschaftsgebiet produzierten Waren und Dienstleistungen abzüglich der bei der Produktion verbrauchten Güter (Inlandskonzept).

EURIBOR

Der EURIBOR (= Euro Interbank Offered Rate) ist der Zinssatz, den europäische Banken voneinander beim Handel von Einlagen mit fester Laufzeit verlangen. Er wird als Indikator für die kurzfristigen Zinsen verwendet.

Euro-Referenzkurs

Hierbei handelt es sich um den von der Europäischen Zentralbank festgestellten Kurs des Euro zum US-Dollar.

Exportquote

Zur Berechnung der Exportquote einer Branche wird der Auslandsumsatz ins Verhältnis zum gesamten Branchenumsatz gesetzt. Sie ist ein Indikator für die Auslandsabhängigkeit der Branche.

Gewerbeanzeigen

Ein Gewerbe ist anzumelden bei Neueröffnung (Neugründung, Gründung nach Umwandlungsgesetz), Zuzug aus einem anderen Meldebezirk (Wiedereröffnung) und Übernahme durch Kauf, Pacht oder Erbfolge, Änderung der Rechtsform oder Gesellschaftereintritt. Gründe für eine Abmeldung sind Aufgabe des Betriebes, Fortzug in einen anderen Meldebezirk (Verlegung) und Übergabe wegen Verkauf, Verpachtung oder Erbfolge, Änderung der Rechtsform oder Gesellschafteraustritt. Die Anzeigepflicht gilt für selbstständige Betriebe wie auch für Zweigniederlassungen und unselbstständige Zweigstellen.

ifo Geschäftsklima-Index

Der ifo Geschäftsklimaindex ist ein Frühindikator für die Konjunktur-entwicklung. Zur Berechnung dieses Index befragt das ifo Institut für Wirtschaftsforschung in München jeden Monat mehr als 7 000 Unternehmen in Deutschland nach ihrer Einschätzung der Geschäftslage sowie ihren Erwartungen für die nächsten sechs Monate.

Kurzarbeiter

Kurzarbeiter sind Arbeitnehmer, bei denen wegen eines vorübergehenden erheblichen Arbeitsausfalls ein Entgeltausfall vorliegt und die einen Anspruch auf Kurzarbeitergeld haben. Die Erfassung erfolgt zur Monatsmitte.

Offene Stellen

Offene Stellen sind dem Arbeitsamt zur Vermittlung gemeldete Arbeitsplätze für Arbeitnehmer und Heimarbeiter. Erfasst werden nur offene Stellen, für die eine Beschäftigung von mehr als sieben Kalendertagen vorgesehen ist.

Produktivität

Die Produktivität ist grundsätzlich als Maßzahl zu verstehen, welche die Produktionsausbringung ins Verhältnis zu den Einsatzmengen der Produktionsfaktoren setzt. Sie ist also ein Indikator für die Ergiebigkeit des Faktoreinsatzes und kann für einzelne Betriebe, für Branchen oder für eine ganze Volkswirtschaft berechnet werden.

Produzierendes Gewerbe

Zum produzierenden Gewerbe gehören alle Unternehmen, deren wirtschaftliche Tätigkeit überwiegend darin besteht, Elektrizität, Gas, Fernwärme und Wasser zu erzeugen bzw. zu gewinnen und zu verteilen sowie Waren zu gewinnen bzw. zu be- oder verarbeiten. Das produzierende Gewerbe umfasst den Bergbau, die Gewinnung von Steinen und Erden, das verarbeitende Gewerbe, das Baugewerbe sowie die Energie- und Wasserversorgung.

Teilzeitbeschäftigte

Den Teilzeitbeschäftigten werden alle Arbeitnehmer zugeordnet,

deren regelmäßige Arbeitszeit weniger als die übliche Wochenarbeitsstundenzahl umfasst, auch die Altersteilzeitbeschäftigten sowohl in der Arbeitsphase als auch in der Freistellungsphase, nicht jedoch die geringfügig Beschäftigten mit einem Monatsentgelt von insgesamt regelmäßig nicht mehr als 400 Euro.

Umsatz

Als Umsatz der steuerpflichtigen Unternehmen gelten die im Berichtsjahr abgerechneten Lieferungen und Leistungen des nach § 2 Abs. 1 Umsatzsteuergesetz umsatzsteuerpflichtigen Unternehmers an Dritte (ohne Umsatzsteuer), einschließlich der steuerfreien Umsätze, der Handelsumsätze sowie der Erlöse aus Lieferungen und Leistungen an Verkaufsgesellschaften, an denen das Unternehmen beteiligt ist. Fer-

ner gelten als Umsatz die getrennt in Rechnung gestellten Kosten für Fracht, Porto und Verpackungen, der Eigenverbrauch sowie die private Nutzung von firmeneigenen Sachen mit ihrem buchhalterischen Wert. Preisnachlässe und der Wert der Retouren werden von den fakturierten Werten abgesetzt.

Unternehmensinsolvenzen

Die Unternehmensinsolvenz dient zur gemeinschaftlichen Befriedigung der Gläubiger durch Verteilung des Vermögens des Schuldners oder, in einer abweichenden Regelung (Insolvenzplan), zum Erhalt bzw. zur Sanierung des Unternehmens.

Verarbeitendes Gewerbe

Zum verarbeitenden Gewerbe (einschließlich Bergbau und Gewinnung

von Steinen und Erden) gehören alle Unternehmen, deren wirtschaftliche Tätigkeit überwiegend darauf gerichtet ist, Erzeugnisse zu be- und verarbeiten, und zwar überwiegend mit dem Ziel, andere Produkte herzustellen. Die Tätigkeit kann aber auch darin bestehen, Erzeugnisse zu veredeln, zu montieren oder zu reparieren. Das verarbeitende Gewerbe ist Teil des produzierenden Gewerbes.

Verbraucherpreisindex

Der Verbraucherpreisindex misst die durchschnittliche Preisentwicklung aller Waren und Dienstleistungen, die von privaten Haushalten für Konsumzwecke gekauft werden. Der Verbraucherpreisindex gilt als ein Indikator für die Geldwertstabilität in der Volkswirtschaft.

Zahlenspiegel Rheinland-Pfalz



20	129 151	130 933	127 192
752	134 121	128 083	127 192
6 058	126 824	133 450	128 432
134 628	134 545	157 264	113 522
157 811	157 827	111 776	110 138
113 466	113 035	80 756	77 082
87 007	84 980	63 568	61 111
65 282	64 829	77 648	92 396
78 320	78 146	94 429	125 873
95 409	125 677	103 801	69 111
	27 027		

Der Zahlenspiegel für Rheinland-Pfalz dokumentiert die wichtigsten Ergebnisse überwiegend monatlicher Statistiken. Es werden dabei die letzten aktuell vorliegenden vier Monate sowie drei der vergleichbaren Vorjahresmonate nachgewiesen. Bei vierteljährlich vorliegenden Ergebnissen werden die jeweils aktuellsten sieben Quartale veröffentlicht.

Die mit einem Stern * gekennzeichneten Merkmale weisen alle Bundesländer in ihrem Zahlenspiegel nach. Davon nicht veröffentlicht werden in Rheinland-Pfalz die hier zu Lande unbedeutende Geflügelfleischerzeugung und der Preisindex für Wohngebäude, der für Rheinland-Pfalz nicht gesondert berechnet wird.

BEVÖLKERUNG

	Einheit	2007	2008			2009			
		Durchschnitt	April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni
* Bevölkerung am Monatsende	1 000	4 046 ¹⁾	4 028 ¹⁾	4 041	4 040	4 039	4 021
darunter Ausländer ²⁾	1 000	312 ¹⁾	308 ¹⁾	314	314	315	307
Natürliche Bevölkerungsbewegung ³⁾									
* Eheschließungen ⁴⁾	Anzahl	1 629	1 672	1 160	2 286	1 936	909
* Lebendgeborene ⁵⁾	Anzahl	2 711	2 685	2 635	2 407	2 758	2 694
je 1 000 Einwohner u. 1 Jahr	Anzahl	8,0	8,0	7,9	7,0	8,3	7,9
* Gestorbene (ohne Totgeborene) ⁶⁾	Anzahl	3 514	3 578	3 671	3 368	3 368	4 173
je 1 000 Einwohner u. 1 Jahr	Anzahl	10,4	10,6	11,1	9,8	10,1	12,2
* darunter im 1. Lebensjahr Gestorbene ⁶⁾	Anzahl	13	8	15	9	6	7
je 1 000 Lebendgeborene	Anzahl	4,6	3,1	5,7	3,7	2,2	2,6
* Überschuss der Geborenen (+) bzw. Gestorbenen (-)	Anzahl	- 802	- 892	-1 036	- 961	- 610	-1 479
je 1 000 Einwohner u. 1 Jahr	Anzahl	- 2,4	- 2,7	- 3,1	- 2,8	- 1,8	- 4,3

Wanderungen

* Zuzüge über die Landesgrenze	Anzahl	7 931	7 963	8 362	6 822	7 315	8 142
* darunter aus dem Ausland	Anzahl	2 595	2 619	3 189	2 276	2 403	2 804
* Fortzüge über die Landesgrenze	Anzahl	7 734	8 517	7 558	6 672	7 599	8 899
* darunter in das Ausland	Anzahl	2 338	2 828	2 221	1 907	2 095	3 319
* Wanderungsgewinn (+) bzw. -verlust (-)	Anzahl	197	- 554	804	150	- 284	- 757
* Innerhalb des Landes Umgezogene ⁷⁾	Anzahl	12 402	12 673	12 344	11 219	12 498	13 567

ERWERBSTÄTIGKEIT

Beschäftigte ^{8) 9)}

	Einheit	2005	2006	2007		2008			
		30.6.		30.9.	31.12.	31.3.	30.6.	30.9.	31.12.
* Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort ¹⁰⁾	1 000	1 149	1 158	1 179	1 206	1 194	1 196	1 203	1 228
* Frauen	1 000	519	521	527	540	539	539	540	553
* Ausländer/-innen	1 000	68	70	73	76	70	74	77	78
* Teilzeitbeschäftigte	1 000	210	217	226	228	229	231	235	236
* darunter Frauen	1 000	183	187	195	197	198	200	202	203
davon nach Wirtschaftsbereichen ¹¹⁾									
* Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	1 000	9	10	11
* Produzierendes Gewerbe	1 000
* Handel, Verkehr und Gastgewerbe	1 000	408	411	419
* Erbringung von Unternehmensdienstleistungen	1 000	262	263	269
* Erbringung von öffentlichen und privaten Dienstleistungen	1 000	182	185	188
							334	333	341
									344

1) Jahresdurchschnitt hier: Bevölkerung am 31. Dezember. – 2) Quelle: Bevölkerungsfortschreibung. Einbürgerungen können erst zum Jahresende berücksichtigt werden. – 3) Monatergebnisse sind vorläufig. – 4) Nach dem Ereignisort. – 5) Nach der Wohngemeinde der Mutter. – 6) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. – 7) Ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene. – 8) Auswertungen aus der Beschäftigungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit. – 9) Jahresdurchschnitt: hier Beschäftigte am 30.6. – 10) Einschließlich Personen "ohne Angabe" zur Wirtschaftsgliederung. – 11) Abgrenzung ab 2008 nach WZ 2008; frühere Ergebnisse sind nicht vergleichbar.

Arbeitsmarkt ¹⁾

Arbeitsmarkt ¹⁾	Einheit	2007	2008				2009			
		Durchschnitt	Aug.	Sept.	Okt.	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	
* Arbeitslose	Anzahl	133 676	116 260	112 523	108 558	106 847	131 330	131 197	122 252	117 370
* Frauen	Anzahl	67 361	57 758	57 635	55 517	54 198	60 144	60 802	56 401	54 306
Männer	Anzahl	66 315	58 501	54 888	53 041	52 649	71 186	70 395	65 851	63 064
SGB III (Arbeitslosengeld I) ²⁾	Anzahl	52 478	43 862	40 714	38 929	38 894	55 776	54 975	48 337	45 540
SGB II (Arbeitslosengeld II) ³⁾	Anzahl	81 198	72 398	71 809	69 629	67 953	75 554	76 222	73 915	71 830
* Arbeitslosenquote ⁴⁾	%	6,5	5,6	5,4	5,2	5,1	6,3	6,2	5,8	5,6
* Frauen	%	.	6,0	6,0	5,8	5,6	6,2	6,2	5,8	5,6
* Männer	%	.	5,3	4,9	4,8	4,7	6,3	6,3	5,8	5,6
* Jüngere von 15 bis unter 25 Jahren	%	.	5,6	6,1	5,6	5,0	8,0	8,2	6,6	5,4
Jüngere von 15 bis unter 20 Jahren	%	.	4,0	4,9	4,4	3,6	5,3	5,9	4,5	3,4
Ältere von 50 bis unter 65 Jahren	%	.	6,0	5,7	5,6	5,6	6,1	6,0	5,8	5,7
Ältere von 55 bis unter 65 Jahren	%	.	5,7	5,6	5,5	5,6	6,2	6,2	6,1	6,0
* Ausländer/-innen	%	.	12,6	12,4	11,9	11,7	13,7	13,5	13,0	12,5
Deutsche	%	.	5,1	4,9	4,8	4,7	5,7	5,7	5,3	5,1
* Kurzarbeiter/-innen	Anzahl	2 527	4 624	1 739	2 836	5 132
* Gemeldete Stellen	Anzahl	23 191	23 508	25 141	25 296	25 105	19 379	19 141	19 168	18 705

**BAUTÄTIGKEIT
(Baugenehmigungen)****Baugenehmigungen für
Wohngebäude**

Baugenehmigungen für Wohngebäude	Einheit	2007	2008			2009				
		Durchschnitt	Juni	Juli	Aug.	Mai	Juni	Juli	Aug.	
* Wohngebäude (Neubau)										
insgesamt	Anzahl	469	467	754	545	464	457	430	606	333
davon mit ...										
* 1 oder 2 Wohnungen	Anzahl	448	443	727	514	430	435	412	579	310
3 und mehr Wohnungen ⁵⁾	Anzahl	21	23	27	31	34	22	18	27	23
davon										
öffentl. Bauherren u. Organisa-										
tionen ohne Erwerbszweck	Anzahl	-	2	1	16	1	-	-	-	1
Unternehmen	Anzahl	68	88	337	90	69	53	51	160	32
private Haushalte	Anzahl	400	376	416	439	394	404	379	446	300
Wohnungen in Wohngebäuden	Anzahl	673	642	911	816	786	694	553	769	476
* Umbauter Raum	1 000 m ³	468	437	559	554	489	509	410	533	338
* Wohnfläche	1 000 m ²	87	82	111	105	90	97	75	101	64
Wohnräume	Anzahl	3 688	3 532	5 084	4 695	3 773	3 940	3 207	4 257	2 621
* Veranschlagte Kosten der										
Bauwerke	Mill. EUR	114	107	132	140	124	127	104	137	86

**Baugenehmigungen für
Nichtwohngebäude**

* Nichtwohngebäude (Neubau)										
insgesamt	Anzahl	133	133	135	151	173	117	105	136	100
davon										
öffentl. Bauherren und Organisa-										
tionen ohne Erwerbszweck	Anzahl	12	14	13	24	15	15	16	22	12
Unternehmen	Anzahl	115	116	119	124	156	95	87	110	87
private Haushalte	Anzahl	6	3	3	3	2	2	2	4	1
Wohnungen in Nichtwohngebäuden	Anzahl	14	22	54	33	12	18	10	22	5
Umbauter Raum	1 000 m ³	980	1 243	1 071	900	1 830	734	392	610	588
Nutzfläche	1 000 m ²	124	156	138	123	220	111	61	92	71
* Veranschlagte Kosten der										
Bauwerke	Mill. EUR	76	105	99	90	107	91	50	98	82

**Genehmigte Wohnungen
(Wohn- u. Nichtwohngebäude)**

* Wohnungen (Neubau u. Baumaß-										
nahmen an bestehenden										
Gebäuden)	Anzahl	783	752	1 083	977	932	786	633	893	514
* Wohnräume (einschließl. Küchen)	Anzahl	4 336	4 197	6 138	5 456	4 537	4 552	3 784	5 011	3 054

1) Quelle: Bundesagentur für Arbeit; ab Januar 2005 unter Einschluss der Grundsicherung für Arbeitsuchende. Ergebnisse sind vorläufig. Die jeweils aktuellen Werte sind im Internetangebot der Bundesagentur für Arbeit als detaillierte Übersichten zu finden. – 2) Arbeitslosengeld I ist als Leistung der Arbeitslosenversicherung eine Lohnersatzleistung. – 3) Arbeitslosengeld II bezeichnet die Geldleistungen für erwerbsfähige Hilfebedürftige im Rahmen der Grundsicherung. – 4) Arbeitslose in Prozent aller zivilen Erwerbspersonen. – 5) Einschließlich Wohnheime.

LANDWIRTSCHAFT

LANDWIRTSCHAFT	Einheit	2007	2008				2009			
		Durchschnitt	Juni	Juli	Aug.	Mai	Juni	Juli	Aug.	
* Schlachtmengen (ohne Geflügel) ¹⁾	t	10 823	10 686	9 547	10 213	10 214	10 301	10 069	9 257	9 785
darunter										
* Rinder insgesamt	t	2 530	2 520	2 031	2 164	2 284	2 184	2 048	2 038	2 094
darunter										
* Kälber ²⁾	t	17	18	9	13	15	11	6	8	8
* Jungrinder	t	5	5	2	19
* Schweine	t	8 211	8 094	7 449	8 004	7 855	8 062	7 963	7 168	7 651
* Eierzeugung ³⁾	1 000	10 036	9 727	9 721	9 462	8 619	9 331	8 355	9 036	9 022

PRODUZIERENDES GEWERBE

Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden ⁴⁾

* Betriebe	Anzahl	1 007	1 038	1 035	1 036	1 042	1 040	1 040	1 040	1 040
* Beschäftigte ⁵⁾	Anzahl	242 340	248 154	248 213	249 281	250 901	242 670	242 054	241 145	241 866
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000 h	31 117	31 786	32 216	31 535	31 577	28 365	28 783	29 737	27 215
* Entgelte ⁶⁾	Mill. EUR	839	884	892	839	829	1 004	858	794	771
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. EUR	6 230	6 485	6 981	6 804	6 204	4 976	5 273	5 337	4 700
davon										
Vorleistungsgüterproduzenten und Energie ⁷⁾	Mill. EUR	3 307	3 413	3 662	3 672	3 283	2 709	2 816	2 929	2 574
Investitionsgüterproduzenten	Mill. EUR	1 801	1 932	2 174	1 988	1 808	1 195	1 320	1 269	1 033
Gebrauchsgüterproduzenten	Mill. EUR	137	107	105	88	106	81	87	93	78
Verbrauchsgüterproduzenten	Mill. EUR	984	1 033	1 040	1 056	1 007	990	1 050	1 047	1 015
darunter										
Herst. v. chem. Erzeugnissen	Mill. EUR	.	1 804	1 918	1 966	1 722	1 472	1 480	1 551	1 343
Herst. v. Kraftwagen und Kraftwagenteilen	Mill. EUR	998	1 083	1 217	1 095	977	527	585	562	452
darunter										
* Auslandsumsatz	Mill. EUR	3 153	3 244	3 507	3 416	3 034	2 418	2 549	2 618	2 203
Exportquote ⁸⁾	%	50,6	50,0	50,2	50,2	48,9	48,6	48,3	49,0	46,9
Index des Auftragseingangs im verarbeitenden Gewerbe (Volumenindex)	2005=100	.	108,9	117,5	117,3	94,8	73,7	79,0	81,7	72,3
davon										
Vorleistungsgüterproduzenten	2005=100	.	109,0	126,0	119,0	97,8	75,0	82,0	86,0	74,3
Investitionsgüterproduzenten	2005=100	.	105,4	103,3	111,9	86,4	64,3	68,6	67,8	62,5
Gebrauchsgüterproduzenten	2005=100	.	91,3	102,7	110,7	93,0	74,2	92,2	88,9	74,0
Verbrauchsgüterproduzenten	2005=100	.	128,7	133,8	133,2	116,8	110,8	106,9	118,5	106,8
darunter										
Herst. v. chem. Erzeugnissen	2005=100	.	108,8	130,3	123,0	98,6	67,2	71,3	75,1	66,6
Herst. v. Kraftwagen und Kraftwagenteilen	2005=100	.	93,2	84,3	98,1	68,3	52,8	51,7	52,5	52,6

Energie- und Wasser- versorgung

* Betriebe ⁹⁾	Anzahl	103	111	111	111	110	116	116	115	115
* Beschäftigte ^{5) 9)}	Anzahl	9 860	9 943	9 889	9 906	10 001	10 017	10 011	9 963	10 083
* Geleistete Arbeitsstunden ⁹⁾	1 000 h	1 241	1 261	1 271	1 205	1 252	1 224	1 242	1 302	1 191
* Bruttoentgeltsumme ⁹⁾	Mill. EUR	34	35	33	32	32	36	34	33	33
Stromerzeugung der Kraftwerke für die allgemeine Versorgung ¹⁰⁾										
* Bruttostromerzeugung	Mill. kWh	776	759	638	742	681	291	326	397	418
* Nettostromerzeugung	Mill. kWh	760	743	620	725	666	280	313	383	405

1) Aus gewerblichen Schlachtungen von Tieren in- und ausländischer Herkunft (Rinder, Schweine, Schafe, Pferde, Ziegen); einschließlich Schlachtfetten, jedoch ohne Innereien. – 2) Wegen methodischer Änderungen mit den Vorjahresergebnissen nur eingeschränkt vergleichbar. – 3) Erzeugte Eier in Betrieben bzw. Unternehmen mit mindestens 3 000 Hennenhaltungsplätzen; einschließlich Junghennen-, Bruch- und Knickeiern. – 4) Betriebe mit 50 und mehr Beschäftigten. Ab Januar 2009 werden die Angaben nach einer revidierten Klassifikation der Wirtschaftszweige (WZ 2008) abgegrenzt. Um einen korrekten Vorjahresvergleich zu ermöglichen, wurden die Ergebnisse des Jahres 2008 auf diese neue Klassifikation umgeschlüsselt. – 5) Einschließlich der tätigen Inhaber. – 6) Entgelte = Bruttolohn- und -gehaltssumme. – 7) Ohne Energie- und Wasserversorgung. – 8) Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz. – 9) Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. – 10) Kraftwerke mit einer elektrischen Leistung ab 1 MW.

Baugewerbe ¹⁾**Bauhauptgewerbe ²⁾**

	Einheit	2007	2008			2009			
		Durchschnitt	Juni	Juli	Aug.	Mai	Juni	Juli	Aug.
* Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	Anzahl	36 559	36 466	37 202	36 622	37 250	36 071	36 402	36 130
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000 h	3 702	3 647	4 136	3 804	3 893	3 661	4 023	4 087
davon									
* Wohnungsbau	1 000 h	1 523	1 419	1 591	1 440	1 460	1 375	1 629	1 597
* gewerblicher Bau ³⁾	1 000 h	862	929	1 038	958	1 009	857	911	907
* öffentlicher und Straßenbau	1 000 h	1 317	1 298	1 507	1 406	1 424	1 429	1 483	1 583
darunter Straßenbau	1 000 h	652	664	808	730	784	741	773	826
* Entgelte ⁴⁾	Mill. EUR	82	84	85	90	84	81	87	88
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. EUR	344	363	402	377	385	340	403	427
davon									
* Wohnungsbau	Mill. EUR	112	113	122	113	111	91	116	114
* gewerblicher Bau ³⁾	Mill. EUR	91	105	113	110	115	102	116	120
* öffentlicher und Straßenbau	Mill. EUR	142	145	166	155	159	147	170	192
darunter Straßenbau	Mill. EUR	65	66	80	75	78	68	80	94

Ausbaugewerbe (Bauinstallation und sonstiger Ausbau) ⁵⁾

	Einheit	2007	2008	2007	2008			2009	
		Durchschnitt	4.Quartal	1.Quartal	2.Quartal	3.Quartal	4.Quartal	1.Quartal	2.Quartal
Betriebe ⁶⁾	Anzahl	297	312	294	313	310	311	313	356
* Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber) ⁶⁾	Anzahl	11 384	11 985	11 468	11 876	11 907	12 029	12 127	13 153
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000 h	3 674	3 819	3 745	3 686	3 814	3 856	3 921	3 996
* Entgelte ⁴⁾	Mill. EUR	78	83	85	79	81	81	90	86
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. EUR	276	311	351	230	302	302	409	249

HANDEL ⁷⁾**Großhandel ⁸⁾**

	Einheit	2007	2008			2009			
		Durchschnitt	Juni	Juli	Aug.	Mai	Juni	Juli	Aug.
* Beschäftigte	2005=100	120,8	123,6	123,1	122,4	123,7	121,6	121,3	120,8
darunter Teilzeitbeschäftigte	2005=100	116,2	115,1	111,7	111,2	113,9	120,2	120,1	119,8
* Umsatz nominal ⁹⁾	2005=100	114,5	120,0	122,7	125,3	120,1	106,5	109,4	111,4
* Umsatz real ⁹⁾	2005=100	107,9	108,8	109,5	110,1	106,5	101,2	103,3	105,6

Einzelhandel ¹⁰⁾

* Beschäftigte	2005=100	113,3	107,8	106,6	106,7	108,4	108,6	108,0	108,1
darunter Teilzeitbeschäftigte	2005=100	112,8	109,3	108,1	108,9	109,5	110,6	109,7	110,3
* Umsatz nominal ⁹⁾	2005=100	115,2	112,1	107,3	112,0	110,9	111,7	107,4	114,0
* Umsatz real ⁹⁾	2005=100	113,5	107,5	102,6	107,1	105,8	106,6	102,3	109,7

Kfz-Handel ¹¹⁾

* Beschäftigte	2005=100	112,6	107,8	108,1	108,7	109,4	106,5	108,2	108,1
darunter Teilzeitbeschäftigte	2005=100	126,5	122,5	123,6	125,4	124,1	124,6	130,7	128,7
* Umsatz nominal ⁹⁾	2005=100	99,5	95,9	103,8	98,2	90,0	99,5	100,9	102,7
* Umsatz real ⁹⁾	2005=100	95,3	90,4	97,7	92,2	84,6	93,2	94,6	96,2

GASTGEWERBE ^P

* Beschäftigte	2005=100	109,4	105,1	107,7	108,0	110,8	110,9	111,4	112,4
darunter Teilzeitbeschäftigte	2005=100	116,2	111,5	114,5	113,5	116,9	121,0	121,1	124,2
* Umsatz nominal ⁹⁾	2005=100	107,7	102,8	108,6	114,2	120,4	115,4	107,7	114,9
* Umsatz real ⁹⁾	2005=100	104,0	96,6	102,4	106,9	112,7	106,8	99,4	105,3

1) Ab Januar 2009 wird im Baugewerbe eine revidierte Klassifikation der Wirtschaftszweige (WZ 2008) eingesetzt. Die Ergebnisse sind mit denen des Vorjahres weitgehend vergleichbar. – 2) Bau von Gebäuden, Tiefbau, Abbrucharbeiten und vorbereitende Baustellenarbeiten u. a.; nach der Ergänzungserhebung hochgerechnete Ergebnisse; teilweise vorläufige Ergebnisse. – 3) Einschließlich landwirtschaftlicher Bauten sowie Unternehmen der Bahn und Post. – 4) Entgelte = Bruttolohn- und -gehaltssumme. – 5) Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten; Vierteljahresergebnisse. – 6) Am Ende des Berichtsvierteljahres. – 7) Ab Januar 2009 erfolgt die Abgrenzung nach der WZ 2008; die Ergebnisse des Vorjahres wurden entsprechend umgerechnet. Der Berichtskreis wird ab 2007 jährlich durch Ergänzungsstichproben aktualisiert. Zur Vermeidung von Sprüngen in der Zeitreihe werden die Messzahlen einheitlich auf den Stichprobenstand von 2006 zurückgerechnet. – 8) Einschließlich Handelsvermittlung. – 9) Ohne Umsatzsteuer. – 10) Einschließlich Tankstellen. – 11) Sowie Instandhaltung und Reparatur von Kfz.

TOURISMUS¹⁾

TOURISMUS ¹⁾	Einheit	2007	2008			2009				
		Durchschnitt	Juni	Juli	Aug.	Mai	Juni	Juli	Aug.	
* Gästeankünfte	1 000	615	621	731	774	871	814	758	803	849
* darunter von Auslandsgästen	1 000	143	148	183	248	242	190	177	251	243
* Gästeübernachtungen	1 000	1 662	1 686	1 906	2 433	2 506	2 124	1 987	2 399	2 513
* darunter von Auslandsgästen	1 000	402	427	496	854	822	541	499	842	851

VERKEHR

Straßenverkehrsunfälle

Straßenverkehrsunfälle	Einheit	2007	2008				2009			
		Durchschnitt		Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli
* Unfälle mit Personenschaden und Sachschaden ²⁾	Anzahl	2 082	2 017	2 162	2 213	2 105	1 844	2 201	2 171	2 088
* darunter Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 384	1 331	1 570	1 592	1 467	1 306	1 573	1 496	1 476
* Getötete Personen	Anzahl	18	19	16	15	27	6	30	18	22
darunter										
Pkw-Insassen	Anzahl	10	10	8	9	12	3	17	9	8
Benutzer motorisierter										
Zweiräder	Anzahl	4	3	4	4	10	1	7	4	8
Radfahrer	Anzahl	1	2	3	2	1	-	3	3	1
Fußgänger	Anzahl	2	3	-	-	4	2	2	2	2
* Verletzte Personen	Anzahl	1 795	1 738	2 001	2 049	1 894	1 695	2 070	1 989	1 899
dar. schwer verletzte Personen	Anzahl	338	329	430	428	419	316	476	394	388
darunter										
Pkw-Insassen	Anzahl	159	147	129	175	166	137	168	156	159
Benutzer motorisierter										
Zweiräder	Anzahl	83	82	168	124	116	89	163	130	106
Radfahrer	Anzahl	47	47	85	84	85	49	84	61	79
Fußgänger	Anzahl	34	35	33	26	30	31	42	33	33

Kraftfahrzeuge³⁾

Kraftfahrzeuge ³⁾	Einheit	2007	2008				2009			
		Durchschnitt	Juni	Juli	Aug.	Mai	Juni	Juli	Aug.	
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	12 830	12 408	15 748	12 965	11 859	21 068	18 851	23 512	13 364
darunter										
Kraftträder	Anzahl	825	835	1 364	1 170	905	1 028	894	1 118	708
* Personenkraftwagen ⁴⁾	Anzahl	10 673	10 243	12 864	10 506	9 482	18 991	17 008	21 031	11 838
* Lastkraftwagen	Anzahl	954	929	1 032	906	1 058	664	645	880	598
Zugmaschinen	Anzahl	302	314	392	302	312	302	260	417	166

Personenbeförderung

Personenbeförderung	Einheit	2007	2008	2007	2008				2009	
		Durchschnitt		4.Quartal	1.Quartal	2.Quartal	3.Quartal	4.Quartal	1.Quartal	2.Quartal
Beförderte Personen										
im Linienverkehr	1 000	62 850	62 125	64 485	65 513	63 191	56 089	63 707	65 502	63 399
Personenkilometer ⁵⁾	Mill.	583	577	654	585	579	508	636	586	581

Binnenschifffahrt

Binnenschifffahrt	Einheit	2007	2008			2009				
		Durchschnitt	Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli	
* Gütereingang	1 000 t	1 142	1 158	1 153	1 194	1 325	1 015	1 007	998	1 006
* Güterversand	1 000 t	959	945	977	981	1 024	910	890	931	935

AUSSENHANDEL⁶⁾

Ausfuhr (Spezialhandel)⁷⁾

* Insgesamt	Mill. EUR	3 391	3 753	3 559	4 668	4 176	3 482	2 674	2 764	2 934
darunter										
* Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. EUR	219	256	254	265	277	275	249	297	273
* Güter der gewerbl. Wirtschaft	Mill. EUR	3 012	3 328	3 128	4 212	3 712	3 096	2 319	2 349	2 543
* Rohstoffe	Mill. EUR	20	20	25	23	22	21	15	22	16
* Halbwaren	Mill. EUR	130	149	148	174	168	105	116	111	119
* Fertigwaren	Mill. EUR	2 862	3 159	2 956	4 016	3 522	2 970	2 188	2 216	2 409
* Vorerzeugnisse	Mill. EUR	894	1 009	857	1 612	1 105	1 372	640	675	744
* Enderzeugnisse	Mill. EUR	1 968	2 150	2 099	2 404	2 417	1 599	1 548	1 541	1 665

1) Betriebe ab 9 Betten; einschließlich Campingplätzen (Touristik-Camping). – 2) Schwerwiegender Unfall mit Sachschaden (im engeren Sinne) und sonstiger Sachschadensunfall unter Einfluss berauschender Mittel (bis einschließlich Dezember 2007 nur unter Alkoholeinwirkung). – 3) Quelle: Kraftfahrt-Bundesamt. – 4) Fahrzeuge zur Personenbeförderung mit höchstens 8 Sitzplätzen außer dem Fahrersitz; einschließlich Wohnmobile und Krankenwagen. – 5) Verkehrsleistung, berechnet aus Anzahl der Fahrgäste und Fahrtweiten. – 6) Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezialhandel und Generalhandel ist eine Saldierung der Ein- und Ausfuhrergebnisse nicht vertretbar. – 7) Für Antwortausfälle und Befreiungen sind Zuschätzungen bei den EU-Ländern und damit auch im Insgesamt enthalten.

noch AUSSENHANDEL ¹⁾**Ausfuhr (Spezialhandel) ²⁾**

davon nach											
*	Europa	Mill. EUR	2 527	2 678	2 769	3 057	2 983	2 002	1 963	2 085	2 075
*	darunter in EU-Länder ³⁾	Mill. EUR	2 210	2 338	2 445	2 644	2 591	1 757	1 743	1 839	1 813
	Belgien	Mill. EUR	183	190	192	212	203	143	143	149	133
	Luxemburg	Mill. EUR	48	49	54	53	46	49	45	47	52
	Dänemark	Mill. EUR	49	50	74	48	61	31	32	32	36
	Finnland	Mill. EUR	28	31	30	36	30	21	21	20	19
	Frankreich	Mill. EUR	372	413	408	480	463	311	296	331	317
	Griechenland	Mill. EUR	41	44	48	41	62	32	33	32	32
	Großbritannien	Mill. EUR	245	237	243	249	269	180	174	190	198
	Irland	Mill. EUR	15	13	12	13	15	11	9	9	7
	Italien	Mill. EUR	268	265	281	303	313	206	200	232	248
	Niederlande	Mill. EUR	198	228	238	248	236	196	191	203	170
	Österreich	Mill. EUR	145	153	152	160	173	134	140	130	137
	Schweden	Mill. EUR	67	66	69	78	55	39	40	45	33
	Spanien	Mill. EUR	210	215	227	259	250	147	154	156	152
	Portugal	Mill. EUR	22	27	28	35	32	17	20	18	17
*	Afrika	Mill. EUR	74	83	79	91	101	69	69	56	84
*	Amerika	Mill. EUR	396	542	296	1 091	600	1 002	299	276	352
	darunter nach USA und Kanada	Mill. EUR	295	418	189	946	436	923	207	185	239
*	Asien	Mill. EUR	364	418	392	393	455	377	314	322	402
	darunter nach Japan	Mill. EUR	56	53	39	61	46	61	35	42	61
*	Australien, Ozeanien und übrigen Gebieten	Mill. EUR	30	33	23	35	38	32	30	23	21

Einfuhr (Generalhandel) ²⁾

* Insgesamt	Mill. EUR	2 158	2 236	2 263	2 179	2 536	1 705	1 609	1 776	1 986
darunter										
* Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. EUR	188	196	215	194	220	206	200	228	186
* Güter der gewerbl. Wirtschaft	Mill. EUR	1 786	1 860	1 862	1 803	2 111	1 337	1 258	1 373	1 633
davon										
* Rohstoffe	Mill. EUR	93	105	129	32	128	68	35	18	117
* Halbwaren	Mill. EUR	237	278	291	267	365	171	165	188	228
* Fertigwaren	Mill. EUR	1 456	1 477	1 442	1 505	1 618	1 097	1 058	1 166	1 288
davon										
* Vorerzeugnisse	Mill. EUR	416	401	384	432	467	277	300	335	350
* Enderzeugnisse	Mill. EUR	1 040	1 076	1 058	1 073	1 151	820	758	832	938
davon aus										
* Europa	Mill. EUR	1 652	1 703	1 716	1 666	1 947	1 271	1 198	1 341	1 483
* darunter aus EU-Ländern ³⁾	Mill. EUR	1 428	1 459	1 472	1 469	1 657	1 063	1 060	1 167	1 218
Belgien	Mill. EUR	256	254	261	280	318	164	171	185	196
Luxemburg	Mill. EUR	44	38	34	41	45	31	38	29	37
Dänemark	Mill. EUR	43	27	45	13	14	25	24	17	20
Finnland	Mill. EUR	12	11	9	14	16	10	12	11	9
Frankreich	Mill. EUR	246	256	239	258	280	194	165	204	183
Griechenland	Mill. EUR	6	7	8	9	6	5	6	7	7
Großbritannien	Mill. EUR	70	74	60	79	95	53	57	60	65
Irland	Mill. EUR	11	7	8	6	7	8	6	7	9
Italien	Mill. EUR	135	129	132	140	144	109	108	124	120
Niederlande	Mill. EUR	238	273	301	210	352	156	169	181	197
Österreich	Mill. EUR	66	71	61	67	67	57	58	61	63
Schweden	Mill. EUR	43	46	43	52	41	25	23	32	25
Spanien	Mill. EUR	81	75	69	77	73	55	55	65	81
Portugal	Mill. EUR	11	14	13	18	15	13	11	12	15
* Afrika	Mill. EUR	32	34	33	28	45	31	23	41	31
* Amerika	Mill. EUR	209	210	240	214	228	170	177	171	222
darunter aus USA und Kanada	Mill. EUR	146	145	161	143	160	104	107	107	167
* Asien	Mill. EUR	260	283	268	267	313	225	207	218	247
darunter aus Japan	Mill. EUR	26	30	25	28	33	17	19	15	24
* Australien, Ozeanien und übrigen Gebieten	Mill. EUR	6	5	5	4	4	7	5	4	3

GEWERBEANZEIGEN ⁴⁾

GEWERBEANZEIGEN ⁴⁾

Einheit	2007	2008				2009				
	Durchschnitt	Juni	Juli	Aug.	Mai	Juni	Juli	Aug.		
* Gewerbeanmeldungen	Anzahl	3 462	3 392	3 202	3 406	3 148	3 234	3 386	3 742	3 325
* Gewerbeabmeldungen	Anzahl	2 920	3 094	2 840	2 998	2 629	2 666	2 767	2 897	2 459

1) Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezialhandel und Generalhandel ist eine Saldierung der Ein- und Ausfuhrergebnisse nicht vertretbar. – 2) Für Antwortausfälle und Befreiungen sind Zuschätzungen bei den EU-Ländern und damit auch im Insgesamt enthalten. – 3) Einschließlich Bulgarien und Rumänien (EU-27); die Angaben aus 2006 werden rückwirkend entsprechend umgerechnet. – 4) Ohne Automatenaufsteller und Reisegewerbe.

INSOLVENZEN

INSOLVENZEN		Einheit	2007	2008			2009				
			Durchschnitt		Juni	Juli	Aug.	Mai	Juni	Juli	Aug.
* Insgesamt	Anzahl		615	592	621	598	550	536	715	738	568
davon											
* Unternehmen	Anzahl		115	107	97	116	92	117	135	133	120
* Verbraucher	Anzahl		371	355	399	361	331	306	436	456	320
* ehemals selbstständig Tätige	Anzahl		114	115	110	105	118	90	121	133	109
* sonstige natürliche Personen, ¹⁾											
Nachlässe	Anzahl		15	16	15	16	9	23	23	16	19
* Voraussichtliche Forderungen	Mill. EUR		99	98	70	93	57	113	106	100	85

HANDWERK ²⁾

HANDWERK²⁾

Einheit	2007	2008	2007	2008				2009		
	Durchschnitt		4.Quartal	1.Quartal	2.Quartal	3.Quartal	4.Quartal	1.Quartal	2.Quartal	
* Beschäftigte ³⁾	2007=100 ⁴⁾	94,2	97,1	95,0	96,7	96,4	98,5	96,8	95,7	95,4
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	2007=100 ⁵⁾	102,3	103,5	117,1	87,5	105,5	107,8	113,0	85,8	102,9

PREISE

PREISE	Einheit	2007	2008				2009			
		Durchschnitt		Aug.	Sept.	Okt.	Juli	Aug.	Sept.	Okt.
* Verbraucherpreisindex (Gesamtindex)	2005=100	103,5	106,1	106,8	106,7	106,3	106,3	106,6	106,1	106,2
* Nettokaltmieten (Teilindex)	2005=100	101,6	103,0	103,1	103,2	103,4	103,6	103,7	103,9	103,9

VERDIENSTE ⁶⁾

VERDIENSTE ⁶⁾		2007	2008	2007	2008				2009	
Einheit		Durchschnitt		4.Quartal	1.Quartal	2.Quartal	3.Quartal	4.Quartal	1.Quartal	2.Quartal
* Bruttomonatsverdienste ⁶⁾ der vollzeit-										
beschäftigten Arbeitnehmer ⁷⁾ im										
produzierenden Gewerbe und Dienst-										
leistungsbereich										
	EUR	3 303	3 407	3 017	3 036	3 078	3 070	3 100
* männlich										
	EUR	3 514	3 625	3 201	3 213	3 261	3 252	3 283
* weiblich										
	EUR	2 735	2 829	2 524	2 564	2 586	2 584	2 619
* produzierendes Gewerbe										
	EUR	3 517	3 629	3 179	3 172	3 231	3 232	3 252
männlich										
	EUR	3 627	3 749	3 281	3 268	3 336	3 337	3 360
weiblich										
	EUR	2 910	2 989	2 617	2 653	2 666	2 671	2 682
* Bergbau und Gewinnung von										
Steinen und Erden										
	EUR	3 417	3 435	3 149	3 100	3 150	3 164	3 169
* verarbeitendes Gewerbe										
	EUR	3 585	3 695	3 214	3 224	3 274	3 268	3 284
* Energie- u. Wasserversorgung										
	EUR	4 686	4 723	4 085	4 003	4 086	4 039	4 118
* Baugewerbe										
	EUR	2 823	2 948	2 744	2 636	2 753	2 809	2 849
* Dienstleistungsbereich ⁸⁾										
	EUR	3 082	3 175	2 849	2 895	2 918	2 899	2 941
männlich										
	EUR	3 351	3 444	3 085	3 133	3 153	3 128	3 170
weiblich										
	EUR	2 664	2 762	2 487	2 527	2 552	2 547	2 593
* Handel; Instandhaltung										
und Reparatur von Kfz										
und Gebrauchsgütern										
	EUR	3 127	3 217	2 854	2 909	2 924	2 923	2 951
* Gastgewerbe										
	EUR	2 029	2 054	1 987	1 989	1 978	1 955	1 982
* Verkehr und Nachrichten-										
übermittlung										
	EUR	2 695	2 764	2 548	2 551	2 554	2 550	2 601
* Kredit- u. Versicherungsgewerbe										
	EUR	4 256	4 376	3 644	3 672	3 729	3 713	3 754
* Grundstücks- und Wohnungsw-										
esen, Vermietung beweglicher										
Sachen, Erbringung von wirt-										
schaftlichen Dienstleistungen										
	EUR	2 858	2 964	2 631	2 737	2 778	2 697	2 701
* a.n.g.										
	EUR	3 166	3 247	2 939	2 994	3 011	3 046	3 046
* Erziehung und Unterricht										
	EUR	3 248	3 321	3 071	3 042	3 089	3 089	3 150
* Gesundheits-, Veterinär- und										
Sozialwesen										
	EUR	3 248	3 321	3 071	3 042	3 089	3 089	3 150
* Erbringung von sonstigen,										
öffentlichen und persönlichen										
Dienstleistungen										
	EUR	3 072	3 179	2 923	2 980	3 008	2 976	3 097

1) Beispielsweise Gesellschafter oder Mithafter. – 2) Ohne handwerkliche Nebenbetriebe. – 3) Am Ende eines Berichtsvierteljahres. – 4) 30. September. – 5) Vierteljahresdurchschnitt. – 6) Quartalswerte ohne Sonderzahlungen; Jahresdurchschnittswerte mit Sonderzahlungen. – 7) Ohne Beamte. – 8) Ohne öffentliche Verwaltung, Verteidigung und Sozialversicherung.

GELD UND KREDIT ¹⁾

GELD UND KREDIT ¹⁾		Einheit	2006	2007		2008				2009	
			Durchschnitt		31.12.	31.3.	30.6.	30.9.	31.12.	31.3.	30.6.
Kredite an Nichtbanken	Mill. EUR	117 762	119 209	119 738	120 076	120 250	113 898	111 890	111 171	111 639	
kurzfristige Kredite (bis 1 Jahr)	Mill. EUR	12 617	12 896	12 969	13 710	13 324	12 544	12 903	12 152	11 682	
mittelfristige Kredite (über 1 bis 5 Jahre)	Mill. EUR	9 451	10 417	11 113	11 348	11 639	10 954	10 305	10 497	11 275	
langfristige Kredite (über 5 Jahre)	Mill. EUR	95 694	95 897	95 656	95 018	95 287	90 400	88 682	88 522	88 682	
Kredite an inländische Nichtbanken	Mill. EUR	111 464	111 411	110 629	110 247	110 068	104 599	103 408	102 704	102 925	
davon an											
Unternehmen und Privatpersonen	Mill. EUR	97 528	98 448	98 235	98 193	98 580	96 410	94 962	94 732	95 167	
öffentliche Haushalte	Mill. EUR	13 936	12 963	12 394	12 054	11 488	8 189	8 446	7 972	7 758	
Kredite an ausländische Nichtbanken	Mill. EUR	6 298	7 799	9 109	9 829	10 182	9 299	8 482	8 467	8 714	
Einlagen u. aufgenommene Kredite von Nichtbanken	Mill. EUR	97 350	100 212	102 981	103 616	102 920	98 243	100 456	101 671	102 226	
Sichteinlagen	Mill. EUR	28 338	29 349	30 171	29 936	29 385	29 108	29 365	31 352	33 464	
Termineinlagen	Mill. EUR	32 833	35 704	37 936	39 228	39 516	35 806	37 754	36 452	34 778	
Sparbriefe	Mill. EUR	5 702	7 374	8 192	8 531	8 839	9 253	9 263	9 252	8 197	
Spareinlagen	Mill. EUR	30 477	27 787	26 682	25 921	25 180	24 076	24 074	24 615	25 787	
Einlagen von inländischen Nichtbanken	Mill. EUR	93 977	96 908	99 273	99 741	100 077	95 507	98 117	99 456	100 204	
davon von											
Unternehmen und Privat- personen	Mill. EUR	91 680	94 374	96 736	97 369	97 519	93 190	95 805	97 311	97 988	
öffentlichen Haushalten	Mill. EUR	2 297	2 535	2 537	2 372	2 558	2 317	2 312	2 145	2 216	
Einlagen von ausländischen Nichtbanken	Mill. EUR	3 373	3 304	3 708	3 875	2 843	2 736	2 339	2 215	2 022	

STEUERN

STEUERN	Einheit	2007	2008			2009				
		Durchschnitt	Juli	Aug.	Sept.	Juni	Juli	Aug.	Sept.	
Aufkommen nach Steuerarten										
Gemeinschaftsteuern	Mill. EUR	2 807	3 007	2 584	3 202	3 162	2 813	2 317	2 727	2 724
Steuern vom Einkommen	Mill. EUR	888	982	617	1 065	1 128	1 154	554	921	979
Lohnsteuer	Mill. EUR	637	674	548	930	474	555	553	898	469
Lohnsteuer-Zerlegung	Mill. EUR	128	141	-	435	-	-	-	408	-
veranlagte Einkommensteuer	Mill. EUR	91	128	8	2	465	382	- 59	- 14	403
Kapitalertragsteuer	Mill. EUR	50	63	35	18	16	25	33	19	20
Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge ²⁾	Mill. EUR	38	47	26	79	17	14	25	74	17
Abgeltungsteuer-Zerlegung auf Zins- und Veräußerungserträge ³⁾	Mill. EUR	15	18	3	51	0	-	8	50	0
Körperschaftsteuer	Mill. EUR	71	70	- 0	36	156	178	2	- 55	70
Körperschaftsteuer-Zerlegung	Mill. EUR	1	- 0	-	20	-	-	-	- 47	-
Steuern vom Umsatz	Mill. EUR	1 920	2 025	1 967	2 137	2 034	1 658	1 764	1 806	1 745
Umsatzsteuer	Mill. EUR	430	427	426	457	459	485	453	467	462
Einfuhrumsatzsteuer	Mill. EUR	1 489	1 598	1 541	1 680	1 575	1 174	1 311	1 339	1 283
Zölle	Mill. EUR	156	161	152	171	167	125	142	151	149
Bundessteuern ⁴⁾	Mill. EUR	78	78	66	66	44	100	104	97	125
darunter										
Verbrauchssteuern (ohne Biersteuer)	Mill. EUR	28	23	26	28	- 26	30	31	26	29
Solidaritätszuschlag	Mill. EUR	39	44	31	27	63	60	27	25	53

1) Die Angaben umfassen die in Rheinland-Pfalz gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute (ohne Landeszentralbank). – 2) Bis 2008 Zinsabschlag. – 3) Bis 2008 Zinsabschlag-Zerlegung. – 4) Ab dem 1. Juli 2009 steht das Aufkommen aus der Kraftfahrzeugsteuer dem Bund zu.

noch STEUERN

Landessteuern

Einheit	2007	2008				2009			
	Durchschnitt	Juli	Aug.	Sept.	Juni	Juli	Aug.	Sept.	
Mill. EUR	97	94	99	85	85	84	48	52	49
Mill. EUR	0	0	0	0	- 0	0	0	0	0
Mill. EUR	19	18	23	16	14	13	16	20	13
Mill. EUR	19	19	20	20	17	14	17	18	17
Mill. EUR	41	40	40	33	35	38	-	-	-
Mill. EUR	14	13	12	13	12	11	11	11	12
Mill. EUR	1	1	0	0	4	4	0	0	4
Mill. EUR	3	3	3	3	3	3	3	3	3

Gemeindesteuern

Einheit	2007	2008	2007	2008				2009	
	Durchschnitt		4.Quartal	1.Quartal	2.Quartal	3.Quartal	4.Quartal	1.Quartal	2.Quartal
Mill. EUR	516	523	503	530	537	520	505	460	478
Mill. EUR	4	5	3	4	4	6	4	5	5
Mill. EUR	104	106	96	95	111	120	96	89	118
Mill. EUR	399	404	397	423	410	385	399	358	347
Mill. EUR	9	9	7	8	11	9	7	9	7

Steuerverteilung

Steuereinnahmen der Gemeinden u. Gemeindeverb.

Mill. EUR	753	826	886	669	780	831	1 024	502	730
Gewerbsteuer (netto) ³⁾	320	326	290	381	339	319	264	351	290
Anteil an der Lohnsteuer und veranlagten Einkommensteuer	281	344	441	163	283	338	592	45	280
Anteil an der Umsatzsteuer	34	37	50	17	31	39	62	4	29

Steuereinnahmen

des Landes

Einheit	2007	2008				2009			
	Durchschnitt	Juli	Aug.	Sept.	Juni	Juli	Aug.	Sept.	
Mill. EUR	733	765	636	788	713	871	531	659	622
Mill. EUR	97	94	99	85	85	84	48	52	49
Mill. EUR	331	372	205	398	439	439	176	320	369
Mill. EUR	219	235	183	341	153	183	183	318	148
Mill. EUR	39	54	4	1	198	163	- 25	- 6	171
Mill. EUR	21	27	7	4	4	- 2	7	3	7
Mill. EUR	17	21	12	35	7	6	11	32	7
Mill. EUR	35	35	- 0	18	78	89	1	- 28	35
Mill. EUR	286	280	278	301	189	348	261	283	204
Mill. EUR	211	199	205	219	91	289	210	216	136
Mill. EUR	75	81	73	82	98	59	52	67	68

Steuereinnahmen

des Bundes

Mill. EUR	1 485	1 578	1 371	1 641	1 702	1 457	1 264	1 420	1 447
Bundessteuern	78	78	66	66	44	100	104	97	125
Anteil an den Steuern vom Einkommen	386	427	265	457	492	506	238	389	423
Anteil an den Steuern vom Umsatz	1 016	1 068	1 027	1 117	1 166	851	911	932	900
Anteil an der Gewerbe- steuerumlage	6	5	12	1	-	0	11	1	-

1) Ab dem 1. Juli 2009 steht das Aufkommen aus der Kraftfahrzeugsteuer dem Bund zu. – 2) Einschließlich Restabwicklung der Grunderwerbsteuer. – 3) Nach Abzug der Gewerbsteuerumlage. – 4) Bis 2008 Zinsabschlag.

Oktober

STATISTISCHE BERICHTE

Bildung, Kultur, Rechtspflege, Wahlen

Weiterbildung in Rheinland-Pfalz 2008
Bestellnr.: B4013 200800

Land- und Forstwirtschaft, Fischerei

Wachstumstand und Ernte von Feldfrüchten und Grünland Anfang September 2009
Bestellnr.: C2013 200902

Ernteberichterstattung über Gemüse und/oder Obst im August 2009
Bestellnr.: C2033 200903

Weinbestände am 31. Juli 2009
Bestellnr.: C4023 200900

Gewerbeanzeigen, Unternehmen und Arbeitsstätten, Insolvenzen

Gewerbeanzeigen August 2009
Bestellnr.: D1023 200908

Produzierendes Gewerbe, Handwerk

Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden im August 2009
Bestellnr.: E1023 200908

Bauhauptgewerbe im August 2009 – Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau
Bestellnr.: E2023 200908

Ausbaugewerbe im Jahr 2008 – Bauinstallation und sonstiges Baugewerbe (vierteljährliche Erhebung)
Bestellnr.: E3013 200800

Elektrizitäts- und Wärmeenergieerzeugung der Kraftwerke der allgemeinen Versorgung im Juli 2009
Bestellnr.: E4023 200907

Stromerzeugungsanlagen der Betriebe im verarbeitenden Gewerbe 2008
Bestellnr.: E4073 200800

Beschäftigte und Umsatz im Handwerk im 1. Vierteljahr 2009
Bestellnr.: E5023 200941

Wohnungswesen, Bautätigkeit

Baugenehmigungen im August 2009
Bestellnr.: F2033 200908

Bauüberhang am 31. Dezember 2008
Bestellnr.: F2063 200800

Handel, Tourismus, Gastgewerbe

Umsatz und Beschäftigte im Handel und im Gastgewerbe im August 2009
Bestellnr.: G1023 200908

Umsatz und Beschäftigte im Handel und im Gastgewerbe im August 2009
Bestellnr.: G1023 200908

Aus- und Einfuhr im August 2009
Bestellnr.: G3023 200908

Gäste und Übernachtungen im Fremdenverkehr im August 2009
Bestellnr.: G4023 200908

Verkehr

Straßenverkehrsunfälle im Juli 2009
Bestellnr.: H1023 200907

Personenverkehr mit Bussen und Bahnen im Jahr 2008
Bestellnr.: H1063 200800

Personenverkehr mit Bussen und Bahnen im 2. Vierteljahr 2009
Bestellnr.: H1073 200942

Luftverkehr 2008
Bestellnr.: H3013 200800

Öffentliche Finanzen, Personal, Steuern

Staats- und Kommunalfinanzen 2007 – Jahresrechnungsergebnisse
Bestellnr.: L1033 200700

Kreis- und Verbandsgemeindeumlagen 2008
Bestellnr.: L2083 200800

Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger des Landes, der Gemeinden und Gemeindeverbände am 1. Januar 2009
Bestellnr.: L3033 200900

Preise und Preisindizes

Verbraucherpreisindex in Rheinland-Pfalz und Deutschland im September 2009
Bestellnr.: M1013 200909

Preisindizes für Bauwerke in Deutschland im August 2009
Bestellnr.: M1043 200943

Querschnittsveröffentlichungen

Daten zur Konjunktur im August 2009
Bestellnr.: Z1013 200908

SONSTIGE VERÖFFENTLICHUNGEN

Die Landwirtschaft 2008 – Band 397
Bestellnr.: C2002 200800

CD-ROM: Die Landwirtschaft 2008 – Band 397
Bestellnr.: C2002C 200800

Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz – Ausgabe Oktober 2009
Bestellnr.: Z2201 200910

CD-ROM: Verzeichnis der Krankenhäuser, Vorsorge- und Rehabilitationseinrichtungen 2008

Bestellnr.: A4214C 200800

E-Mail-Versand: Verzeichnis der Krankenhäuser, Vorsorge- und Rehabilitationseinrichtungen 2008

Bestellnr.: A4214E 200800

Amtliches Verzeichnis der Verbandsgemeinden und Gemeinden (Stand: Oktober 2009)

Bestellnr.: A5014 200901

Gemeinschaftsveröffentlichungen der statistischen Ämter des Bundes und der Länder

E-Mail-Versand (kostenfrei): Erwerbstätige in den Ländern der Bundesrepublik Deutschland 1991 bis 2008 – Reihe 1 Länderergebnisse, Band 1 Erwerbstätige (Jahresergebnisse)
Bestellnr.: A6215E 200800

E-Mail-Versand (kostenfrei): Erwerbstätige in den Ländern der Bundesrepublik Deutschland 2001 bis 2. Vierteljahr 2009 – Reihe 1 Länderergebnisse, Band 3 Erwerbstätige (Vierteljahresergebnisse)
Bestellnr.: A6235E 200900

E-Mail-Versand (kostenfrei): Arbeitnehmerentgelt in den kreisfreien Städten und Landkreisen Deutschlands 1996 bis 2007 – VGR der Länder: Reihe 2 Kreisergebnisse, Band 2 (Berechnungsstand: August 2008)
Bestellnr.: P1325E 200700

DVD: Statistik lokal – Daten für die Gemeinden, kreisfreien Städte und Kreise Deutschlands (Ausgabe 2009)
Bestellnr.: Z1065D 200900

Die Veröffentlichungen können beim Statistischen Landesamt, Vertrieb der Veröffentlichungen, 56128 Bad Ems, bestellt werden. Telefon: 02603 71-2450, Telefax: 02603 71-194322, E-Mail: vertrieb@statistik.rlp.de.

Unter der Internetadresse www.statistik.rlp.de stehen die aktuellen Statistischen Berichte zum kostenfreien Download zur Verfügung. Zudem sind die Neuerscheinungen der letzten acht Wochen und das wöchentlich aktualisierte Verzeichnis aller Veröffentlichungen abrufbar.

Impressum

Herausgeber:
Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz
Mainzer Straße 14-16
56130 Bad Ems

Telefon: 02603 71-0
Telefax: 02603 71-3150

E-Mail: monatsheft@statistik.rlp.de
Internet: www.statistik.rlp.de

Redaktion: Romy Feldmann

Druck: Hessisches Statistisches Landesamt

Fotos: Alexander Sell und Manfred Riege

Erscheinungsfolge: monatlich

Bestellnummer: Z 2201
ISSN: 0174-2914

Einzelpreis der Printausgabe: 5,50 EUR

Jahresbezugspreise:
Printausgabe: 60,00 EUR

Alle Preise verstehen sich einschließlich Versandkosten.

Kostenfreier Download im Internet: <http://www.statistik.rlp.de/verlag/monatshefte/index.html>

© Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz · Bad Ems · 2009

Für nichtgewerbliche Zwecke sind Vervielfältigung und unentgeltliche Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet. Die Verbreitung, auch auszugsweise, über elektronische Systeme/Datenträger bedarf der vorherigen Zustimmung. Alle übrigen Rechte bleiben vorbehalten.